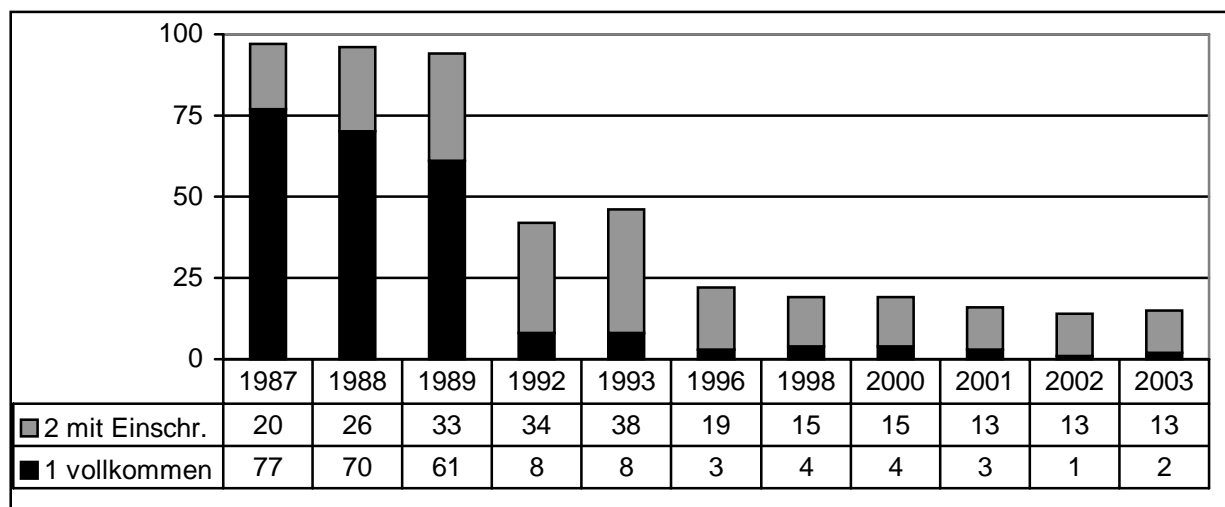


Junge Ostdeutsche im Jahr 13 nach der Vereinigung:

Keine Zukunft im Osten!



Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2003 (die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst; siehe Seite 46)

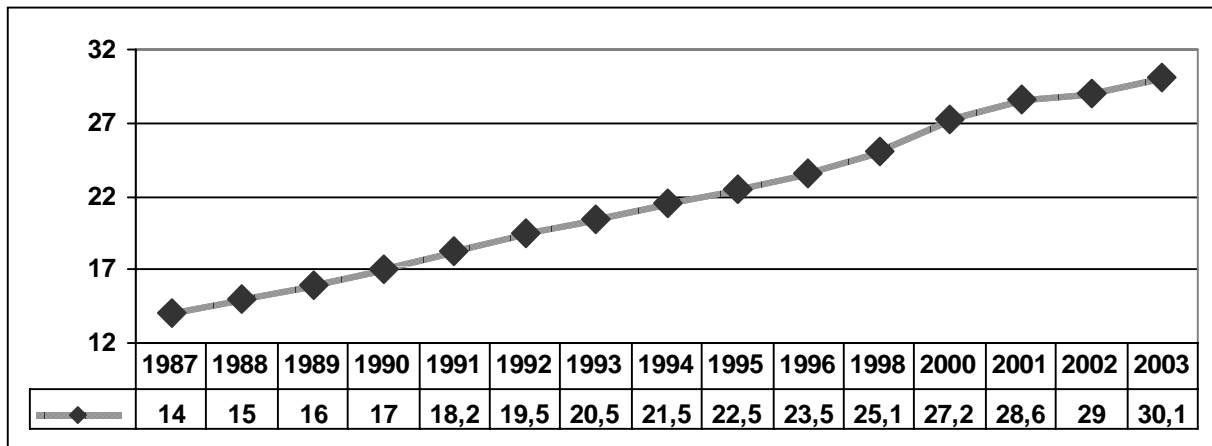
Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2003

Aktualisierte und ergänzte Fassung

Leipzig, Januar 2004

Forschungsleiter und Verfasser: Prof. Dr. Peter Förster, Leipzig
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

*Gewidmet dem Nestor der ostdeutschen Jugendforschung, Walter Friedrich, anlässlich seines
75. Geburtstages im Oktober 2004*



Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen zu den Zeitpunkten der Befragung vor und nach der Wende (Identische Population)

Die Sächsische Längsschnittstudie (SLS) ist eine ungewöhnliche sozialwissenschaftliche Untersuchung in Ostdeutschland, bei der die Chance genutzt wurde und noch wird, über den Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus hinweg den Weg junger Ostdeutscher aus der DDR in die Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger zu dokumentieren.

Seit 1987, d.h. seit über eineinhalb Jahrzehnten begleitet die SLS den politischen Einstellungswandel dieser jungen Leute zwischen ihrem 14. und (im Jahr 2003) 30. Lebensjahr. Dabei treten teilweise überraschende Entwicklungen zu Tage, die allein durch ihre Anlage als Längsschnittstudie bei einer identischen Population sichtbar werden.

Der Neuigkeitswert der Ergebnisse besteht vor allem darin, dass sie über einen längeren Zeitraum einen wissenschaftlich fundierten Einblick in den komplizierten Prozess der politischen Identifikation junger Ostdeutscher mit dem jetzigen Gesellschaftssystem geben. Sie belegen anhand exakter empirischer Daten den entscheidenden Einfluss heutiger Erfahrungen auf die politischen Orientierungen der TeilnehmerInnen, insbesondere des direkten und indirekten Erlebens von Arbeitslosigkeit. Sie lassen aber auch die anhaltende Wirkung der in der DDR erfahrenen Sozialisation erkennen, die weitaus stärker und nachhaltiger ist als bisher vermutet. Insofern ist die Studie auch interessant aus der Sicht der gegenwärtigen Ostalgie-Debatte, weil sie konkrete Fakten zum heutigen DDR-Bild der TeilnehmerInnen anbietet und zeigt, dass tatsächlich noch nachhaltige Bindungen an die untergegangene DDR bestehen.

Die Sächsische Längsschnittstudie soll fortgesetzt werden, faktisch alle TeilnehmerInnen sind dazu bereit.

Inhaltsübersicht:	Seite
0. Vorbemerkungen	4
0.1 Hauptaussagen	4
0.2 Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie	7
1. Die Zeit vor der Wende: Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR	10
2. Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende	11
3. Keine Abstriche an der deutschen Einheit	14
4. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik	17
4.1 Geringe Zufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems	17
4.2 Bereitschaft zur politischen Partizipation geht gegen Null	24
4.3 Starke Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems	25
4.4 Kritische Beurteilung der Politik der rot-grünen Regierungskoalition	26
4.5 Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht	27
5. Zunehmende Distanz gegenüber den politischen Parteien	27
6. Konstante Mehrheitsmeinung: Die DDR hatte gute und schlechte Seiten!	30
6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger	30
6.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht noch immer gut ab	36
7. 40% plädieren für einen reformierten Sozialismus!	42
7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden	42
7.2 Viele sind für eine reformsozialistische Alternative	43
7.3 Links oder rechts?	44
8. Keine Zukunft im Osten!	45
9. Noch immer äußern sehr viele psychisch stark belastende Ängste	49
10. Die 30-Jährigen und der Krieg gegen den Irak	52
10.1 Fast einmütige Ablehnung des Krieges gegen den Irak	52
10.2 Neue Ängste vor Terrorismus und militärischen Abenteuern der USA	53
11. Sind die in den Westen abgewanderten Panelmitglieder für den Osten verloren?	55

12.	Wesentliche Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem	56
12.1	Persönliche Erfahrungen der Panelmitglieder	56
12.1.1	Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeitsplatzes	57
12.1.2	Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung	70
12.1.3	Abnehmende Zufriedenheit mit der „Gerechtigkeit“	72
12.1.4	Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden	74
12.2	Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation	74
12.2.1	Aufwertung politischer Kenntnisse	74
12.2.2	Langzeitwirkungen früherer sozialistischer Systembindungen	76
13.	Anhang	77
13.1	Weitere Angaben zur Population	77
13.2	Zusatztabellen	80
13.3	Ausgewählte Antworten auf offene Fragen	83
13.4	Literatur, Angaben zum Verfasser	84
13.5	Zusatzinformation zur Einstellung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien	86
13.6	Kurzinformation zur „Sächsischen Längsschnittstudie“ für die Presse	101
13.7	Pressemitteilung zum Schwerpunkt der Studie „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“	106

0. Vorbemerkungen

0.1 Hauptaussagen der 17. Welle 2003

1. Für die übergroße Mehrheit der in die Studie einbezogenen gegenwärtig 30-jährigen jungen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit zweifelt daran, dass die Wende richtig war. Allerdings bezweifeln die meisten von ihnen, dass die Ziele der ´friedlichen Revolution` im Herbst ´89 erreicht wurden. Ziemlich viele zweifeln auch daran, dass die Ostdeutschen mit dieser ´friedlichen Revolution` die Freiheit errungen haben. Zwischen 1992 und 2003 ist die Zustimmung zur Wende deutlich zurückgegangen.

2. Die deutsche Einheit ist für nahezu alle von ihnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die nicht in Frage gestellt wird. Ihre Folgen für Ostdeutschland werden jedoch überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

3. Die verbreitete Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit zunehmender Tendenz.

Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und – damit in einem engen Zusammenhang stehend - das politische System in der Bundesrepublik. Die Zufriedenheit mit beiden Aspekten ging am Ende der Kohl-Ära massiv zurück, nach einem kurzzeitigen Anstieg nach dem

Regierungswechsel und den damit verbundenen neuen Hoffnungen hat sie sich in jüngster Zeit erneut deutlich verringert.

4. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht auch aus der Tatsache hervor, dass die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation von Jahr zu Jahr geringer geworden ist und jetzt gegen Null geht. Diese Bereitschaft, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der signifikante Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft.

5. Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur eine Minderheit (weniger als 10%) glaubt daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls nur eine Minderheit (ca. 10%) hofft, dass das jetzige System erhalten bleibt, weit über die Hälfte erhofft das Gegenteil.

6. Das Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist außerordentlich schwach entwickelt, dazu mit weiter abnehmender Tendenz. Die Analysen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben, fast kontinuierlich erhöht.

7. Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld führte zeitgleich zu teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Grundeinstellungen. Sie äußert sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist. Bei den meisten dieser 30-Jährigen ist konstant eine „Doppelidentität“ festzustellen: Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei ihnen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird. Dafür spricht auch, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik erst äußerst schwach entwickelt ist.

8. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR auf sozialem Gebiet auch heute noch gut ab. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen bei den 30-Jährigen positive Erinnerungen überwiegen.

Mit erstaunlich hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR um so positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen der Vereinigung sind. Diese positiven Erinnerungen stehen in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine ideologische Verklärung der DDR.

Zahlreiche TeilnehmerInnen vertreten die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen.

Zu einer totalen Verurteilung der DDR als „lebenslanger Knast“ ist etwa ein Drittel bereit.

9. Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer leicht zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Seit 1993 ist der Anteil der Panelmitglieder, die an sozialistische Ideale glauben, signifikant angestiegen. Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch die Tatsache, dass viele von ihnen (2003: 40%) für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System plädieren.

10. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger TeilnehmerInnen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Das hat beträchtliche Konsequenzen für die Einstellung zum politischen System und zur Wirtschaftsordnung, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern.

11. Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder wird noch immer durch eine Vielzahl von psychisch belastenden Alltagsängsten beeinträchtigt. Vor allem die weit verbreitete und zunehmende Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens hat erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem politischen System und der Wirtschaftsordnung, beeinflusst das Urteil der Panelmitglieder über die Politik der jetzigen Bundesregierung stark negativ.

Weit verbreitet sind aber auch Ängste vor einem steigenden Leistungsdruck, vor zunehmender Kriminalität, vor einer Zunahme von Egoismus, vor einer Ausbreitung von Aggressivität und Gewalt. Noch immer fühlen sich viele von möglicher eigener Arbeitslosigkeit, einer Ausbreitung von Mobbing bzw. dem Eintreten einer persönlichen Notlage bedroht – für sie bis vor wenigen Jahren völlig unbekannte Erfahrungen.

12. Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak stößt bei der überwiegenden Mehrheit der 30-Jährigen auf Ablehnung. Das geht auch aus der sehr starken Zunahme der Ängste vor militärischen Abenteuern der USA hervor, die 2003 fast zwei Drittel (!) dieser jungen Ostdeutschen äußern. Überwiegende Zustimmung findet dagegen die Haltung der deutschen Regierung zu diesem Krieg.

13. Rund ein Viertel der TeilnehmerInnen dieser Studie ist nach der Wende in den Westen bzw. in Ausland abgewandert. Der Hauptgrund dafür war aus ihrer Sicht die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Nur sehr wenige der abgewanderten Panelmitglieder haben diese Entscheidung bereut. An eine Rückkehr in den Osten denken 2003 lediglich 12%. Auch künftig ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die zunehmenden Zweifel an einer gesicherten Zukunft im Osten weitere Panelmitglieder zur Übersiedlung in den Westteil bewegen wird.

14. Dank der Anlage als Längsschnittstudie bei einer identischen Population konnten mehrere Einflussfaktoren nachgewiesen werden, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner aktuelle persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

14.1 Als entscheidender aktueller Faktor ist die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit anzusehen, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2003 rund zwei Drittel! Sie geht wie ein Riss durch die gesamte Population und hat einen hohen politischen Preis. Sie wirkt sich stark dämpfend auf die Zufriedenheit und Identifikation mit der jetzigen Ordnung aus, bestärkt Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen. Die überwiegende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt und Angst vor der Zukunft macht. Knapp die Hälfte vertritt die Auffassung, dass es ohne Arbeit keine Freiheit gibt!

Betont sei: Dabei spielen keineswegs nur persönliche Erfahrungen eine Rolle, sondern auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister) sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen materiellen und psychischen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter zunehmende Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes.

Als weitere wesentliche aktuelle Einflussfaktoren sind anzusehen, dass nur wenige Panelmitglieder Demokratie tatsächlich erleben, dass ein großer Teil die viel gepriesene Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit vermisst und noch immer die Erfahrung machen muss, von Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden. Die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem wird

auch durch den anhaltenden Rückgang der gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht erheblich gedämpft.

14.2 Demgegenüber sind die Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation zwar geringer, aber durchaus relevant. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen in sozialer Hinsicht (insbesondere die soziale Sicherheit). Aber auch die politische Sozialisation ist nachweislich nicht völlig wirkungslos geblieben.

Resümee

Die vorliegenden Trends führen zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen größeren Teil der Panelmitglieder politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen. Sie stehen ihm noch immer mehrheitlich skeptisch oder kritisch gegenüber, in jüngster Zeit sogar mit einer zunehmenden Tendenz. Nach ihrer Enttäuschung über die Herrschaft der SED in der Endzeit der DDR sind die meisten von ihnen trotz der Bejahung von Wende und deutscher Einheit erneut enttäuscht vom jetzigen System, sehen es nicht als das „Ende der Geschichte“ an. Das gilt für die jungen Frauen in erheblich stärkerem Maße als für die jungen Männer, Ausdruck ihrer deutlich stärkeren Betroffenheit von den negativen Vereinigungsfolgen.

Die Kehrseite davon ist u. a. die Tatsache, dass der größte Teil der Panelmitglieder erstaunlich konstant an einer Doppelidentität festhält, d.h. sich schon als Bundesbürger, aber zugleich noch als DDR-Bürger fühlt. Die DDR hatte für die meisten sowohl gute als auch schlechte Seiten. Über die Hälfte der TeilnehmerInnen identifiziert sich trotz des Zusammenbruchs des Sozialismus mit sozialistischen Idealen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass die Distanz vieler TeilnehmerInnen zum jetzigen Gesellschaftssystem sich nicht von allein erledigt, etwa als automatische Folge ihrer Enttäuschung vom politischen System vor der Wende. Die Entwicklungsrichtung ihrer Haltung gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung wird vielmehr entscheidend davon abhängen, ob sie im Rahmen der notwendigen Veränderungen in Ostdeutschland jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher belastender Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Von erheblichem Einfluss wird auch sein, ob sie sich sozial gerecht behandelt fühlen, und ob sie - wie in der Wendezeit erwartet - Demokratie spürbar als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger erleben. Das sind allerdings keine spezifischen Jugendprobleme, sondern Herausforderungen an die Gesellschaft insgesamt.

0.2 Informationen zur „Sächsischen Längsschnittstudie“

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Sächsischen Längsschnittstudie. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (2003) 30. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED.

In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist vermutlich die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, mit der es gelang bzw. gelingt, in einer hinreichend großen, identischen Population die nachhaltigen und differenzierten Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten zu dokumentieren.

Die generelle Forschungsfrage ist, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Unsere Hypothese ist, dass dabei von entscheidender Bedeutung sein wird, ob die in die Untersuchung einbezogenen jungen Frauen und Männer mit Unterstützung der Gesellschaft jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt (Geburtsjahrgang 1972/73), hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen. Die langfristige Analyse ihrer politischen Orientierungen ist insofern von besonderer Bedeutung (und sollte für die Politik von hohem Interesse sein), als sie zu der Generation gehören, deren Aufgabe es wäre, die jetzige Gesellschaft als ihre zu verstehen und zu gestalten. Ein wachsender Teil von ihnen hat bereits leitende Aufgaben übernommen, wirkt zweifellos auch in politischer Hinsicht meinungsbildend.

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ. Organisatoren der Studie waren Wissenschaftler der Universität Leipzig, der Pädagogischen Hochschule Zwickau und des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ). Im Mittelpunkt der Forschung stand damals die langfristige Analyse der Lebensorientierungen der SchülerInnen, ihrer Zukunftserwartungen, ihrer Lerneinstellung, ihres Medienverhaltens (einschließlich Westsender), ihrer politischen Grundeinstellungen und ihrer Kollektivorientierung.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich **587** TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich allerdings dieser Kreis in der Wendezeit auf **485** Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 14 (postalischen) Befragungen nach der Wende mit einer seit 1993 deutlich steigenden Quote.

Die 17. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2003 statt. **419** TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen rechtzeitig ausgefüllt zurück. Das sind **71%** derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten. Dabei ist zu beachten, dass von einem Teil Letzterer trotz intensiver Bemühungen noch nicht der heutige Wohnort ermittelt werden konnte.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 30,1 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 46%, entsprechend weiblich 54%. Von den Teilnehmern leben 92 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 5 im Ausland (1%).

(Weitere Angaben zur Population siehe Anhang)

Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten. Das gilt insbesondere für die dargestellten Zusammenhänge und Trends. Betont sei:

Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt. Wie Vergleiche mit repräsentativen Untersuchungen jedoch belegen (z. B. Shell-Studie Jugend 2000), widerspiegelt die Studie grundsätzlich die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg in das vereinte Deutschland.

Wir streben eine Fortsetzung dieser Studie an. Im Rahmen der 17. Welle erklärten sich faktisch alle TeilnehmerInnen zur weiteren Mitarbeit bereit.

Bei der Darstellung der Trends stützen wir uns bei dieser aktualisierten und ergänzten Fassung auf die komplett neu berechneten Zeitreihen für die TeilnehmerInnen der 17. Welle. Damit ist sichergestellt, dass es sich (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten identischer Personen handelt. Aus diesen Neuberechnungen ergeben sich mitunter teilweise unwesentliche Veränderungen gegenüber der Erstinformation und früher mitgeteilten Häufigkeitsverteilungen. Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert.

Den interessierten Leser verweisen wir auf die im August 2002 erschienene Publikation des Verfassers „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende“, die eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse bis zur 14. Welle 2000, teilweise bis zur 15. Welle 2001 enthält (Verlag Leske + Budrich 2002, 357 Seiten).

Die Studie wurde von 1994 bis Anfang 1998 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert (10. bis 12. Welle), danach bis 2000 von der Friedrich-Ebert-Stiftung (13. und 14. Welle).

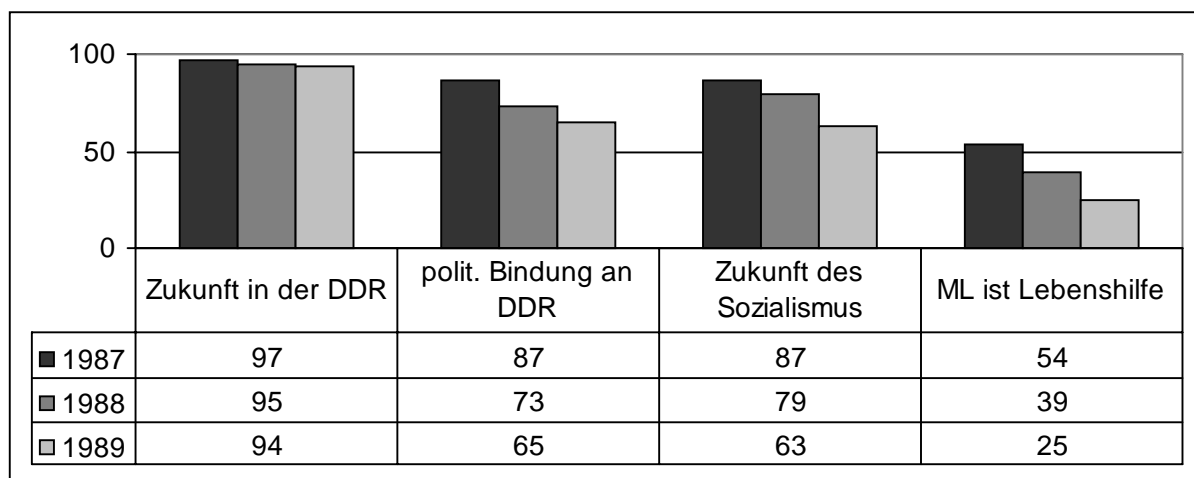
Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Unterstützung bei der Durchführung der 15., 16. und 17. Welle dieser Langzeitforschung.

1. Die Zeit vor der Wende: Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 erhobenen Daten widerspiegeln den in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachteten massiven Rückgang des politischen Bewusstseins, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wurde (vgl. Förster 1999, S. 70 ff.). Exemplarisch belegen wir das für einige politische „Grundüberzeugungen“, deren Herausbildung erklärtes Ziel sozialistischer Erziehung war:

- > „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“
- > „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden.“
- > „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
- > „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“

Abbildung 1: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und 1989 - Anteile sehr starker (AP 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder.



Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus zerfielen in dieser Zeit immer mehr. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht.

Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94% an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62% ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals übrigens signifikant positiver als die männlichen, ein aus heutiger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System meist signifikant weniger positiv.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97%) fest stand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weiter geht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. In den Antworten auf offene Fragen zur DDR (ohne Vorgaben) dominierte eindeutig die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft, insbesondere einer gesicherten beruflichen Perspektive. Typisch waren Formulierungen wie: „Mir gefällt, dass jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist.“, „Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“ oder „Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“

Wie die Weiterführung der Studie nach dem Systemwechsel beweist, wirken diese sozialen Erfahrungen der damals 16/17-Jährigen mit der DDR nahezu ungebrochen bis in die Gegenwart nach, widerspiegeln sich vor allem im Systemvergleich DDR - heutige BRD und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Insofern sind diese und andere vor der Wende gewonnenen Daten sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen der Panelmitglieder auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Diese häufig sehr tiefen Prägungen zu ignorieren oder gar in Frage zu stellen, geht an der Realität vorbei. Wie die Studie belegt, ist aber auch die zu DDR-Zeiten erfahrene politische Sozialisation nicht völlig wirkungslos geblieben (siehe Abschnitt 12.2.2).

2. Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende

Eine Kernaussage der Studie betrifft die mehrheitliche Bejahung der politischen Wende in der DDR, die das Leben der TeilnehmerInnen wie aller Bürger im Herbst '89 von Grund auf veränderte.

Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse der ersten Befragung nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen TeilnehmerInnen positiv bewertet (ausführlich dargestellt in der Publikation „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit.“; vgl. Förster 2002). Charakteristisch waren Formulierungen der damals etwa 17-Jährigen wie z.B. „Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution.“ oder „Ich bin froh darüber, dass wir uns in einem politischen Umbruch befinden. Denn so wie bisher hätte es nicht weitergehen können.“

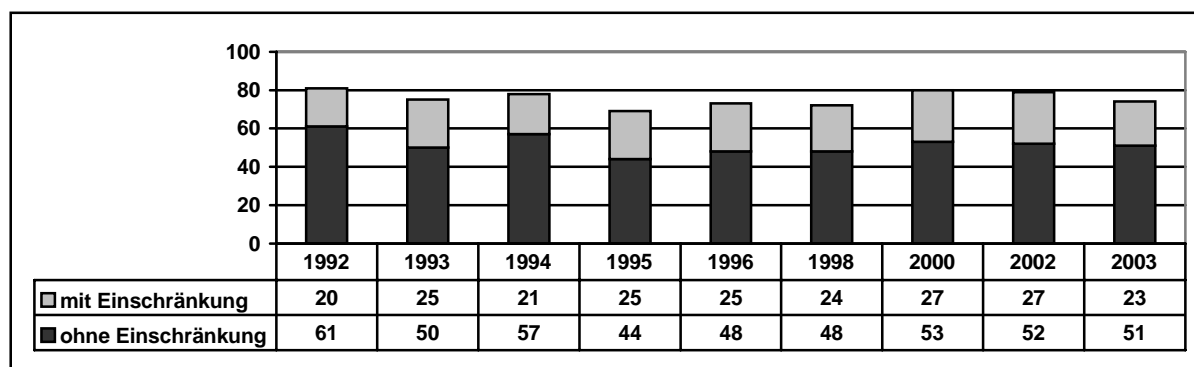
In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung:

Tabelle 1: Einstellung zur Wende 1989 im Trend 1992 bis 2003
 „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	Alter	1	2	(1+2)	3	4+5	X
1992	19,5	61	20	(81)	16	3	1,63
1993	20,5	50	25	(75)	15	10	1,88
1994	21,5	57	21	(78)	17	5	1,73
1995	22,5	44	25	(69)	22	9	1,98
1996	23,5	48	25	(73)	19	8	1,89
1998	25,1	48	24	(72)	18	10	1,92
2000	27,2	53	27	(80)	14	6	1,74
2002	29,0	52	27	(79)	14	7	1,77
2003	30,1	51	23	(74)	20	4	1,81

Betrachten wir dazu noch die folgende Abbildung:

Abbildung 2: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (AP 1) bzw. eingeschränkter (AP 2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2003



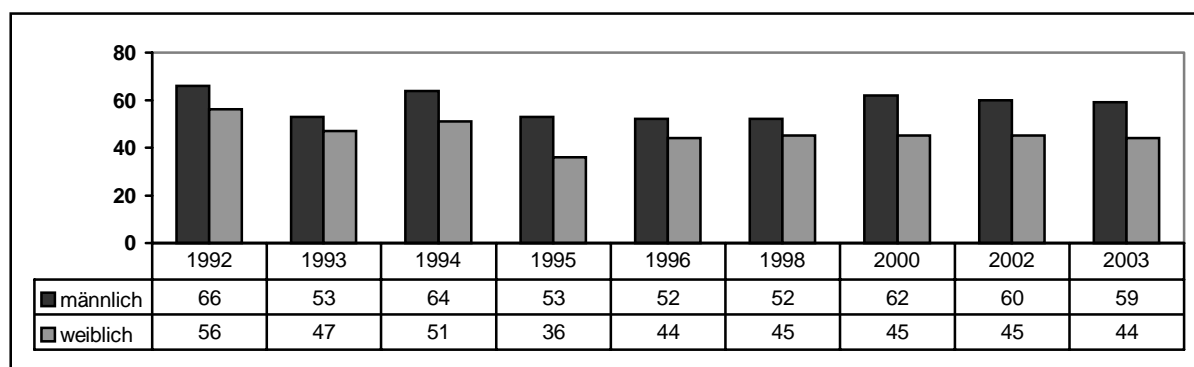
Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurück wünscht. 2003 gilt das für 6% der Panelmitglieder. Allerdings unterliegt auch diese Grundeinstellung bemerkenswerten Schwankungen: Schon zwischen 1994 und 1998 kam es vorübergehend zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der Kohl-Ära.

Nach der Zunahme nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) scheint sich erneut eine Regression durchzusetzen. Die Möglichkeit des personenidentischen Vergleiches der Daten zwischen 1992 und 2003 lässt erkennen, dass die Zustimmung zur Wende in diesem Zeitraum statistisch gesichert (signifikant) zurückgegangen ist, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung!

Weitere Analysen hierzu werden zeigen, ob sich dieser bemerkenswerte Trend fortsetzt.

Eine differenzierte Betrachtung der Geschlechtergruppen lässt deutliche Unterschiede der Urteile zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern erkennen, insbesondere im Hinblick auf die einschränkungslose Bejahung der Wende:

Abbildung 3: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen getrennt (nur AP 1):



Die weiblichen Teilnehmer bejahen die Wende fast durchgängig signifikant weniger häufig einschränkungslos als ihre männlichen Altersgefährten. Ein wesentlicher Grund dafür ist die aus zahlreichen Ergebnissen dieser Studie ablesbare Tatsache, dass die jungen Frauen teilweise erheblich stärker von den negativen Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren und sind als die jungen Männer. Diese teilweise gravierenden Unterschiede in den Einstellungen der Geschlechtergruppen durchziehen die gesamte Studie.

Relativiert wird die grundsätzliche Bejahung der Wende allerdings durch die seit 2002 erhobenen Angaben zu der Frage, inwieweit die Ziele der politischen Wende vom Herbst 1989 heute verwirklicht sind:

Tabelle 2: „Die Ziele der ‘friedlichen Revolution’ im Herbst ‘89 sind heute verwirklicht.“
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2 im großen und ganzen 3 teils-teils
4 kaum 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
2002	2	26	(28)	58	13	1	2,86
2003	2	21	(23)	58	17	2	2,96

Nur ein knappes Viertel der Panelmitglieder (23%) bejaht 2003, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden. Die Mehrheit äußert sich ambivalent, immerhin 19% stellen das in Abrede. Die Tendenz gegenüber 2002 ist leicht abnehmend (P= .009).

Günstiger wird die 2003 gestellte Frage beantwortet, ob die Ostdeutschen ‘89 die Freiheit errungen haben, eines der wichtigsten Ziele:

Tabelle 3: „Mit der friedlichen Revolution im Herbst ‘89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Gesamt	15	43	(58)	35	6	1	2,36
männlich	20	48	(68)	25	7	0	2,20
weiblich	11	38	(49!)	44	6	1	2,49

Die reichliche Hälfte (58%) der Panelmitglieder stimmt zu, dass mit der Wende die Freiheit errungen wurde, der kleinere Teil von ihnen einschränkungslos. Ablesbar ist auch, dass die jungen Frauen erheblich weniger häufig zustimmen als die jungen Männer (sign.).

Aufschlussreich sind die Antworten auf eine sich anschließende offene Frage (d.h. ohne Vorgaben) danach, in welcher Hinsicht die Freiheit errungen wurde und in welcher Hinsicht nicht. Diese Angaben sind noch nicht vollständig ausgewertet; jedoch zeichnet sich deutlich ab, dass nach Auffassung dieser jungen Ostdeutschen vor allem die Reisefreiheit gewonnen wurde, die aber von vielen nicht genutzt werden kann, da ihre wirtschaftliche Situation dies nicht zulässt. Freiheit wird faktisch mit Reisefreiheit gleichgesetzt.

Einige typische Aussagen, die in vielen Variationen wiederkehren, lauten:

„Ohne Arbeit kann ich die errungene Freiheit nicht genießen.“

„Reisefreiheit – aber was nützt es, reisen zu können, wenn man durch die derzeitige Politik immer weniger Geld in der Tasche hat! Außerdem wird die wirtschaftliche Situation im Osten immer wackliger, so dass die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird – aber wir können ja reisen! Wir haben jetzt die Freiheit, die Partei unserer Wahl auf dem Wahlzettel anzukreuzen – aber wem kann man trauen?! ...“

„a) Reisefreiheit, mit Geld ist ALLES materielle zu kaufen.

b) Wir haben uns die Geißel der Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit (horrende Zuzahlungen im Gesundheitswesen), utopisches Renteneintrittsalter, vermehrte Kriminalität erkaufte.“

„Die Freiheit wurde in beinahe jeder Hinsicht errungen, aber uns wurde schnell klar, dass uns viele Freiheiten nichts nützen, wenn man sie sich in dieser Gesellschaft nicht leisten kann!“

„a) Reisefreiheit, die Freiheit, jederzeit Bananen zu kaufen, für Geld alles zu bekommen. b) dass Freiheit so teuer ist und von einem Arbeitsplatz abhängt.“

„Freiheit haben wir errungen in jeder Hinsicht, aber Sicherheit verloren, d.h. soziale Sicherheit und die meisten Menschen materielle Sicherheit. Jetzt ist alles risikoreicher und nur noch kommerziell. Alles hat eine Kehrseite.“

„Man kann reisen, wohin man will, man kann äußern, was man denkt, beruflich steht einem alles offen, man kann sich persönlich frei entfalten, man kann seinen Kindern etwas bieten, Wünsche erfüllen... ABER: das geht alles nur mit Geld und das bekommt man nur mit einem Job. Ohne den ist die Freiheit nur halb soviel wert!“

„Freiheit verbinde ich einzig und allein mit der Möglichkeit, überall hin reisen zu können.“

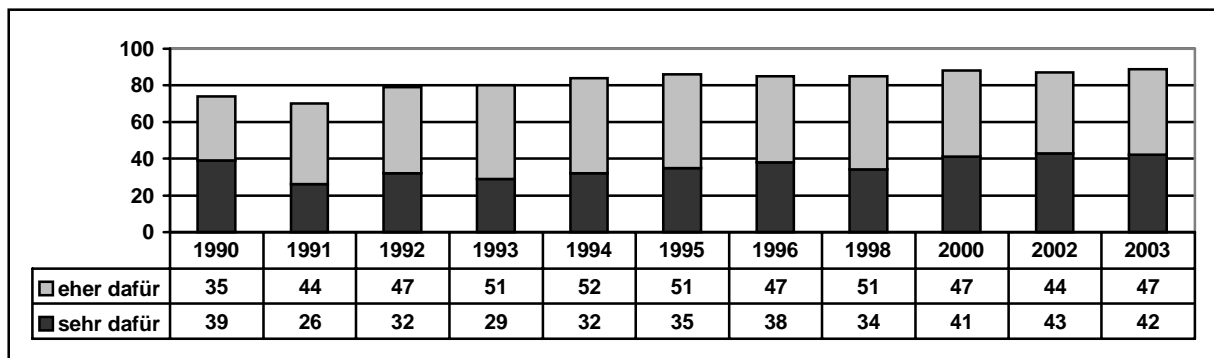
„a) Man kann nun ohne Einschränkungen die Welt erkunden,
b) wenn man, wie ich z. Zt., arbeitslos ist, ist man in vielerlei Hinsicht in seiner Freiheit eingeschränkt, z. B.: kein Geld, keine Reisen; keine Arbeit: man kann sich auch nicht beruflich frei entfalten und privat ist man auch eingeschränkt.“

„Es wurden zwar einige Freiheiten errungen (Reisefreiheit, Pressefreiheit u. a.), aber was nützt die ganze Freiheit, wenn man sich jeden Monat auf dem Arbeitsamt oder Sozialamt melden muss. Früher war für die Kinder eine Perspektive vorhanden, heute: keine Lehrstelle – kein Job – kein Geld – schiefe Bahn.“

3. Keine Abstriche an der Zustimmung zur deutschen Einheit

Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug (die TeilnehmerInnen waren damals rund 17 Jahre alt), wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst. Bei ihr konnte eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung beobachtet werden:

Abbildung 4: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 – 2003. Anteile einschränkungsloser (AP 1) und eingeschränkter (2) Zustimmung



Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Die Daten von 1990 wurden im Frühjahr erhoben, also noch vor dem Beitritt. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

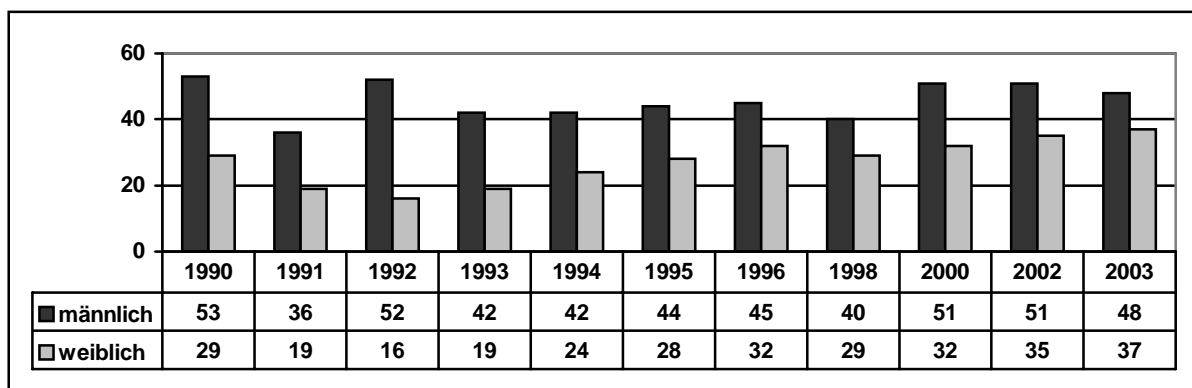
Dieser bereits über 13 Jahre laufende Trend gehört zu den interessantesten und zugleich bedeutsamsten Ergebnissen dieser Studie. Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, d.h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt (und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder) deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Im Frühjahr 2003 ist dieses hohe Niveau der Zustimmung erhalten geblieben.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

Diese steht bei den verbalen Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung von Anfang an klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die so oder ähnlich formulierte Einschränkung ergänzt wie „Reisen ist nur möglich, wenn man auch das nötige `Kleingeld` hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann.“

Die nach den Geschlechtergruppen differenzierten Zeitreihen lassen jedoch eine weitere, sehr bedeutsame Tendenz erkennen, insbesondere dann, wenn wir die Anteile einschränkungsloser Zustimmungen betrachten:

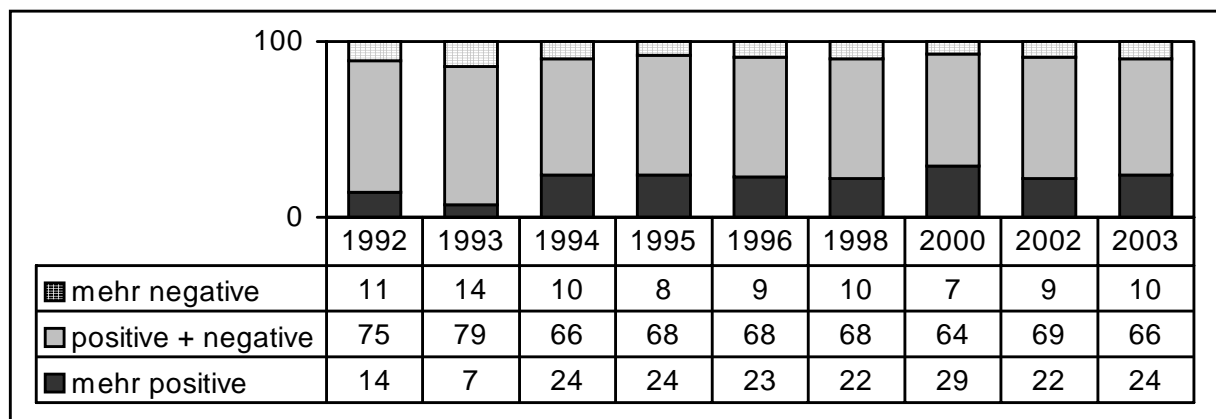
Abbildung 5: Anteile einschränkungsloser Zustimmungen zur deutschen Einheit im Trend (Position 1), nach Geschlechtergruppen differenziert



Ablesbar ist, dass die jungen Frauen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der Einheit erheblich weniger einschränkungslos bejahend gegenüber stehen als ihre männlichen Altersgefährten. Diese Erscheinung bleibt auch dann bestehen, wenn wir die Anteile der einschränkungslosen und eingeschränkten Zustimmung addieren. Sie ist (wie schon bei der Einstellung zur Wende) Ausdruck der weitaus stärkeren Betroffenheit der jungen Frauen durch negative Vereinigungsfolgen.

Trotz der generellen Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 6: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 - 2003



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint seit 2002 gestoppt zu sein, vermutlich auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland.

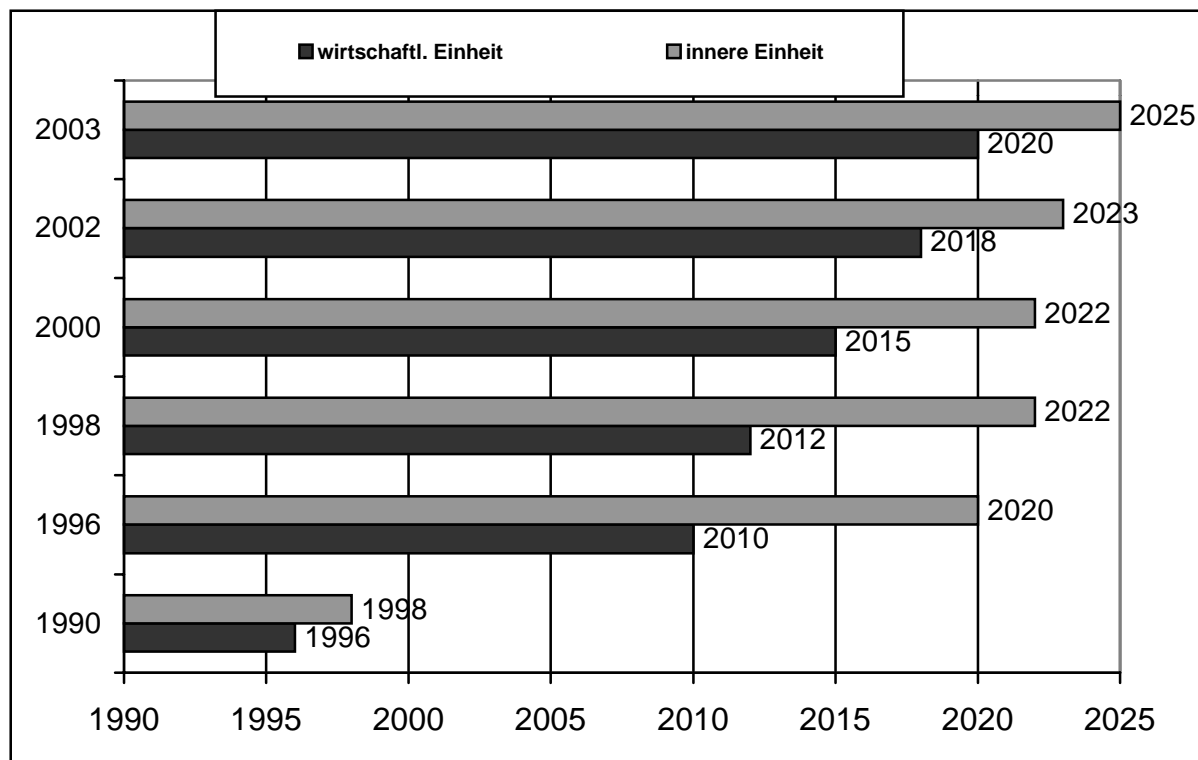
Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Tabelle informiert über die Mittelwerte der Gesamtgruppen der Teilnehmer der 12. bis 17. Welle (außer 15.) sowie über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet):

Tabelle 4: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit
 „Wie lange wird es dauern ...
 a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
 b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“ (freie Angaben in Jahren)

<u>Befragungsjahr</u>	<u>Mittelwert</u>	<u>prognostiziertes Jahr (gerundet)</u>
<u>a) wirtschaftliche Einheit</u>		
1990*)	6,2	1996
1996	14,2	2010
1998	13,7	2012
2000	14,7	2015
2002	15,9	2018
2003	16,4	2020
<u>b) innere Einheit</u>		
1990*)	8,2	1998
1996	23,3	2020
1998	24,4	2022
2000	21,4	2022
2002	20,6	2023
2003	22,0	2025

*) Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZIJ vom September 1990 für den SPIEGEL, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen.

Abbildung 7: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den sechs Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2003



Dieser Trend ist sehr informativ. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2003 davon aus, dass es noch rund 16 Jahre (!) dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2020). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen!).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 22 Jahre (d. h. im Jahre 2025). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen!).

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung gravierend vergrößert und vergrößert sich weiter! Diese Vorstellungen sind keine Zahlenspielerien, sondern widerspiegeln wie kaum ein anderes Ergebnis sehr anschaulich die ursprünglichen großen Hoffnungen auf das vereinte Deutschland und die nachfolgenden Enttäuschungen dieser jungen Leute von den Realitäten des Vereinigungsprozesses und von einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland.

4. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

4.1 Geringe Zufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die verbreitete Bejahung der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

Diese Sicht äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Die folgende Tabelle informiert über die im Jahr 2003 gewonnenen Ergebnisse (geordnet nach der addierten Häufigkeit der AP 1+2):

Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 17. Welle 2003
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden
 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

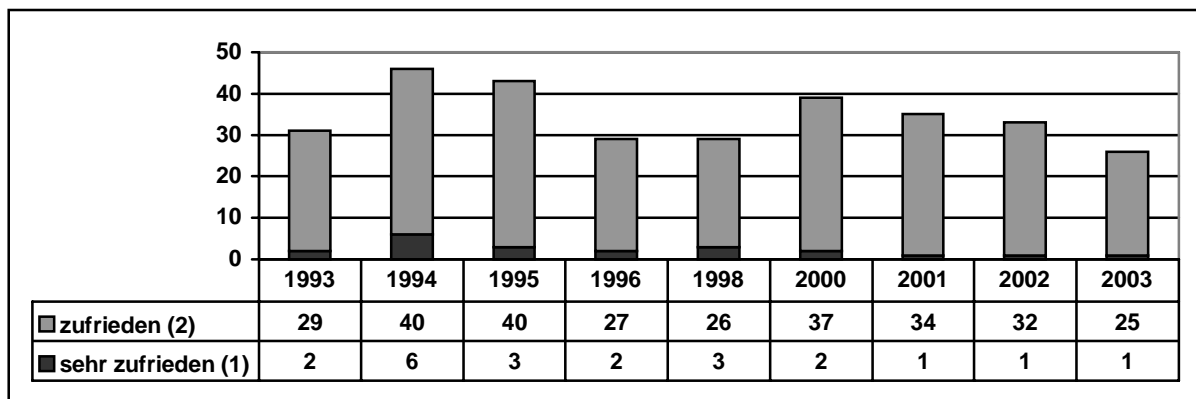
	1	2	(1+2)	3	4
mit der Außenpolitik	7	48	(55)	32	13
mit der Militärpolitik	3	42	(45)	38	17
mit der Demokratie	3	34	(37)	48	15
mit der Wirtschaftsordnung	1	25	(26)	50	24
mit dem politischen System					
in der BR Deutschland	1	21	(22)	49	29
mit der Familienpolitik	0	16	(16)	49	35
mit der Sozialpolitik	0	11	(11)	51	38
mit der Gesundheitspolitik	0	10	(10)	45	45
mit der Lohnpolitik in					
Ostdeutschland	0	8	(8)	35	57!

Mit einer Ausnahme überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (7%) oder zufrieden (48%) ist. Knapp die Hälfte (45%) ist mit der Militärpolitik mehr oder weniger stark zufrieden. Noch vor einem Jahr äußerten sich nur 29% zufrieden, diese erhebliche Veränderung hängt zweifellos mit der Politik der Regierung im Hinblick auf den Krieg gegen den Irak zusammen.

Mit den anderen Aspekten ist gerade oder weniger als ein Drittel zufrieden. Das betrifft die Zufriedenheit mit der Demokratie (37%, 2002 waren es noch 46%!), mit der Wirtschaftsordnung (26%; 2002 waren es noch 33%) und - besonders wesentlich - mit dem politischen System (22%; 2002 äußerten sich 27% zufrieden). Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Familienpolitik (16%; 2002 waren es noch 22%), der Sozialpolitik (11%; 2002 noch 17%) und der Gesundheitspolitik (10%; 2002 noch 20%). Bei der Lohnpolitik im Osten ist mit 57 % der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die anhaltende Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil.

Zu zahlreichen Aspekten liegen mittlerweile langjährige Trends vor, so z.B. zur Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, einem der aussagekräftigsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem:

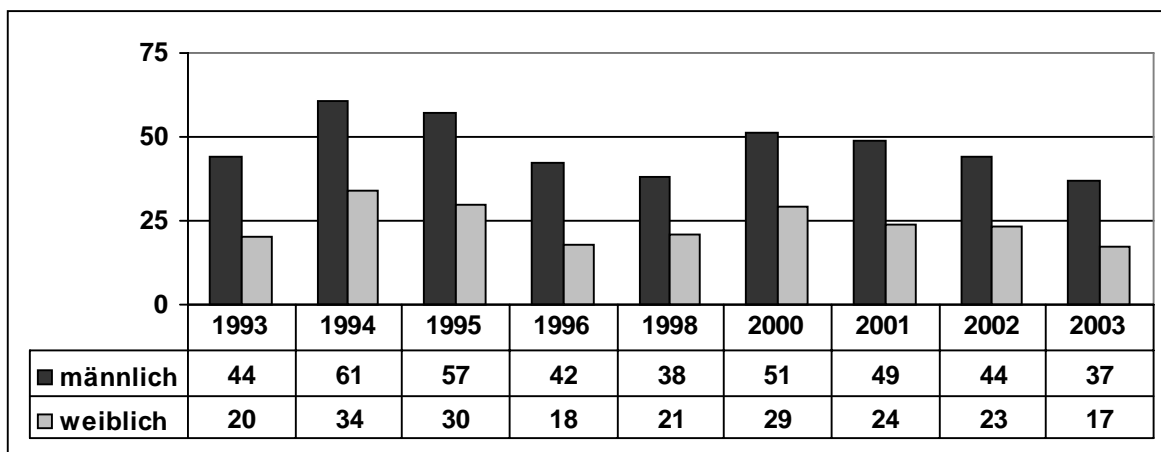
Abbildung 8: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 - 2003. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Zufriedenheit (AP 2)



Erkennbar ist zunächst, dass der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten hat. Lediglich im Wahljahr 1994 werden 46% erreicht. Diese jungen Ostdeutschen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung mehrheitlich kritisch gegenüber. Darüber hinaus fällt der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 46% auf 29% auf, der im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchgesetzt hat, jetzt allerdings auf einem niedrigeren Niveau! 2003 äußert ein reichliches Viertel (26%) Zufriedenheit, das ist der bisher geringste Anteil seit Beginn unserer Messungen 1993!

Informativ ist ein Blick auf die erheblichen Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen:

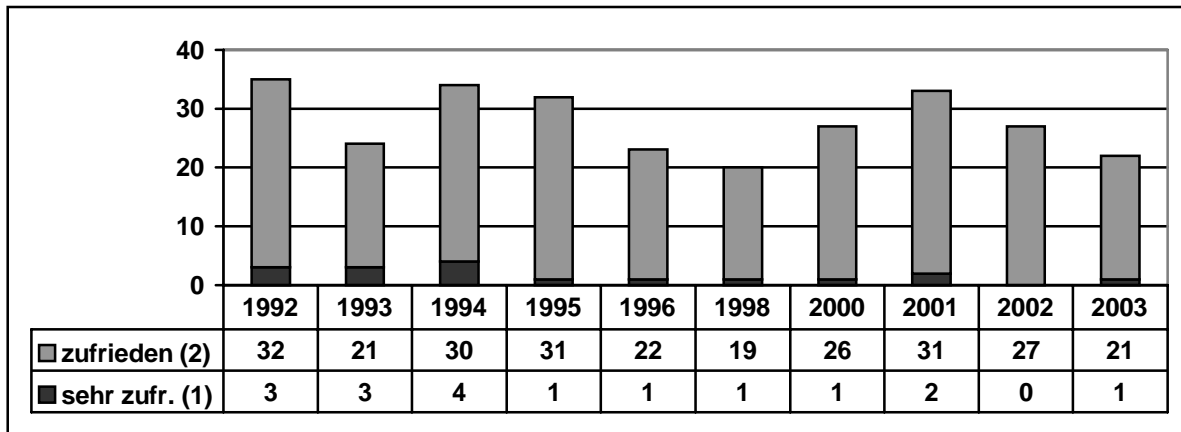
Abbildung 9: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 – 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker und starker Zufriedenheit (AP 1 und 2)



Durchweg sind die jungen Frauen erheblich weniger zufrieden mit der jetzigen Wirtschaftsordnung als ihre männlichen Altersgefährten.

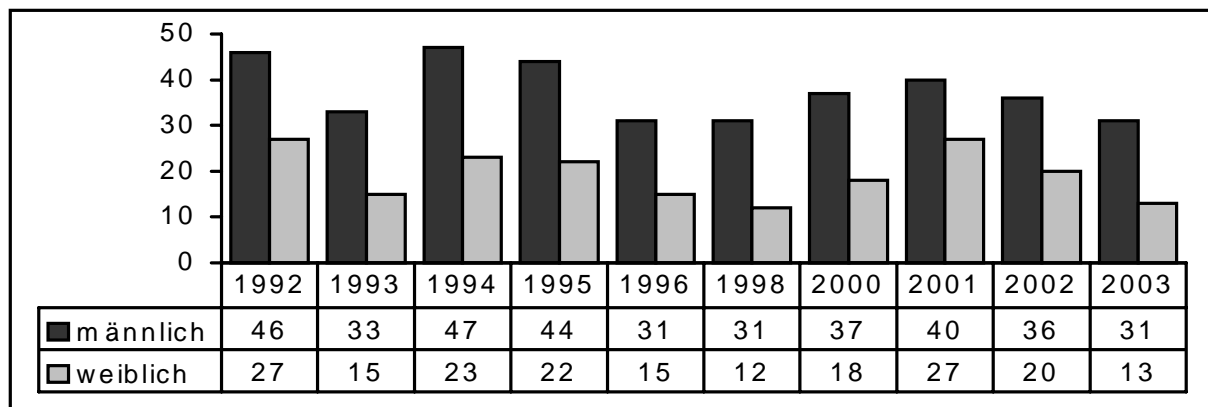
Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem politischen System:

Abbildung 10: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2003. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2002: null Prozent, Maximum 1992 bzw. 1994 mit 4 %). Zwischen 1994 und 1998 war sogar ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU in der Endzeit der Kohl-Ära stand (s. u.). Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Die erneute Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht 2002 und vor allem 2003 einem deutlichen Negativtrend. 2003 sind lediglich 22% mit dem politischen System zufrieden; weniger waren es nur 1998, vor dem Regierungswechsel. Von einer zunehmenden Akzeptanz des Systems kann bei diesen jungen Ostdeutschen keine Rede sein.

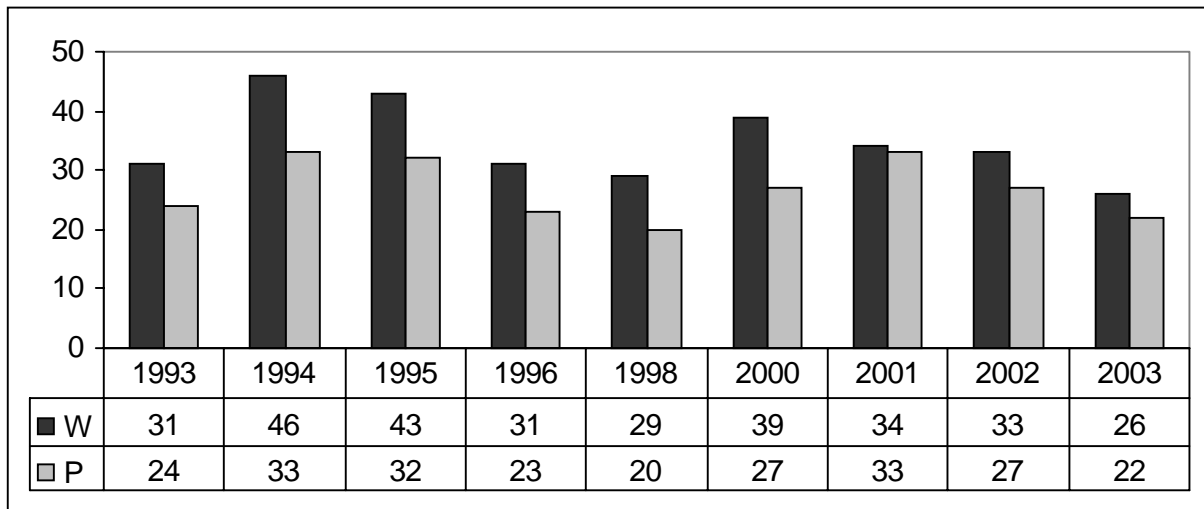
Abbildung 11: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)



Der nach den Geschlechtergruppen differenzierte Trend lässt erkennen, dass die weiblichen Panelmitglieder mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg noch erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durchweg hoch signifikant). 88% von ihnen sind 2003 mehr oder weniger unzufrieden - deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen.

Aufschlussreich ist eine zeitlich parallele Betrachtung der Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

Abbildung 12: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2003, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet. Die Häufigkeiten sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst.



Diese zeitlich synchron verlaufenden Trends sind politisch und politikwissenschaftlich betrachtet überaus interessant: Anhand tatsächlich so abgelaufener Prozesse ist ablesbar, dass in diesen 10 Jahren die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist – Widerspiegelung des bekannten Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität des Systems (vgl. u. a. Weidenfeld/Korte 1991, S. 149). Dabei übersteigt die Systemzufriedenheit zu keinem Zeitpunkt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung.

Wir vermuten, dass dieser grundlegende Zusammenhang in unserer Studie für Ostdeutschland erstmals im Längsschnitt nachgewiesen wurde (ausf. siehe Förster 2002, S. 95 ff.).

Darauf verweisen auch die Querschnittskorrelationen zwischen beiden Aspekten. Die durchweg hoch signifikanten Korrelationskoeffizienten r liegen zwischen $.52$ und $.66$ ($P = .000$). Exemplarisch zeigt die folgende Tabelle den engen Zusammenhang für das Jahr 2003:

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits im Jahr 2003 (AM wie bei Tab. 5)

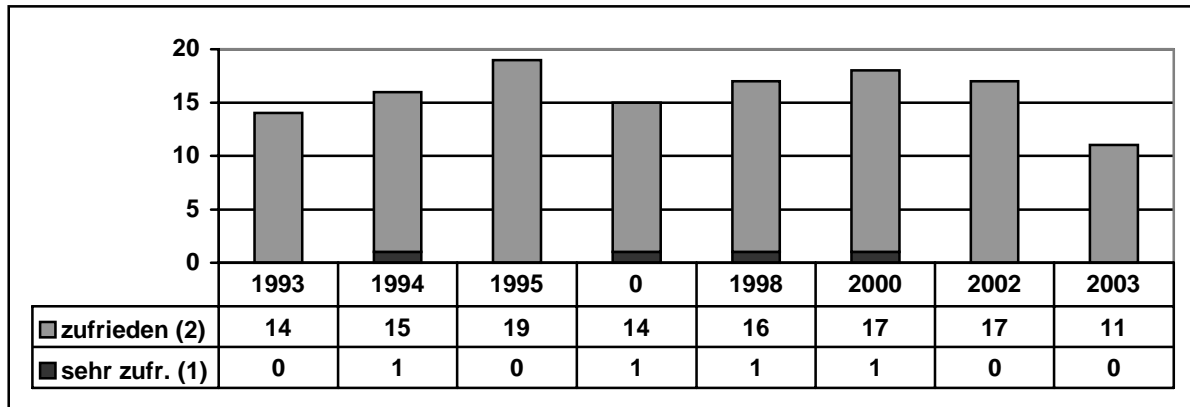
	Zufriedenheit mit dem politischen System:				n
	1	2	3	4	
Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung:					
1+2 sehr zufrieden/zufrieden	3	58	32	7	111
3 weniger zufrieden	0	9	75	16	210
4 unzufrieden	0	2	19	79	98

($N = 419$; $r = .65$; $P = .000$; bei der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung wurden die AP 1 und 2 wegen zu geringer Besetzung zusammengefasst. Die Berechnung von r erfolgte auf der Grundlage der unverkürzten Skalen.)

Ablesbar ist, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System mit abnehmender Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung zurückgeht. Dabei ist die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Ordnung natürlich nur ein Faktor in einem Faktorenbündel, aber ein sehr gewichtiger. Wächst die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung künftig weiter, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Unzufriedenheit mit dem politischen System zunehmen.

Ebenfalls zu allen Zeitpunkten nur schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik. Nur Minderheiten äußern sich positiv. Der bisher höchste Wert der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19%!

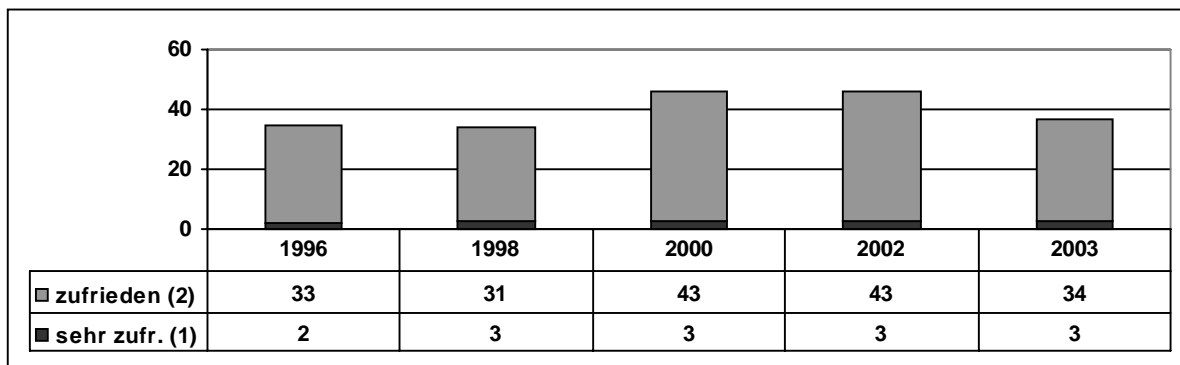
Abbildung 13: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2003. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote faktisch unverändert gering. 2003 wurde der bisher geringste Wert von 12% erreicht, der Anteil sehr zufriedener Panelmitglieder liegt bei Null.

Nur wenig höher sind die Quoten der Zufriedenheit mit der Demokratie:

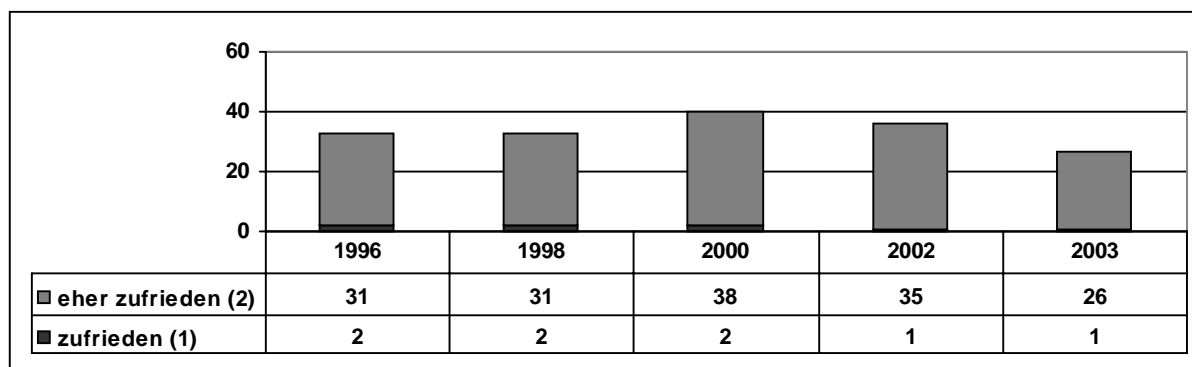
Abbildung 14: Zufriedenheit mit der Demokratie im Trend 1996 bis 2003. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Knapp die Hälfte war bisher das Maximum derer, die sich zufrieden mit der Demokratie äußern, wobei der Anteil sehr zufriedener nur 2 bis 3% beträgt.

Maximal ein reichliches Drittel der Panelmitglieder ist mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt zufrieden, in jüngster Zeit mit rückläufiger Tendenz:

Abbildung 15: Generelle Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2003. Anteil zufriedener (1) bzw. eher zufriedener (2) als unzufriedener Panelmitglieder

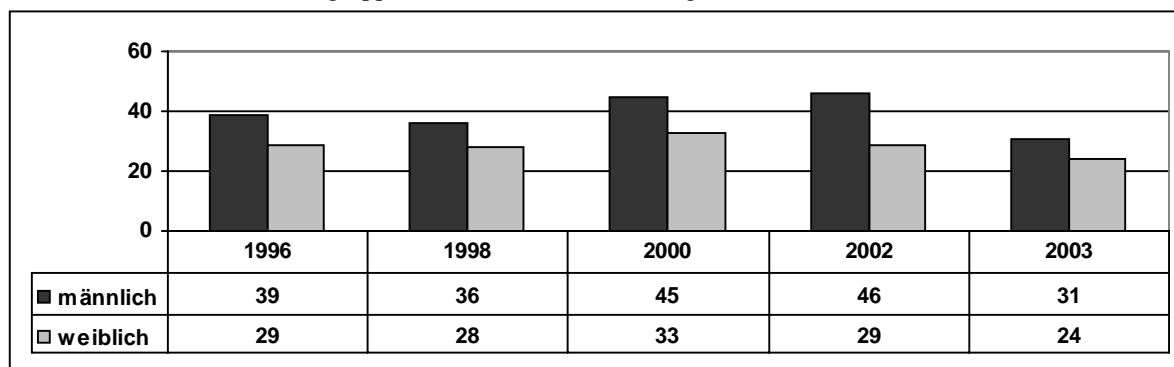


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“

Ich bin 1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Nach einem leichten Anstieg der Zufriedenheit im Jahr 2000 (d.h. nach dem Regierungswechsel 1998) ist 2003 ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen, der vor allem von den jungen Frauen getragen wird:

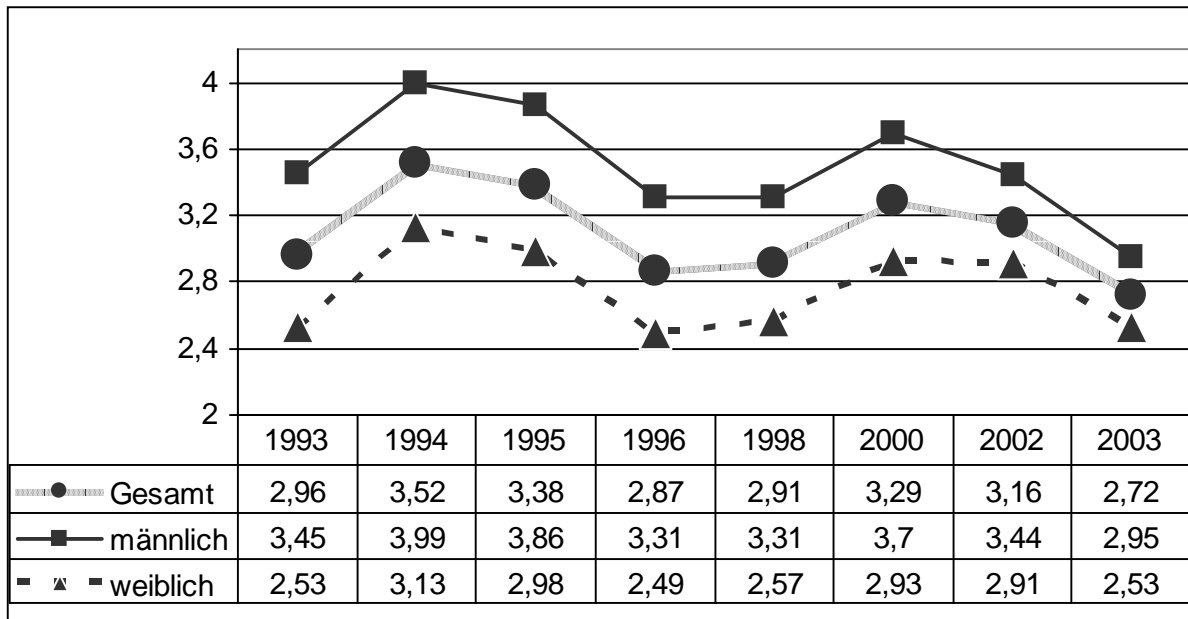
Abbildung 16: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2003, nach Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile der AP 1+2.



War im Jahr 2000 noch ein Drittel der jungen Frauen mehr oder weniger mit der gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden, trifft das jetzt nur noch für ein knappes Viertel zu!

Abschließend zu diesem Abschnitt stellen wir den Veränderungsprozess der Zufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem anhand eines Indexes dar, in den die folgenden drei wesentlichen Aspekte eingehen: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung, mit dem politischen System und mit der Sozialpolitik. Die vorgegebene Skala von 1 sehr zufrieden bis 4 unzufrieden (vgl. Tab. 5) wurde zu diesem Zweck umcodiert: von 3 sehr zufrieden bis 0 unzufrieden, so dass eine Punkteskala von 0 bis 9 Punkten entstand. Für jede Welle bzw. jedes Jahr wurde ein Mittelwert berechnet, und zwar für die Gesamtgruppe sowie für die Teilgruppen männlich bzw. weiblich. Die folgende Abbildung zeigt die Veränderungen der Zufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem in verallgemeinerter Form zwischen 1993 und 2003:

Abbildung 17: Veränderung der Zufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem zwischen 1993 und 2003

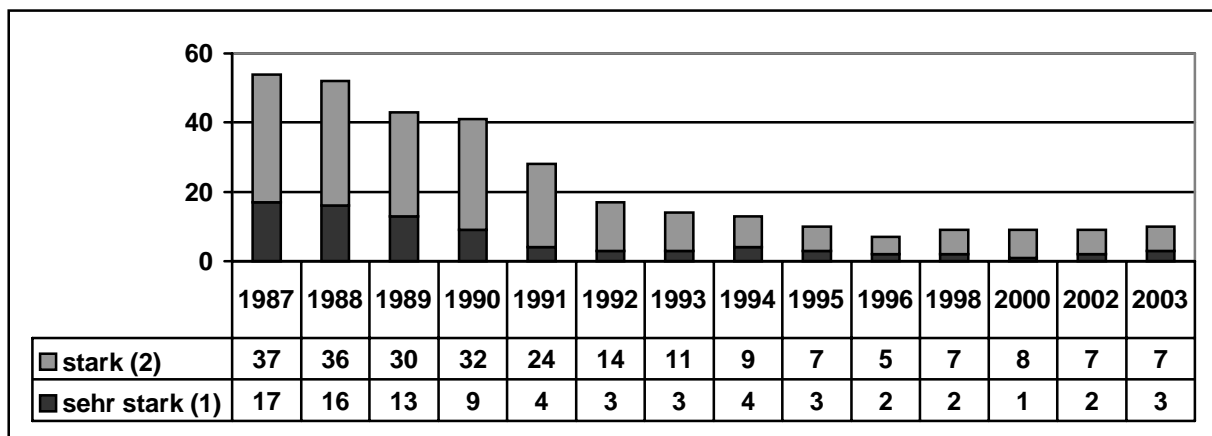


Ablesbar ist der deutliche Rückgang der Zufriedenheit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und der im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) folgende deutliche Anstieg, der jedoch erneut von einem Rückgang abgelöst wurde. Diese wellenförmige Veränderung gilt für beide Geschlechtergruppen, wobei die Zufriedenheit der jungen Frauen durchweg geringer ausfällt als der jungen Männer.

4.2 Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Ein weiterer Beleg für die anhaltende kritische Haltung gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem ist der gravierende Rückgang der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen Daten seit 1987 vor:

Abbildung 18: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2003. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



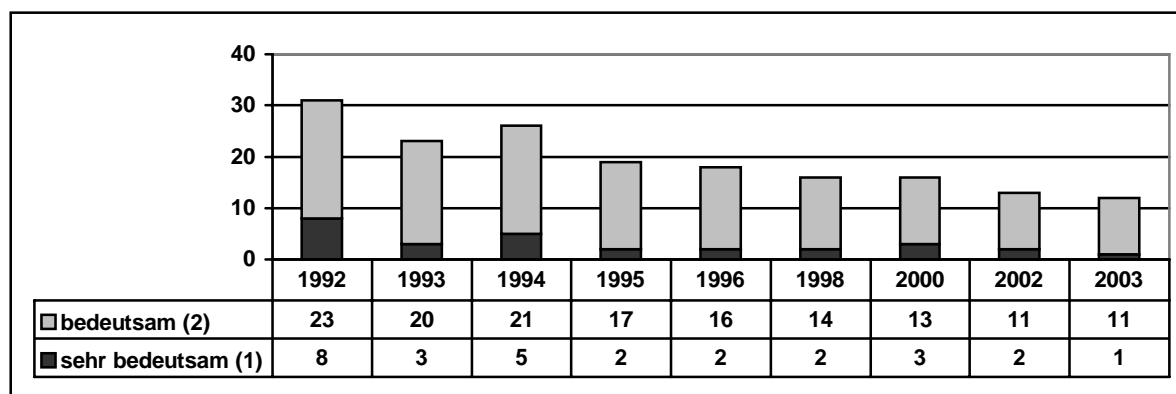
Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“?
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Das ist einer der aussagekräftigsten Trends dieser Studie. Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen,

Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende (genauer ab 1991, im Frühjahr 1990 wollten immerhin noch 41% sich aktiv politisch betätigen) weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 19: Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 – 2003. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



Der Anteil der Panelmitglieder, die zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig. Wollten 1992 immerhin noch 31% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2003 auf 12%, d. h. auf rund ein Drittel, zurück - ebenfalls ein Indiz für die zunehmende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u. a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder überhaupt keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt jedoch zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

4.3 Starke Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 7: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</i>						
2000	1	9	(10)	30	32	28
2001	1	5	(6)	28	32	34
2002	0	5	(5)	28	34	33
2003	1	3	(4)	26	34	36
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“</i>						
2000	0	7	(7)	33	29	31
2001	1	14	(15)	38	26	21

2002	1	6	(7)	31	32	30
2003	1	5	(6)	32	28	34

„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“

2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25
2003	1	10	(11)	32	27	30

Fast unverändert glaubt 2003 nur eine Minderheit der Panelmitglieder daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten (70%) zweifeln daran. Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001(nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2003 ebenfalls eine Minderheit.

Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2003 11%, 57% erhoffen das Gegenteil, 32% äußern sich ambivalent. Nur eine (abnehmende) Minderheit betrachtet offensichtlich das jetzige System als das „Ende der Geschichte“. Dieser Rückgang ist u. a. mit auf die Zunahme der Ängste vor militärischen Abenteuern der USA zurückzuführen. Diese Daten und Trends sprechen für eine kritische Grundhaltung zum heutigen gesellschaftlichen System.

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem äußert sich nicht zuletzt in weit verbreiteten Zweifeln daran, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben:

Tabelle 8: Erfahrung, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben, im Trend 1998 bis 2003
„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben?“

Jahr	ja	nein	schwer zu sagen
1998	30	36	34
2000	37	37	26
2002	34	36	30
2003	38	34	28

Ein reichliches Drittel (38%) hat bisher diese Erfahrung gemacht, fast ebenso viele (34%) verneinen dies, 28% weichen einer Antwort aus. Ob der gegenüber 1998 zu beobachtende leichte Trend zu zunehmender Bejahung anhält, bleibt abzuwarten.

4.4 Kritische Beurteilung der Politik der rot-grünen Regierungskoalition

Seit dem Jahr 2000, d. h. nach dem Regierungswechsel von 1998, äußerten sich die Panelmitglieder dazu, welchen Einfluss die Politik der Bundesregierung auf ihr Leben hat. Dabei gaben sie 2000 eine Prognose in dieser Hinsicht ab, 2002 und 2003 beurteilten sie die geleistete Arbeit:

Tabelle 9: Urteile der Panelmitglieder über den Einfluss der Politik der Bundesregierung auf ihr Leben
2000: „Welchen Einfluss wird die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben haben? Diese Politik wird mein Leben...
2002, 2003: „Welchen Einfluss hatte die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben? Diese Politik hat mein Leben ...
1 eher verbessern /eher verbessert
2 weder verbessern noch verschlechtern / weder verbessert noch verschlechtert
3 eher verschlechtern/eher verschlechtert
0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
2000	5	42	33	20
2002	8	50	29	13
2003	8	53	28	11

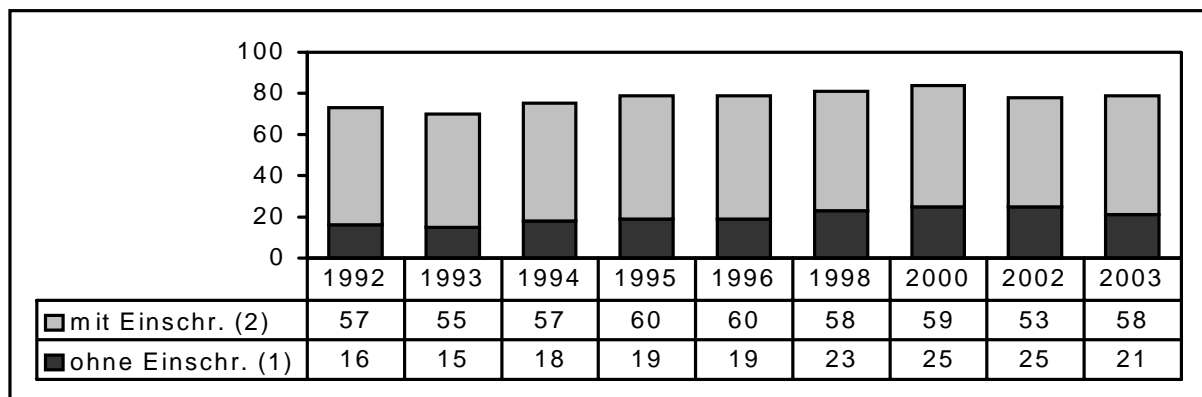
Lediglich 5% erwarteten 2000 von der rot-grünen Regierungskoalition eine Verbesserung ihres Lebens, aber 33% eine Verschlechterung. Die meisten vermuteten, dass sich nichts ändern wird. 2002

und 2003 hat sich an diesen Relationen nur wenig geändert: Die meisten (53%) registrieren für sich keine Veränderungen, 8% sehen Verbesserungen, nahezu viermal so viele Verschlechterungen. Die Urteilssicherheit hat in diesem Zeitraum zugenommen: Wichen 2000 noch 19% einer Aussage aus, waren das 2003 nur noch 11%.

4.5 Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht

Die bestehende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem hindert die jungen Ostdeutschen jedoch keineswegs daran, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden:

Abbildung 20: Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 2003. Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos (1) bzw. mit Einschränkungen (2) zurechtfinden



Fragetext: „Wie kommen Sie - alles in allem - mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Im Gegenteil: Wie der Trend belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht. Nur wenige Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Allerdings fällt das den jungen Frauen durchweg etwas schwerer als den jungen Männern: 2003 äußerten 85% der jungen Männer gegenüber 75% der jungen Frauen, zurechtzukommen. Ob die seit 2002 leicht rückläufigen Daten eine Trendwende andeuten, bleibt abzuwarten.

5. Zunehmende Distanz gegenüber den politischen Parteien

Die gesellschaftskritische Haltung der Panelmitglieder äußert sich sehr drastisch in ihrer Distanz gegenüber den politischen Parteien. Wir informieren zunächst über die im Frühjahr 2003 ermittelten Vertrauensquoten:

Tabelle 10: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2003
„Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“
1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

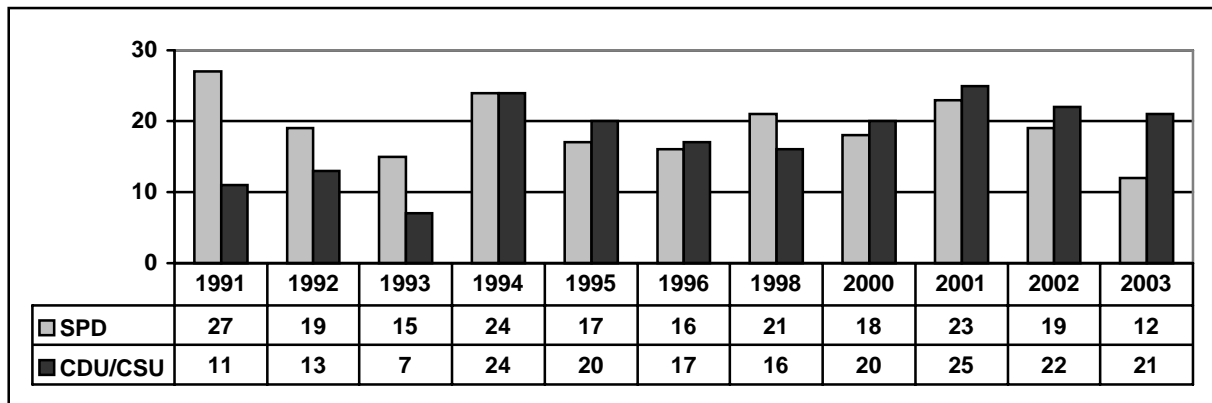
	1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	2	18	(20)	51	29
SPD	0	12	(12)	54	34
PDS	1	8	(9)	41	50
FDP	1	8	(9)	44	47
Bündnis 90/Die Grünen	1	9	(10)	41	49

Republikaner oder andere rechte Parteien	0	2	(2)	13	85

Bei den Trends beschränken uns in dieser Erstinformation auf die Angaben zu den demokratischen Parteien.

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP (und Republikaner). Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

Abbildung 21 : Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2003 (Ap1 und 2 wurden zusammengefasst)



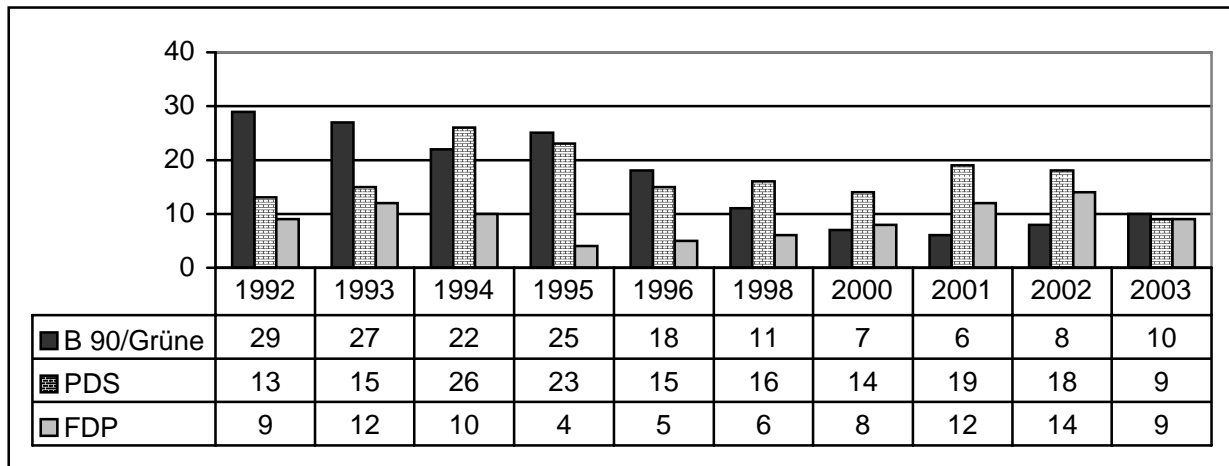
Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Bemerkenswert und unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 24% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System. Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Auch die Vertrauensquoten gegenüber der SPD gehen nach 2001 deutlich zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert der oben erwähnte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System.

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 22: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2003 (Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst; AM wie oben)

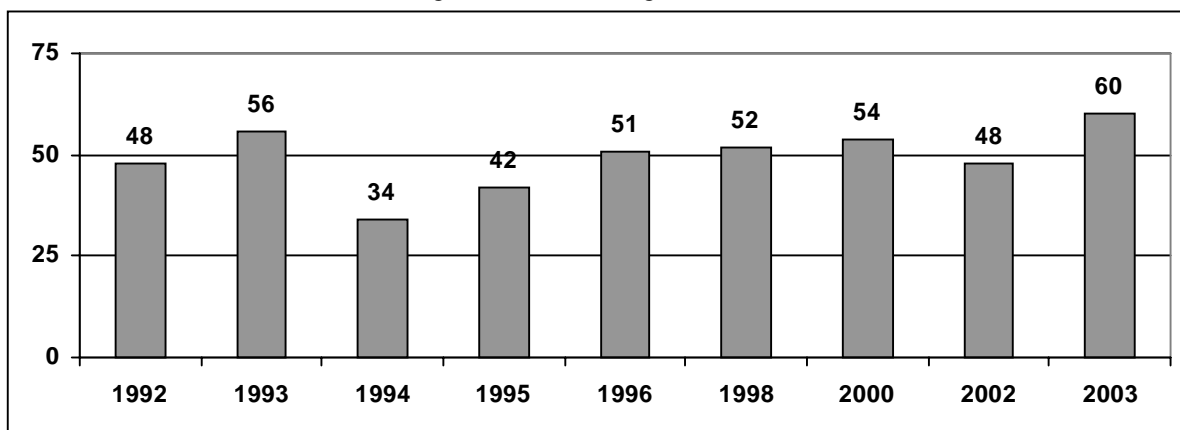


Auffällig ist insbesondere der steile Absturz der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre. Seit 2002 ist das Vertrauen tendenziell angestiegen. Auffällig ist auch der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang, der ab 2001 gestoppt schien, sich danach jedoch erneut fortsetzte. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP zwischen 1996 und 2002, der 2003 ein Rückgang folgte.

Korrelationen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Im Gegenteil: In den vergangenen 11 Jahren hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, erhöht:

Abbildung 23: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien (SPD, CDU/CSU, PDS, FDP, B90/Grüne) sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) haben, im Trend 1992 bis 2003



Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil sehr hoch, ging jedoch ab 1994 (Bundestagswahlen!) wieder deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 60% im Jahre 2003, die bisher höchste Quote seit 1992. Für die Politik sollte diese Entwicklung ein Alarmsignal sein, zumal der Anstieg dieser Teilgruppe sich vielfach auf weitere politische Einstellungen auswirkt: So bejahen von diesen Panelmitgliedern nur 14%, mit dem politischen System zufrieden zu sein (Gesamtdurchschnitt: 22%) bzw. nur 30% mit der Demokratie zufrieden zu sein (Gesamtdurchschnitt 38%).

Seit 1993 wird erfasst, von welcher Partei sich die Panelmitglieder am besten vertreten fühlen. Bei der 17. Welle 2003 ergab sich folgende Verteilung:

Tabelle 11: Erleben der Interessenvertretung durch die Parteien 2003 (Spaltenprozent)
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“

Partei	gesamt	Ost	West
CDU/CSU	19	19	17
SPD	12	9	20
PDS	8	8	5
FDP	5	4	7
B 90/Grüne	6	5	9
Republikaner oder andere rechte P.	2	3	0
Von keiner	48	52	42

Die Verteilungen unterscheiden sich signifikant zwischen denen, die im Osten bzw. im Westen leben. Das macht sich insbesondere in der stärkeren Präferenz der SPD bei denen bemerkbar, die im Westen leben. Fast die Hälfte der Panelmitglieder (48%) fühlt sich von keiner dieser Parteien am besten vertreten (2002: 43%), darunter 52% derer, die im Osten leben (West: 42%). Bei jenen Panelmitgliedern, die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben, beträgt der Anteil derer, die sich von keiner Partei vertreten fühlen, sogar 70%!

Auffällig ist, dass nur bei einem kleinen Teil unserer Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien bestehen: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2003 nur 30% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 (dem Beginn dieser Fragestellung) zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 16%. Offensichtlich zweifeln sehr viele von ihnen generell daran, dass die Parteien ihre Interessen vertreten.

6. Konstante Mehrheitsmeinung: die DDR hatte gute und schlechte Seiten

Die Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an im Mittelpunkt unserer Studie. Inzwischen liegt eine Fülle von Ergebnissen vor, die im Rahmen dieser Erstinformation nur angedeutet werden können. Sie sollten auch für die Politik von hohem Interesse sein, dokumentieren sie doch, dass auch bei den 30-Jährigen der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger komplizierter verläuft, als dies unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde. Die vorliegenden Ergebnisse sind auch für die gegenwärtige Diskussion um die Ostalgie-Welle von Interesse, beantworten sie doch manche Frage, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen wird. Wir gehen deshalb ausführlich auf diese brisante Thematik ein.

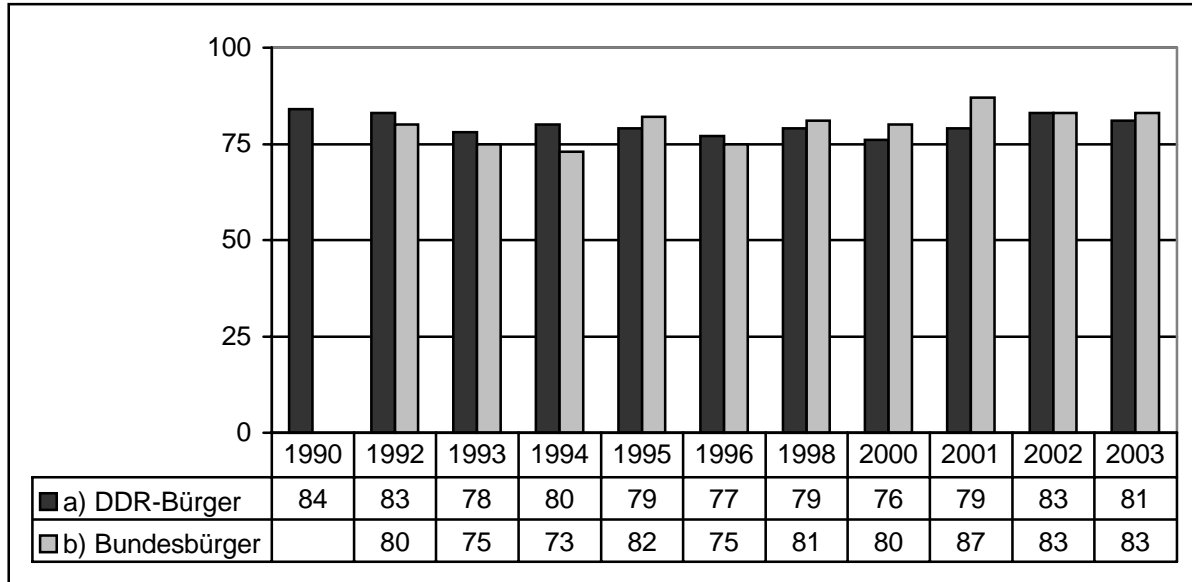
6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld äußert sich auf spezifische Weise im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist:

Abbildung 24: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2003. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Identifikation
 „Als was fühlen Sie sich?“

a) als Bürger der ehemaligen DDR
 b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland

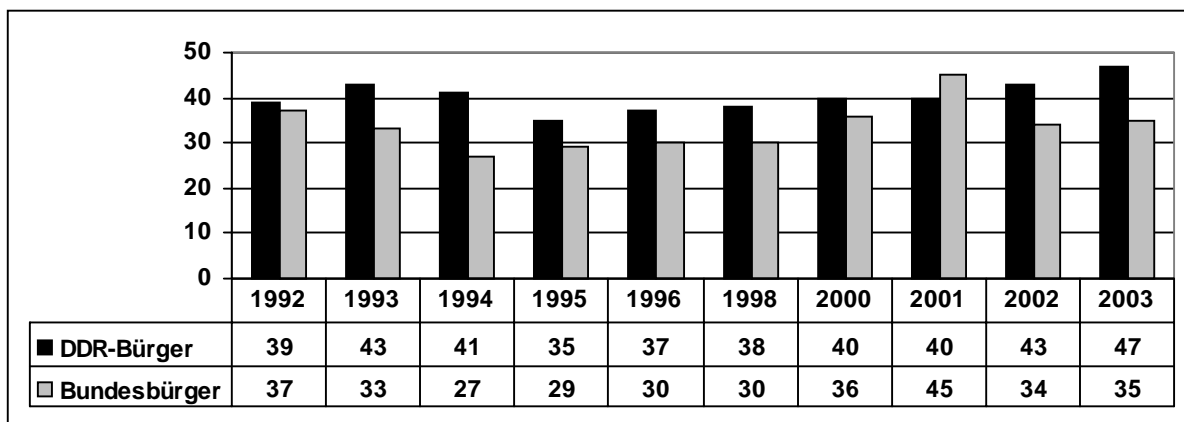
1 vollkommen 2 etwas schon 3 eigentlich nicht 4 überhaupt nicht



Schon optisch ist zu erkennen: Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2003 nicht verstärkt. Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, d.h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden ist.

Andererseits ist die Identifikation mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2003 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 nahezu überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr TeilnehmerInnen der Studie mit der DDR als mit der BRD: 47% gegenüber 35%! Diese bemerkenswerte Erscheinung war auch – mit einer Ausnahme 2001– in allen vorhergehenden Jahren zu beobachten:

Abbildung 25: Ausprägung einschränkungsloser Identifikation (AP 1) mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1992 und 2003



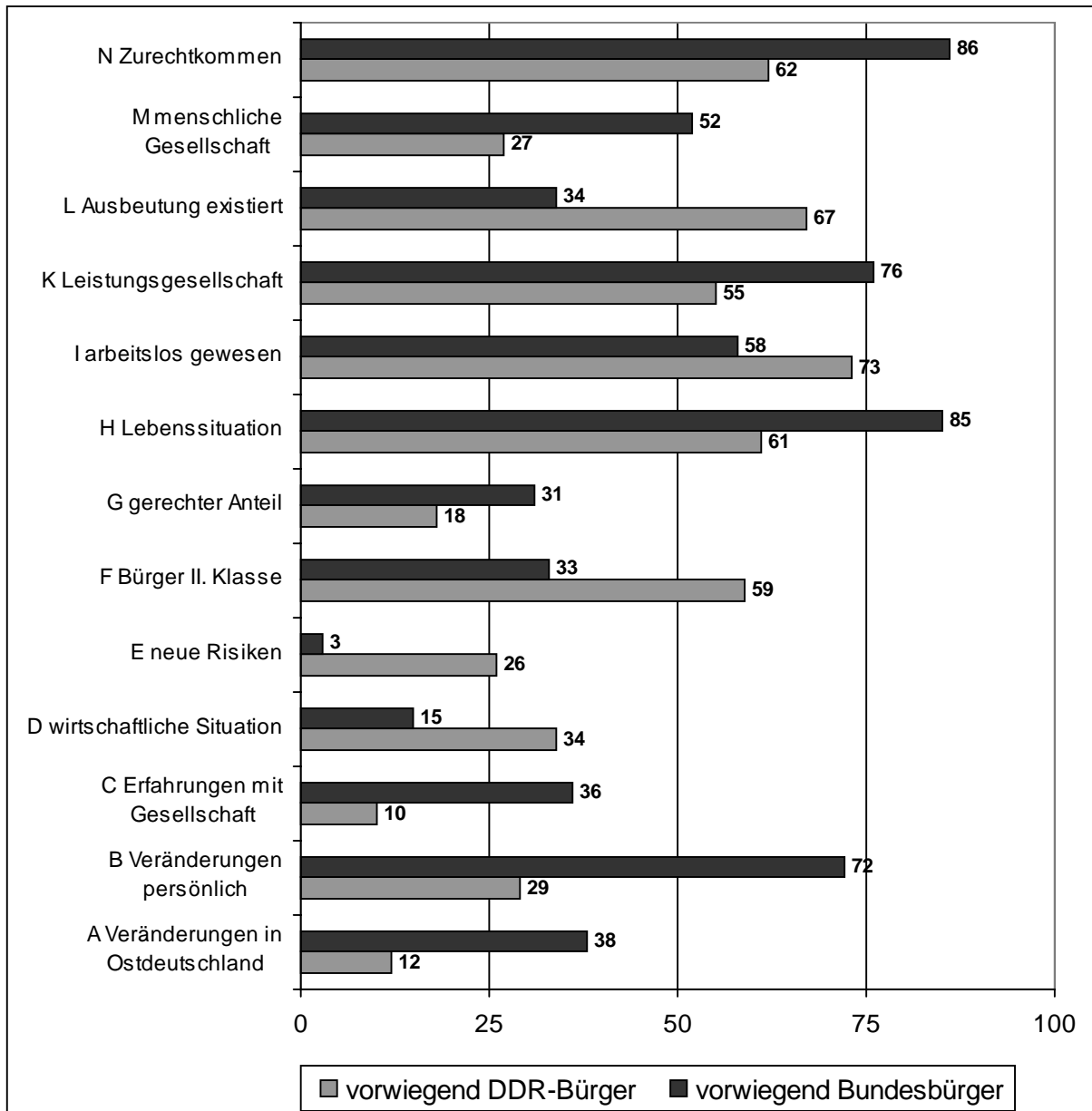
Erkennbar ist, dass die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR nach dem Rückgang im Jahre 1995 auf 35% danach wieder fast kontinuierlich auf 47% angewachsen sind.

Eine Kopplung beider Angaben (die Antwortskala wurde dafür dichotomisiert) ergibt im Jahr 2003: bei 68% der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 14% fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 13% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 5% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Das Zugehörigkeitsgefühl zu der vor 13 Jahren untergegangenen DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Es wird auch von jungen Menschen nicht in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen als Ballast abgeworfen. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit und Jugend, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen.

Vor allem die Erinnerungen an die damals erfahrene Sozialpolitik, insbesondere die soziale Sicherheit, spielen bis in die Gegenwart eine große Rolle (siehe 6.2). Entscheidenden Einfluss haben jedoch die aktuellen Erfahrungen der Panelmitglieder im Einigungsprozess. Darauf verweist auch ein Vergleich der Erfahrungen der oben erwähnten Extremgruppen, d. h. der Panelmitglieder, die sich noch vorwiegend als DDR-Bürger bzw. schon vorwiegend als Bundesbürger fühlen, der in der folgenden Abbildung vorgenommen wird:

Abbildung 26: Erfahrungen von Panelmitgliedern, die sich 2003 vorwiegend als DDR-Bürger bzw. vorwiegend als Bundesbürger fühlen



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

A : Veränderungen in Ostdeutschland seit Vereinigung: vorwiegend positiv (24%)

B: Veränderungen persönlich: vorwiegend positiv (54%)

C: Erfahrungen mit Gesellschaft: nur positiv/überwiegend positiv (24%)

D: Veränderung der eigenen wirtschaftlichen Situation gegenüber vor zwei Jahren: etwas/viel schlechter (20%)

E: neue Risiken überwiegen neue Chancen (12%)

F: Erfahrung, von vielen Westdeutschen als Bürger II. Klasse behandelt zu werden: sehr starke/starke Zustimmung (48%)

G: Erfahrung, einen gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten: ja (23%)

H: Zufriedenheit mit gegenwärtiger Lebenssituation: sehr zufrieden/zufrieden (75%)

I: arbeitslos gewesen? ein- oder mehrmals (64%)

K: Zufriedenheit mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (66%)

L: Die früher gelernte These stimmt auch heute, dass die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten: ja (47%)

M: Erfahrung, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben: ja (38%)

N: Zurechtkommen mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen: sehr starke/starke Zustimmung: 79%)

Die Abbildung enthält nur signifikante und relevante Unterschiede. Schon auf dem ersten Blick ist erkennbar, dass sich beide Teilgruppen teilweise gravierend unterscheiden. Das betrifft z.B. die Vereinigungsbilanz für Ostdeutschland (A): Von den Panelmitgliedern, die sich noch überwiegend als DDR-Bürger fühlen, konstatieren ihren Erfahrungen zufolge nur 12% überwiegend positive Veränderungen, von jenen dagegen, die sich schon überwiegend als Bundesbürger fühlen, immerhin 38%.

Weitaus größer sind die Unterschiede in Bezug auf die Veränderungen im persönlichen Leben (B): Von denen, die sich vorwiegend als DDR-Bürger fühlen, verweisen 29% auf überwiegend positive Veränderungen, von denen dagegen, die sich schon als Bundesbürger fühlen, mit 72% erheblich mehr. Die anderen Unterschiede müssen nicht ausführlich erklärt werden. Wir heben lediglich hervor, dass auch Arbeitslosigkeit eine Rolle spielt (D): Von jenen, die sich noch als DDR-Bürger fühlen, waren bisher 73% ein- oder mehrmals arbeitslos, von denen, die sich schon als Bundesbürger fühlen, mit 58% signifikant weniger. Besonders aussagestark ist, dass von Ersteren 27% die Erfahrung gemacht haben, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben (M), von Letzteren aber 52%.

Betont sei, dass wir es hier natürlich nicht mit isolierten Wirkungen einzelner Faktoren zu tun haben, sondern mit einem komplexen Bündel von Bedingungen, das sich in seiner Ausprägung zwischen beiden Gruppen erheblich unterscheidet.

Die beiden Teilgruppen unterscheiden sich darüber hinaus auch deutlich in ihren politischen Einstellungen und Orientierungen; wir gehen im Anhang (13.2.) ausführlicher darauf ein.

Diese und weitere Ergebnisse verweisen darauf, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik wohl noch längere Zeit dauern wird. Darauf lässt auch die Tatsache schließen, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik bisher nur sehr schwach ausgeprägt ist:

Tabelle 12: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik
 „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2000	1	7	(8)	22	38	32
2001	2	11	(13)	31	35	21
2002	2	7	(9)	27	34	30
2003	2	5	(7)	29	31	33
lebt im Osten	2	4	(6)	28	29	37
lebt im Westen	0	9	(9)	33	36	22

Eine Minderheit von 7% fühlt sich im Jahr 2003 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, von den jungen Frauen tendenziell weniger als von den jungen Männern. Der leichte Anstieg Ende 2001/Anfang 2002 – vermutlich Auswirkung der Terroranschläge in den USA – hat sich nicht fortgesetzt. Erwähnenswert ist, dass sich die Panelmitglieder signifikant in Abhängigkeit davon unterscheiden, ob sie im Osten oder im Westen leben (Erstere äußern sich häufiger stark ablehnend), der Unterschied jedoch nicht sehr groß ist.

Die Widersprüchlichkeit im Denken der Panelmitglieder über das vereinte Deutschland zeigt sich auch in anderen Ergebnissen der Studie, z. B. in ihren Einstellungen zum eigenen Erleben der DDR und zu ihrem Untergang:

Tabelle 13: Einstellungen zum Erleben und zum Untergang der DDR
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

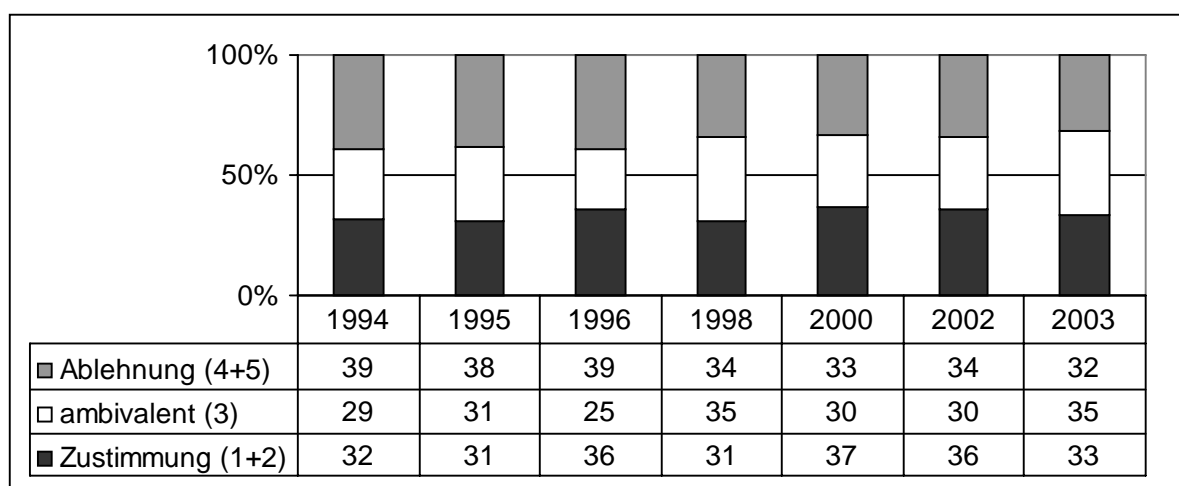
	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt</i>						
2000	25	21	(46)	35	13	6
2002	22	26	(48)	33	13	6
2003	23	24	(47)	34	13	6
<i>Ich bin froh, die DDR noch erlebt zu haben</i>						
2000	53	27	(80)	14	4	2
2002	57	27	(84)	11	3	2
2003	62	24	(86)	10	2	2

Einerseits äußert die knappe Hälfte, froh zu sein über den Untergang der DDR, darunter 23% ohne Einschränkung. 34% äußern sich ambivalent, 19% widersprechen dem. Diese Relationen haben sich seit 2000 nur unwesentlich verändert.

Andererseits äußern im Jahr 2003 86% der Panelmitglieder, froh darüber zu sein, dass sie die DDR noch erlebt haben, die meisten davon einschränkungslos. Der Trend seit 2000 verweist auf eine signifikante Zunahme der einschränkungslosen Ausprägung dieser Einstellung hin! Diese Angaben lassen darauf schließen, dass sehr viele dieser jungen Ostdeutschen sich noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Seiten des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit (67%) derer, die einschränkungslos froh sind, dass es die DDR nicht mehr gibt. Um welche Seiten es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR-heutige BRD hervor, auf den wir gleich eingehen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Charakter der DDR ist interessant, wie viele der 30-jährigen Panelmitglieder bereit sind, das Leben in der DDR als einen „lebenslangen Knast“ zu betrachten (in Anlehnung an eine Formulierung der 1992 eingesetzten Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.“):

Abbildung 27: Einstellung zur Charakterisierung der DDR als „Knast für ihre Bürger“ im Trend
„Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen 'lebenslangen Knast'“



Dieser Charakterisierung der DDR schließt sich 2003 ein Drittel an, 32% widersprechen ihr, 35% nehmen eine ambivalente Haltung ein. Ein Trend zu mehr Zustimmung oder Ablehnung ist nicht erkennbar. Die bisher überwiegend praktizierte Totalverurteilung der DDR hat diese jungen Leute offensichtlich nicht erreicht.

6.2. Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht auch heute noch gut ab

Seit 1993 nehmen die Panelmitglieder zu ausgewählten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens einen Systemvergleich vor, der zu teilweise überraschenden Ergebnissen und Trends führt. Wir geben zunächst einen Gesamtüberblick:

Tabelle 14: Systemvergleich: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“ (2003)

Auf diesem Gebiet ...

1 war es vor der Wende besser

2 ist es heute besser

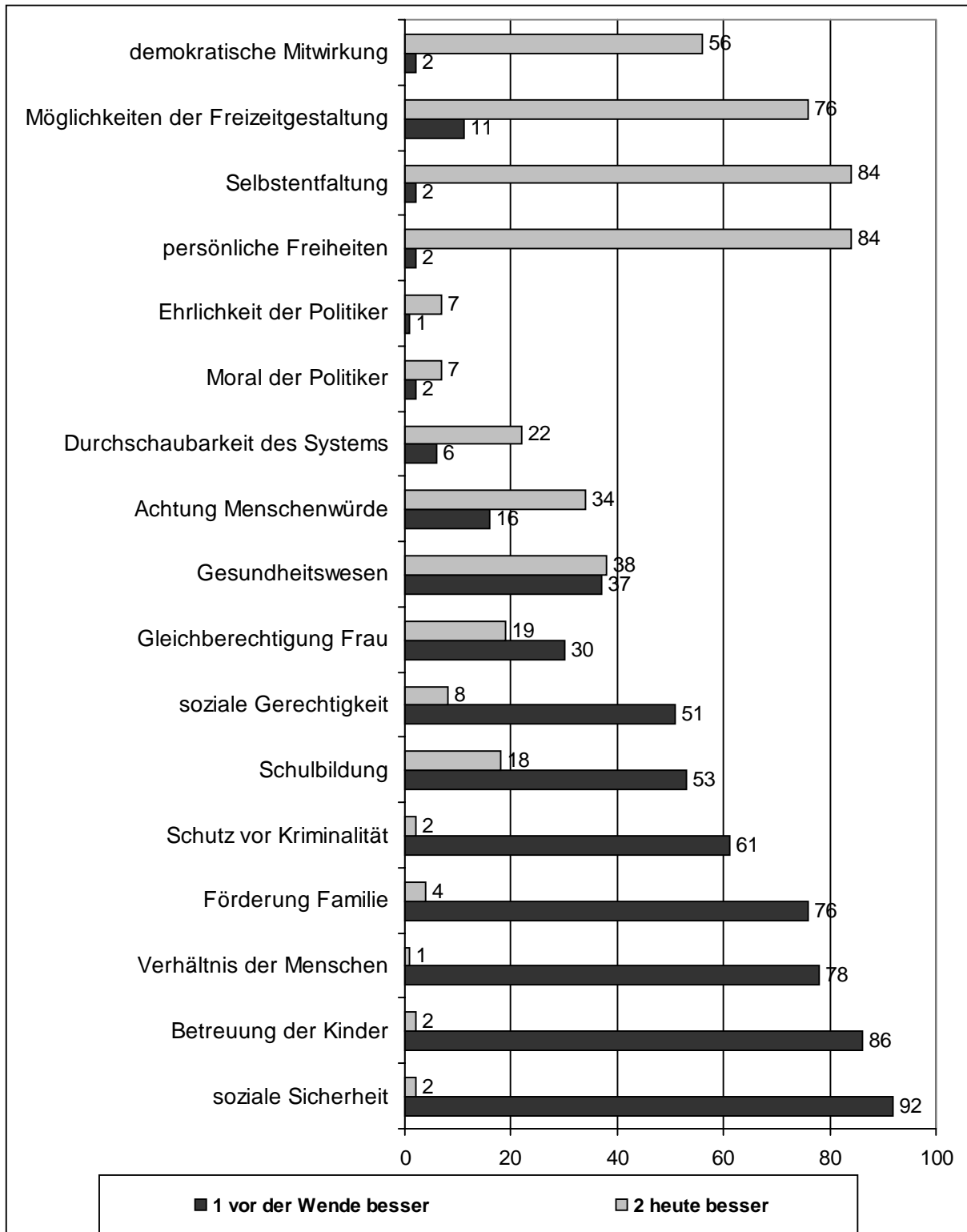
3 gibt es kaum einen Unterschied

0 Das kann ich nicht beurteilen.

	1	2	3	0
soziale Sicherheit	92	2	3	3
Betreuung der Kinder	86	2	7	5
Verhältnis der Menschen untereinander	78	1	18	3
Förderung der Familie	76	4	7	13
Schutz gegen Kriminalität	61	2	23	14
Schulbildung	53	18	17	12
soziale Gerechtigkeit	51	8	23	18
Gleichberechtigung der Frau	30	19	37	14
Gesundheitswesen/medizinische Betreuung	37	38	16	9
Achtung der Menschenwürde	16	34	37	13
Durchschaubarkeit des politischen Systems	6	22	55	17
Moral der herrschenden Politiker	2	7	73	18
Ehrlichkeit der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern	1	7	81	11
persönliche Freiheiten	2	84	11	3
Möglichkeit, sich selbst zu entfalten	2	84	10	4
2000:				
Möglichkeiten der Freizeitgestaltung	11	76	13	0
Demokratische Mitwirkung	2	56	21	21

Wir stellen die Relationen der Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“ noch einmal grafisch gegenüber:

Abbildung 28: Systemvergleich 2003. Nur AP „vor der Wende besser“ und „heute besser“



Die Panelmitglieder geben sehr differenzierte Urteile ab; außerdem ist der Anteil derer überwiegend gering, die einem Urteil ausweichen, weil sie den betreffenden Sachverhalt nicht beurteilen können. Das Maximum liegt 2003 bei 18% (soziale Gerechtigkeit, Moral der herrschenden Politiker), das Minimum bei 3% (soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander, persönliche Freiheiten).

Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse in sozialer Hinsicht auch im Jahr 2003 noch immer gut abschneiden.

Auf diesen Gebieten meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre: in Bezug auf soziale Sicherheit (92%), Betreuung der Kinder (86%), Verhältnis der Menschen untereinander (78%), Förderung der Familie (76%), Schutz gegenüber Kriminalität (61%), Schulbildung (53%), soziale Gerechtigkeit (51%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen, wir kommen auf sie zurück. Ein Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frau (30%).

Ihnen stehen vier Gebiete des Lebens gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der jetzigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (84%) und die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (84%). Aus den vorangegangenen Befragungen ging außerdem hervor, dass die heutigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung deutlich gegenüber früher präferiert werden (2000: 76%) sowie die Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung (2000: 56%; beides 2003 nicht erfasst).

Ein Vorsprung der heutigen Situation gegenüber der früheren besteht auch hinsichtlich der Achtung der Menschenwürde: 34%; weitere 36% sind allerdings der Meinung, dass es kaum einen Unterschied zu früher gäbe, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

Erheblich kritischer fallen die Urteile über die Moral und die Ehrlichkeit der herrschenden Politiker aus: Zwar weicht 2003 knapp ein Fünftel der TeilnehmerInnen (18%) einer Stellungnahme aus, mit 73% sieht der größte Teil jedoch keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 7% präferieren die jetzige Situation. Dasselbe gilt für die Ehrlichkeit der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern (die im Untersuchungszeitraum eine große Rolle spielte): 81% sehen keinen Unterschied zu früher und nur 7% schätzen die heutige Situation besser ein. Nur 11% können es nicht beurteilen.

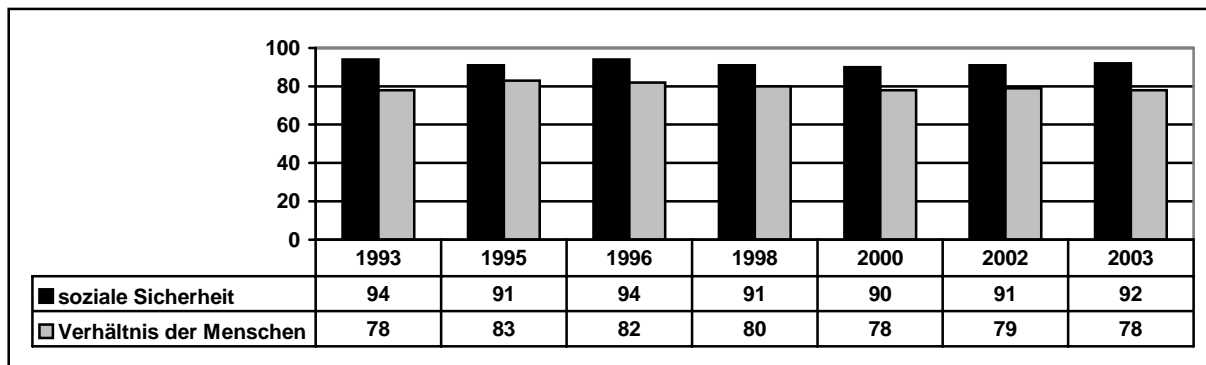
Ähnliches gilt für die Durchschaubarkeit des politischen Systems: Nur 22% meinen, dass sie heute besser sei, für 6% war sie früher besser, 55% erkennen keinen Unterschied zwischen früher und heute. Korrelationen belegen, dass die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System vertretenden Politiker vermittelt wird, auf die ein großer und dazu zunehmender Teil der Panelmitglieder nicht gut zu sprechen ist. Aussagen über Politiker in den zahlreichen offenen Fragen (ohne Vorgaben) tragen ausschließlich ein negatives Vorzeichen (ausf. siehe Förster 2002, S. 102), häufig ist die Rede von Affären, Skandalen, Korruption, Unehrllichkeit u. ä.

Als Vorzug dieser Studie erweist sich auch hier, dass diese Urteile nicht nur zeitlich punktuell, sondern in ihrer Veränderung über längere Zeiträume betrachtet werden können. So geht aus den langjährigen Trends hervor, dass die positiven Urteile über die DDR keine zufälligen Angaben sind, sondern meist eine erstaunlich hohe Konstanz aufzuweisen haben.

Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende größer gewesen sei als heute, hat sich über 10 Jahre hinweg nur unwesentlich verändert. Die Längsschnittanalyse zeigt, dass zwischen 1993 und 2003 rund 85% der Panelmitglieder an diesem Urteil festgehalten haben. Dieses Urteil scheint mittlerweile unerschütterlich geworden zu sein und das DDR-Bild zu dominieren. Es wird interessant sein zu beobachten, ob bzw. inwieweit hier in den nächsten Jahren Veränderungen eintreten.

Sehr große Konstanz besteht auch im Hinblick auf das Urteil über das Verhältnis der Menschen untereinander, fast unverändert präferieren über drei Viertel in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende:

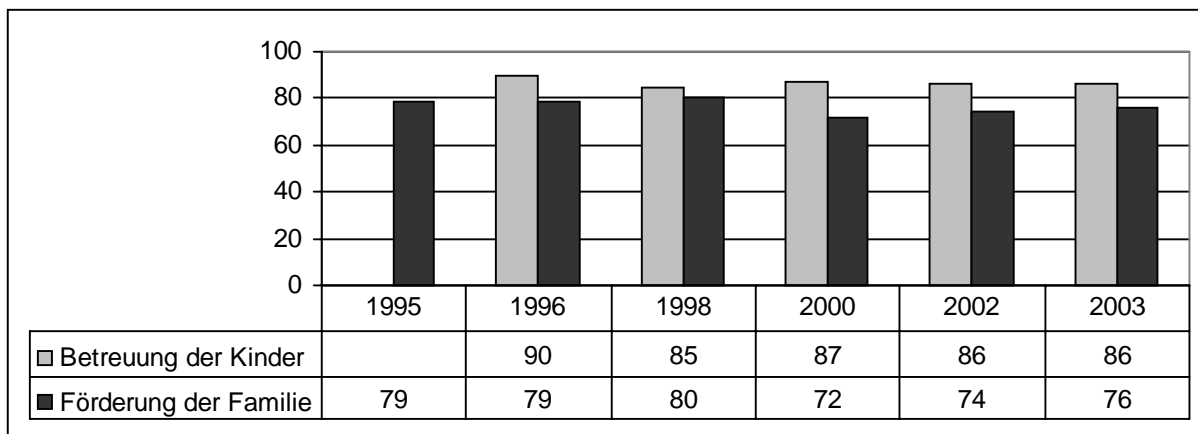
Abbildung 29: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 bis 2003



Diese Urteile wiegen insofern besonders schwer, als jeweils nur 3% angeben, das nicht beurteilen zu können.

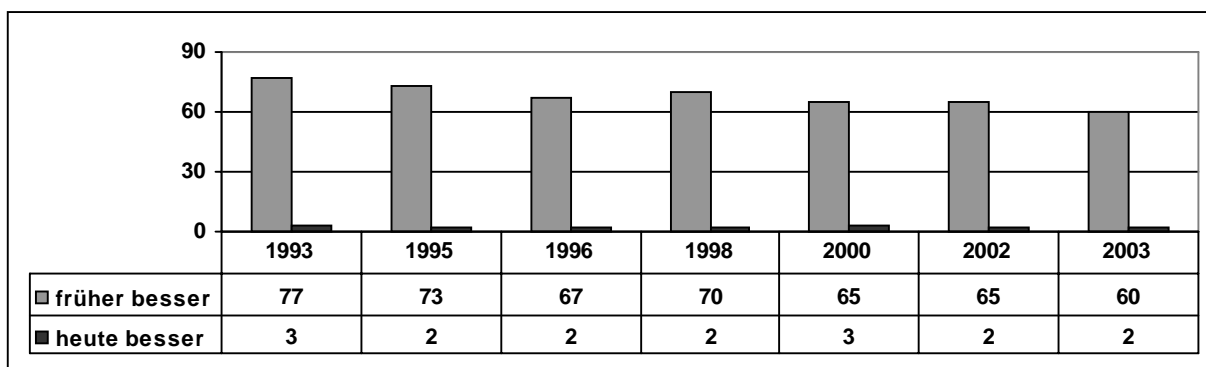
Ähnlich hoch und sehr konstant sind die Urteile über Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie – Aspekte, bei denen die Panelmitglieder mittlerweile eigene Erfahrungen bzw. Kompetenz gesammelt haben:

Abbildung 30: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1995 bis 2003



Bemerkenswert ist auch der Trend in Bezug auf den Schutz gegenüber Kriminalität:

Abbildung 31: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass der Schutz gegenüber Kriminalität vor der Wende besser war bzw. heute besser sei, im Trend 1993 bis 2003

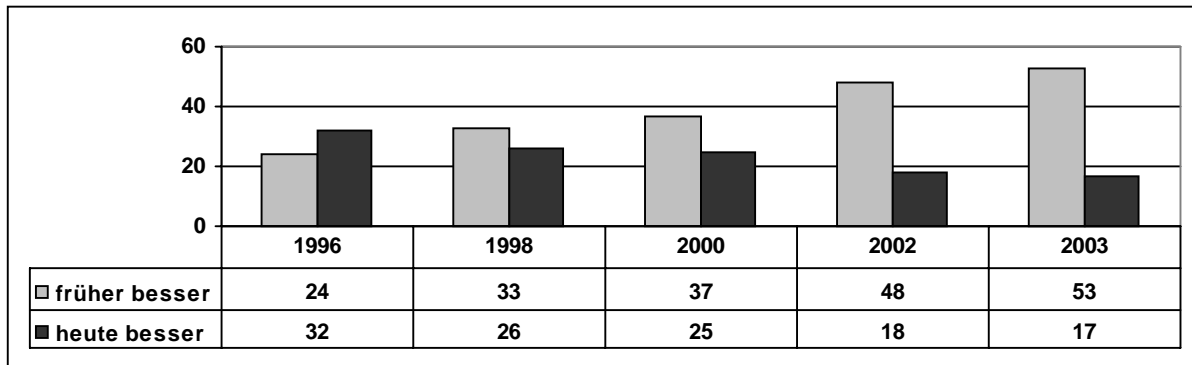


Zwar ist der Anteil derer, die meinen, der Schutz gegen Kriminalität sei früher besser gewesen als heute, seit 1993 signifikant zurückgegangen, umfasst jedoch auch 2003 noch die Mehrheit.

Zugenommen hat dafür nicht der Anteil derer, die meinen, heute sei dieser Schutz besser (er bleibt zwischen 2 und 3%), sondern jener, die keine Unterschiede feststellen (von 14% 1993 auf 23% 2003).

Sehr interessant ist schließlich der Trend in Bezug auf die Schulbildung:

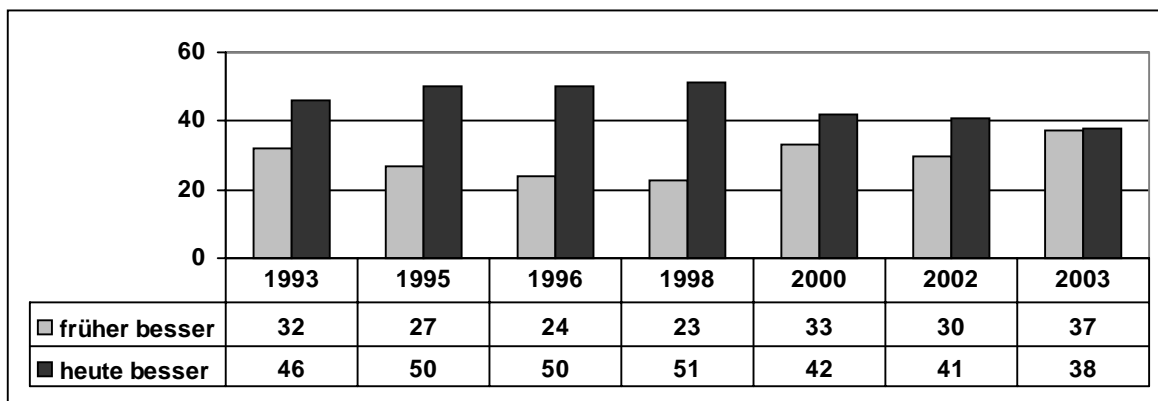
Abbildung 32: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2003



Ablesbar ist, dass immer mehr Panelmitglieder die Auffassung vertreten, die Schulbildung vor der Wende sei besser gewesen als heute. Zwischen 1996 und 2003 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt! Der deutliche Anstieg dieses Anteils ab 2002 steht vermutlich im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ergebnisse der PISA-Studie.

Aufschlussreich ist im Zusammenhang mit den im Befragungszeitraum laufenden Diskussionen zur Gesundheitsreform der Trend im Hinblick auf Gesundheitswesen/medizinische Betreuung:

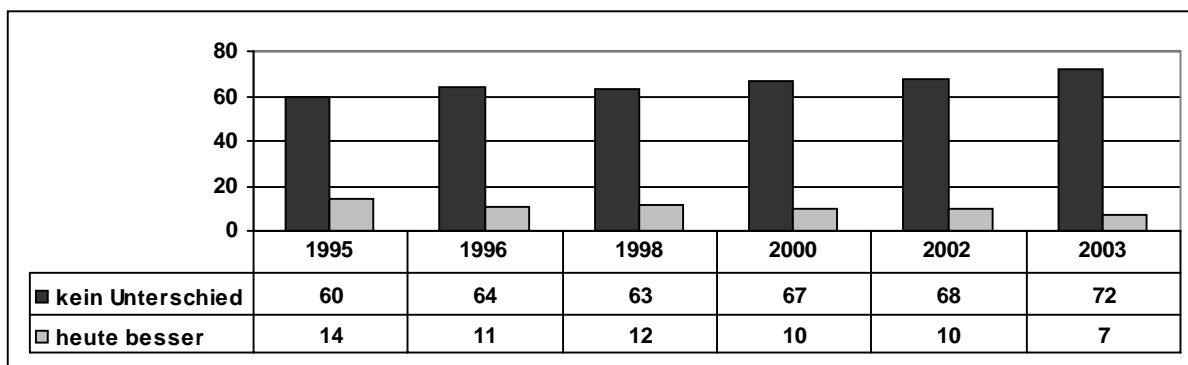
Abbildung 33: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass Gesundheitswesen / medizinische Betreuung vor der Wende bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2003



Während zwischen 1993 und 1998 das frühere Gesundheitswesen/medizinische Betreuung tendenziell schlechter und das heutige tendenziell besser beurteilt wurde, deutet sich ab 2000 eine gegensätzliche Tendenz an.

Wesentlich ist schließlich auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker:

Abbildung 34: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Moral der herrschenden Politiker vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2003

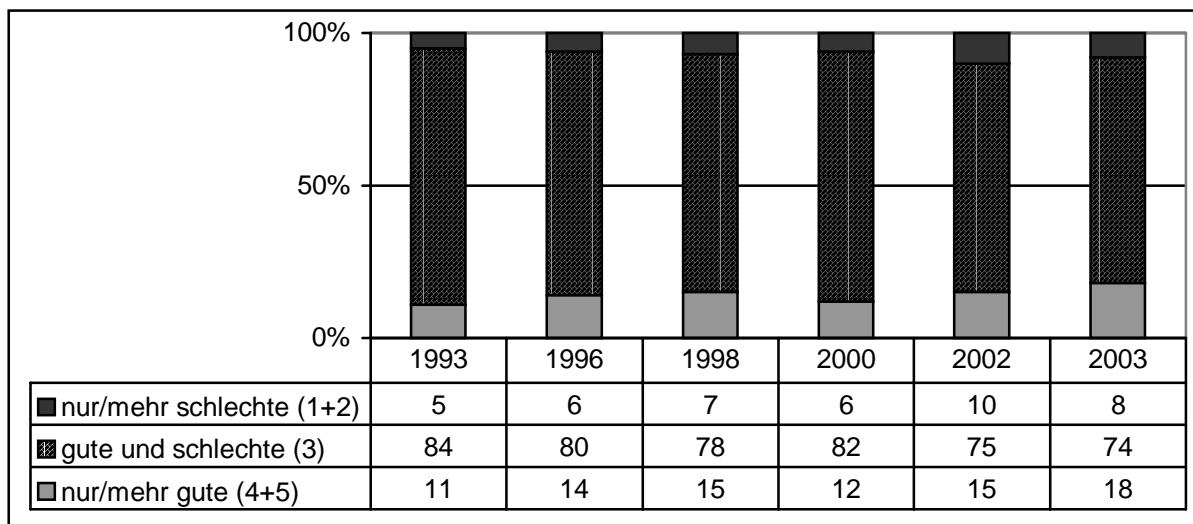


Fast kontinuierlich und signifikant hat seit 1995 der Anteil der Panelmitglieder zugenommen, die keinen Unterschied hinsichtlich der Moral der herrschenden Politiker zwischen früher und heute sehen. Dafür ist der Anteil jener, die die Moral der heutigen Politiker besser beurteilen, leicht zurückgegangen.

Faktisch unverändert hält die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran fest, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe:

Abbildung 35: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der Untersuchungsteilnehmer im Trend 1993 - 2002 (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)

„Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“
 Es gab in der DDR...
 1 nur schlechte Seiten 2 mehr schlechte als gute Seiten 3 gute und schlechte Seiten
 4 mehr gute als schlechte Seiten 5 nur gute Seiten



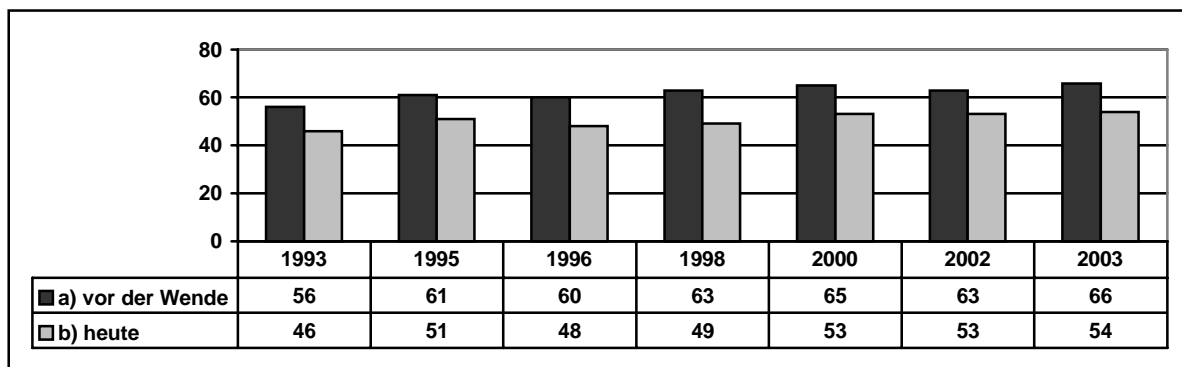
In ihren zusätzlichen Notizen vertreten zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Kindereinrichtungen in der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken und in jüngster Zeit in deutlich zunehmendem Maße das Schulsystem. Oft wird kritisiert, dass „viele im Osten bewusst plattgemacht wurde“ und „nur der Grüne Pfeil übrig geblieben“ sei. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird.

7. 40% der TeilnehmerInnen plädieren für einen reformierten Sozialismus!

7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Ausdruck der verbreiteten Unzufriedenheit der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem – gewissermaßen ihre Kehrseite – ist die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil von ihnen wieder oder noch an sozialistische Ideale glaubt. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 36: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 - 2003 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



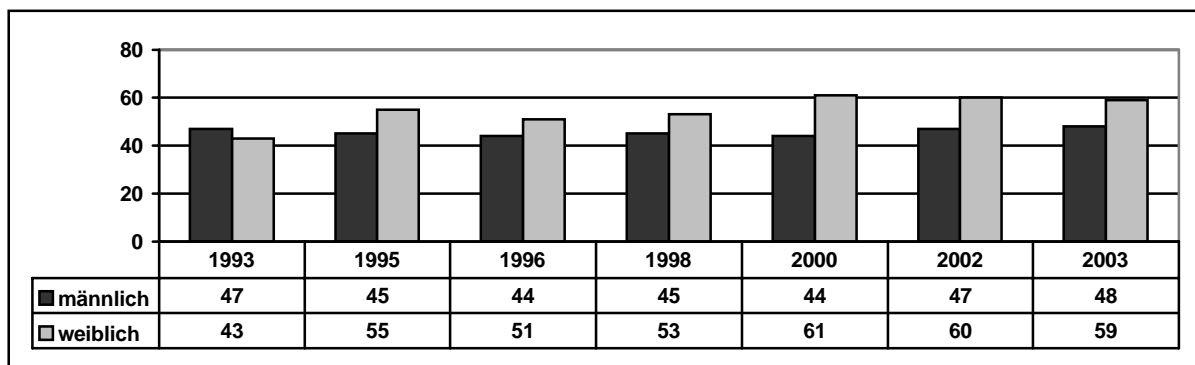
Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin
 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2003 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 46% auf 54% zu beobachten.

Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch.

Bei näherer Betrachtung erkennen wir allerdings, dass dieser zunehmende Trend ausschließlich für die jungen Frauen gilt, von denen durchgängig (außer 1993) erheblich mehr an sozialistische Ideale glauben als von den jungen Männern (2003: 59% gegenüber 48%). Wir betrachten dazu den Trend zwischen 1993 und 2003:

Abbildung 37: Identifikation mit sozialistischen Idealen im Trend 1993 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Die Zustimmung eines beträchtlichen und zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen

Gesellschaftssystem. Zusammenhangsanalysen (Korrelationen) belegen: Je geringer die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Tabelle 15: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und der Identifikation mit sozialistischen Idealen andererseits (17. Welle 2003, N = 417)

	Identifikation mit sozialistischen Idealen:			
	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen
<i>Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:</i>				
zufrieden/eher zufrieden	2	35	49	14
eher unzufrieden	6	50	39	5
unzufrieden	11	62	21	6

(r = -.24; P = .000)

Dieser Zusammenhang (und weitere) steht auch hinter der erwähnten Tatsache, dass von den jungen Frauen sich erheblich mehr als von den jungen Männern mit sozialistischen Idealen identifizieren: Von ihnen sind sehr viel weniger mit der gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden (s. Abb.16).

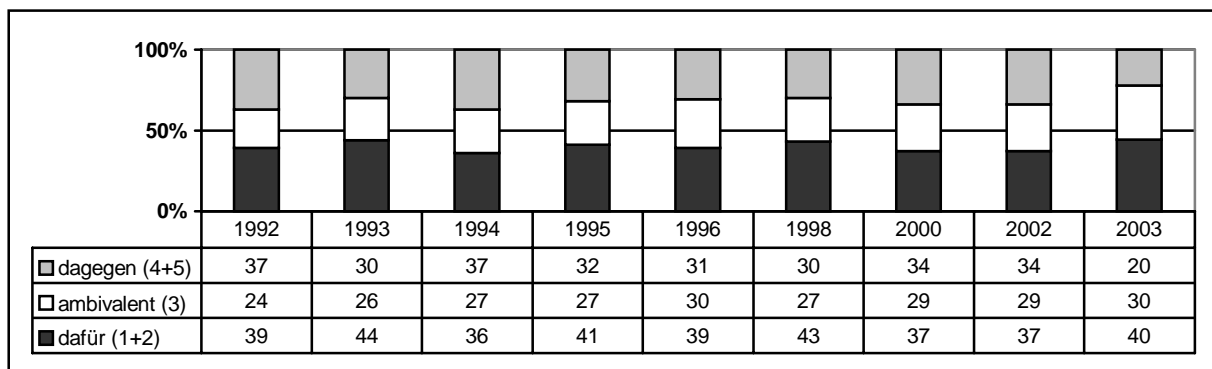
Die Abbildung 36 enthält noch eine weitere interessante Information: Im Kontext mit diesem Zuwachs geht ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einher, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56% 1993 auf 65% 2000 bzw. 66% 2003. Die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart hat offensichtlich mit dazu beigetragen, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Wahrscheinlich hatte ein Teil der Panelmitglieder die ursprüngliche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut eine Zeit lang verdrängt, wird sich jedoch allmählich dieser Identifikation wieder bewusst.

Schon an dieser Stelle soll angedeutet werden, dass wir es hier auch mit nachweisbaren Langzeitwirkungen politischer Sozialisation zu DDR-Zeiten zu tun haben: Früher stark systemverbundene Teilnehmer identifizieren sich signifikant häufiger mit sozialistischen Idealen als früher nur schwach systemverbundene.

7.2 40% sind für eine reformsozialistische Alternative!

Auch für eine reformsozialistische Alternative zur jetzigen politischen Ordnung sprechen sich trotz des erlebten Zusammenbruchs des DDR-Sozialismus überraschend viele TeilnehmerInnen aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 38: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2003 (reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

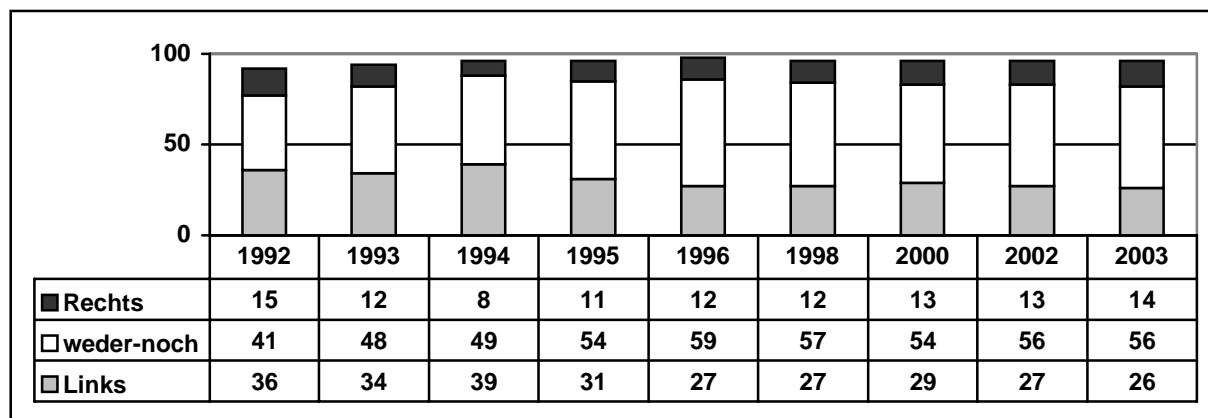
Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2003 würden immerhin 40% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 20% votieren dagegen, 30% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

7.3 Links oder rechts?

Die erkennbare Linksorientierung eines beträchtlichen Teils der Panelmitglieder geht auch aus ihrer Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum hervor. Für junge Ostdeutsche ist das Links-Rechts-Spektrum in den Jahren nach der Wende zum wichtigsten Bezugssystem ihrer politischen Grundorientierung geworden. Das geht klar aus unseren repräsentativen Jugendstudien in Sachsen hervor (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 33 ff.), und auch diese Langzeitstudie bestätigt dies. Offensichtlich ist dieses Modell auch heute nicht überholt.

Daten zur Selbsteinstufung der Teilnehmer dieser Studie in das Links-Rechts-Spektrum liegen seit 1992 vor. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick:

Abbildung 39: Anteile Links- bzw. Rechtsorientierter und Vertreter der Mitte zwischen 1992 und 2003 (Differenz zu 100 %: Anteile derer, die sich nicht einordnen können bzw. wollen) Die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst



Fragetext: „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen `links` und `rechts` zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“

- 1 links 2 eher links als rechts 3 weder- noch
4 eher rechts als links 5 rechts 0 Das weiß ich (noch) nicht

Ablesbar ist, dass der Anteil der Vertreter der Mitte (AP weder-noch) zwischen 1992 und 2003 deutlich angestiegen ist: von 40% 1992 auf 54% bis 59% ab 1996. Die Neigung, sich in der „Mitte“, weder links noch rechts zu positionieren, hat deutlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten von 36% 1992 auf 26% 2003 zurückgegangen; der Anteil der Rechtsorientierten ist unverändert gering, von einem Rechtsruck kann bei den Teilnehmern keine Rede sein. Allerdings ist ab 1995 wieder eine leichte zunehmende Tendenz zu registrieren (von 8% auf 14%). Der Anteil derer, die sich nicht einordnen können oder wollen, ist konstant sehr klein.

8. Keine Zukunft im Osten!

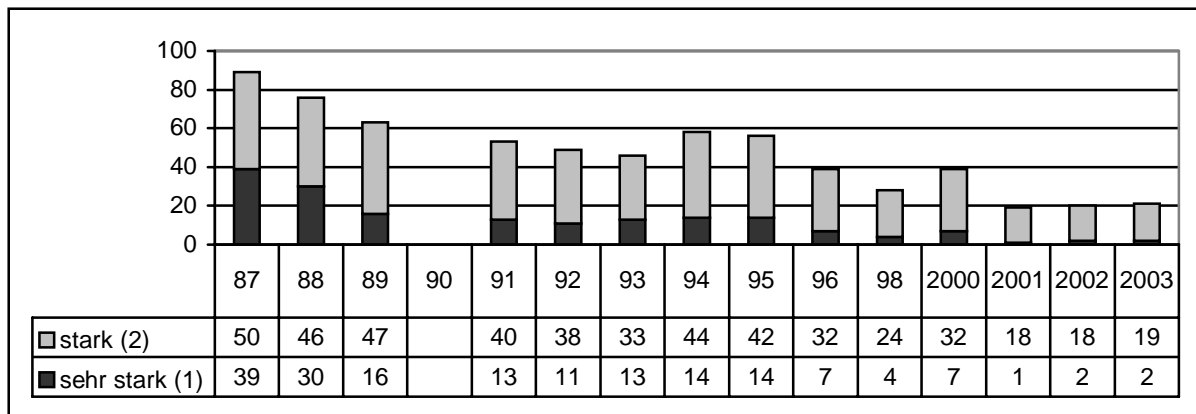
Zur Zukunftszuversicht der TeilnehmerInnen dieser Studie liegen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vor. Diese einzigartigen Zeitreihen geben in spezifischer Weise Aufschluss über die Reflexion von anderthalb Jahrzehnt massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen.

Im Rahmen dieser Erstinformation müssen wir uns auf eine verkürzte grafische Darstellung der Trends beschränken. Zunächst die seit 1987 vorliegenden Trends zur gesellschaftlichen und zur persönlichen Zukunftszuversicht unserer Panelmitglieder:

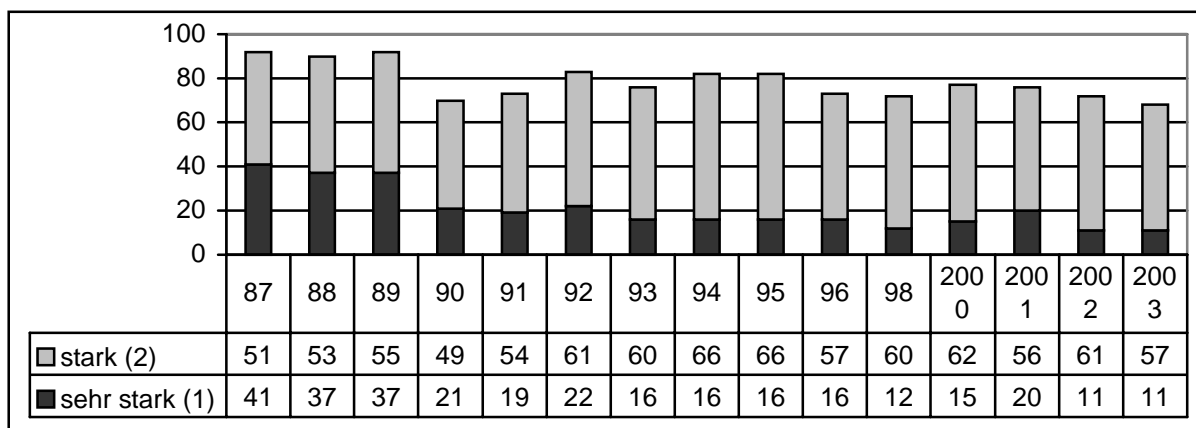
Abbildung 40: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2003 (reduzierte Darstellung)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
b) für Sie persönlich?“
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Generell ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden.

Nach der Wende und der Vereinigung kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht nun keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen im Osten am Ende der Kohl-Ära. Im Jahr 2000 deutet sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechsel ausgelöst wurde. Ab 2001 sind diese Hoffnungen jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder erreichen 2003 ihren bisherigen Tiefststand!

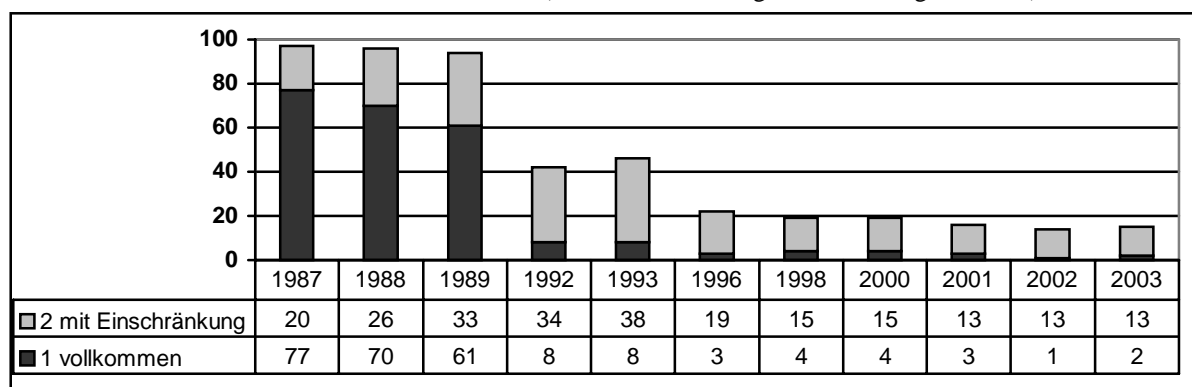
Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von der Krise in der DDR wenig betroffen zu sein, zumal die TeilnehmerInnen mit dem am Ende der 10. Klasse feststehenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsvertrag eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet.

Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Zwischen 1989 und 1990 hatte sich der Anteil aller in allem zuversichtlicher TeilnehmerInnen hoch signifikant von 92% auf 70% verringert, darunter der einschränkungslos zuversichtlichen von 37% auf 21%! Das subjektive Erleben der akuten Wendezeit und der darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei den Jugendlichen zu einem „Wendeschock“ geführt, der ziemlich lange angehalten hat, teilweise noch heute nachweisbar ist (ausf. siehe Förster 2002, S. 145 ff.).

1991 war die Situation fast unverändert. Erst ab 1992 zeigten sich positive Tendenzen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 71% zuversichtlich, darunter aber nur noch 11% ohne Einschränkung. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: 77% äußern sich optimistisch, allerdings nur 15% einschränkungslos. Der Regierungswechsel hatte offensichtlich zunächst auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge. Die Daten ab 2001 deuten allerdings erneut auf eine leicht rückläufige Tendenz hin, Ausdruck erneuter Enttäuschungen. 2003 wird der bisherige Tiefststand erreicht, die Werte liegen noch unter denen von 1990!

Von diesen Entwicklungen her betrachtet kann nicht überraschen, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie:

Abbildung 41: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2003 (AP 1 einschränkungslos, AP 2 eingeschränkt)



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

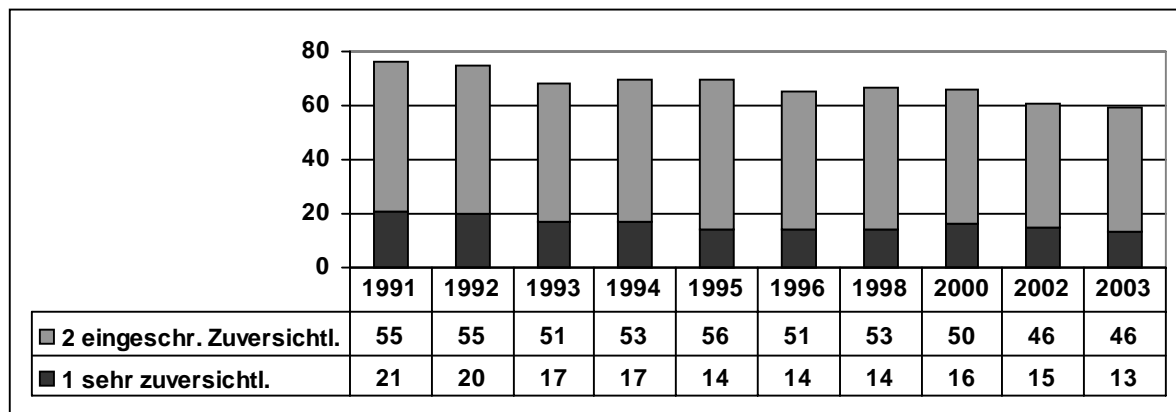
In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück; wir sind eingangs kurz darauf eingegangen. Nach der Wende stürzte diese Zukunftszuversicht, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht.

Immer weniger junge Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland! Wie die Studie klar belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Längsschnittanalysen belegen eindeutig, dass der regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit geführt hat.

Dieser Absturz hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass ziemlich viele TeilnehmerInnen der Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Den Ergebnissen der jüngsten, 17. Welle im Frühjahr 2003 zufolge, gilt das für 92 junge Frauen und Männer, die inzwischen in den alten Bundesländern leben, bzw. für fünf, deren Fragebögen sogar aus dem Ausland eintrafen. Weitere drei Prozent derer, die im Osten geblieben sind, sitzen offenbar bereits auf ihren Koffern. Wir kommen darauf zurück (ausf. s. 11.).

Rückläufig entwickelte sich nicht zuletzt auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können. Dazu liegen Informationen seit 1991 vor:

Abbildung 42: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2003



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Zwischen 1991 und 2003 ist ein signifikanter Rückgang dieser wesentlichen Seite der Zukunftszuversicht erkennbar, nicht überraschend angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und zunehmend direkter und indirekter Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes (ausf. s. 12.1.1). Die jungen Frauen sind in dieser Hinsicht durchweg erheblich weniger optimistisch als die jungen Männer: Im Jahr 2003 54% gegenüber 64%.

Seit 2002 fragten wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen:

Tabelle 16: Zukunftszuversicht für die Eltern und die (künftigen) Kinder im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002 und 2003

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>für Sie persönlich</i>						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0

für Ihre Eltern

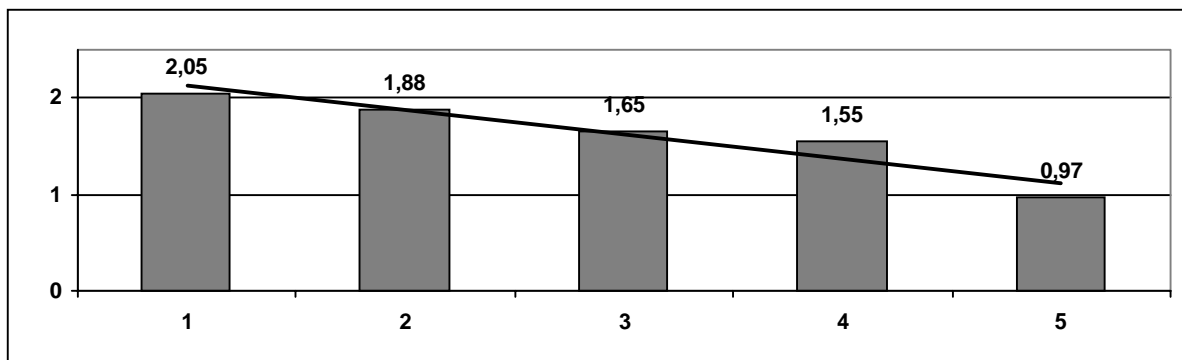
2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4

für Ihre (künftigen) Kinder

2002	4	36	(40!)	38	12	10
2003	4	32	(36!)	39	15	10

Ablesbar ist, dass die Zukunft der Eltern erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene, verständlich angesichts der Tatsache, dass 55% der Panelmitglieder 2003 angeben, dass Vater und/oder Mutter arbeitslos waren bzw. sind. Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder:

Abbildung 43: Zusammenhang zwischen der Zukunftszuversicht der Panelmitglieder für ihre (künftigen) Kinder und der durchschnittlichen Zahl gewünschter Kinder 2003



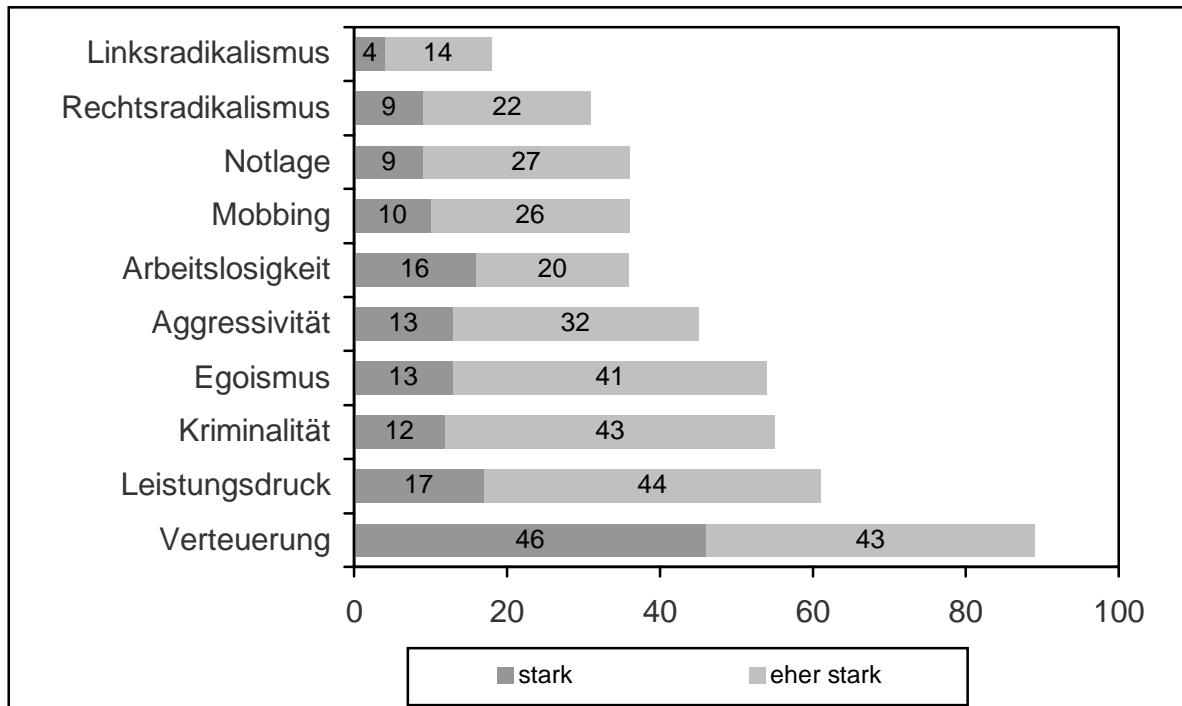
Die Ziffern 1 bis 5 bedeuten die Antwortpositionen des Antwortmodells: 1 sehr zuversichtlich ... 5 überhaupt nicht zuversichtlich

So geht die Zahl gewünschter Kinder von 2,05 bei denen, welche deren Zukunft sehr zuversichtlich sehen, kontinuierlich auf 0,97 bei jenen zurück, die sie überhaupt nicht zuversichtlich sehen ($r = -.32$; $P = .000$)! Verbale Angaben wie „Für mich bin ich zuversichtlich, nur um meine Kinder habe ich Angst.“ waren in den jüngsten Wellen öfter zu lesen. Offensichtlich ist, dass vor allem die Sicht auf die Zukunft der eigenen Kinder hohe seismografische Aussagekraft für das Verhältnis zur jetzigen Gesellschaft besitzt.

9. Noch immer äußern viele psychisch stark belastende Ängste

Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder wird noch immer durch eine ganze Reihe von belastenden Alltagsängsten beeinträchtigt, die im Rahmen dieser Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden. Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2003.

Abbildung 44: Anteile der Panelmitglieder mit starken bzw. eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen im Jahr 2003



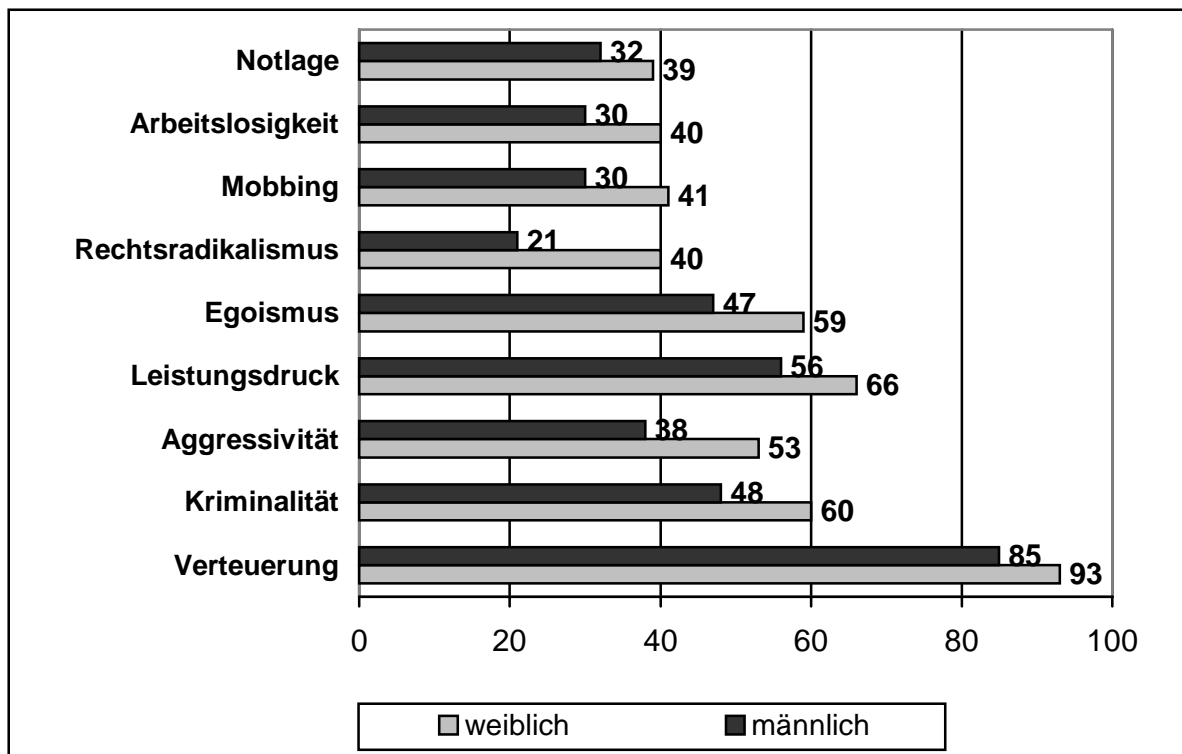
Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Wie die Abbildung zeigt, sind die untersuchten Bedrohungsgefühle im Jahr 2003 (wie bisher) bei den Panelmitgliedern sehr unterschiedlich verbreitet. Eindeutig am häufigsten geäußert wird die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (89%!!, darunter 46% stark). Vor allem diese Angst, die in den letzten Jahren sehr stark zugenommen hat (s. u.) muss als Massenerscheinung angesehen werden, die nahezu alle TeilnehmerInnen mehr oder weniger stark belastet.

Weit verbreitet sind aber auch Ängste vor einem steigenden Leistungsdruck (61%), vor zunehmender Kriminalität (55%), vor einer Zunahme von Egoismus (54%), vor einer Ausbreitung von Aggressivität/Gewalt (46%). Vor möglicher eigener Arbeitslosigkeit (36%), einer Ausbreitung von Mobbing (36%) bzw. dem Eintreten einer persönlichen Notlage (36%) fühlen sich zwar deutlich weniger bedroht, angesichts des starken Einflusses gerade dieser Ängste auf viele Seiten des Denkens und Fühlens der Panelmitglieder sind diese Quoten dennoch sehr ernst zu nehmen, zumal sie beim einzelnen nicht isoliert auftreten, sondern im Komplex, gemeinsam. Aus einer übergreifende Analyse der Verbreitung der Ängste vor Verteuerung des Lebens, vor Arbeitslosigkeit und vor persönlicher Notlage geht z.B. hervor, dass nur 8% der Panelmitglieder von allen drei Ängsten frei sind, darunter 11 % der jungen Männer und 5% der jungen Frauen!

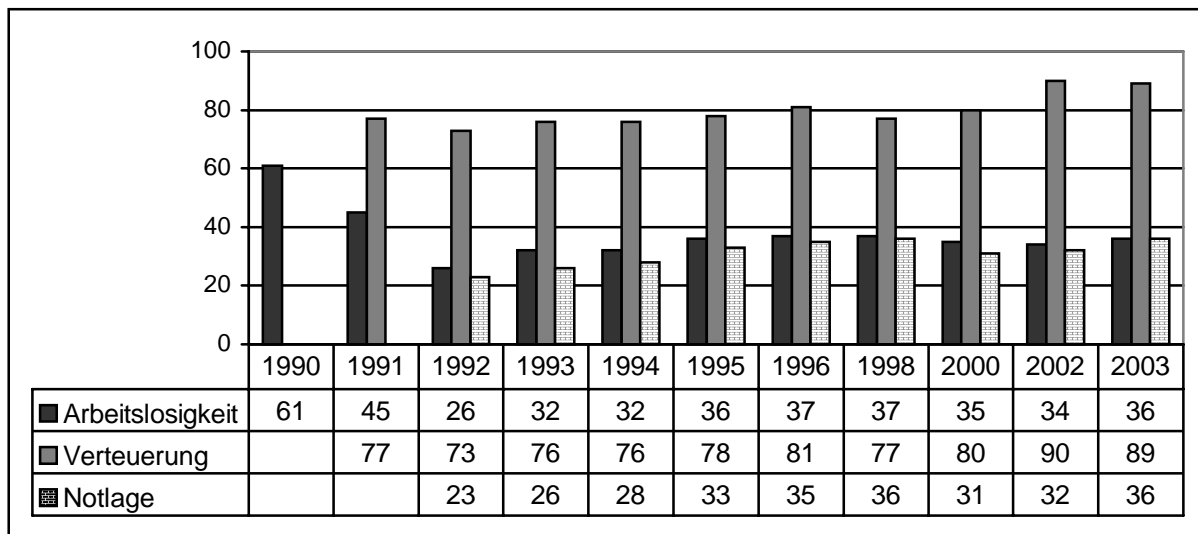
Abbildung 45: Anteile der Panelmitglieder mit starken/eher starken Ängsten vor Zeiterscheinungen, nach den Geschlechtergruppen differenziert im Jahr 2003



Bis auf die Ängste vor einer Notlage und vor weiterer Verteuerung (sowie vor weiterer Ausbreitung von Linksradikalismus; nicht aufgeführt) sind alle Prozentunterschiede zwischen den Geschlechtergruppen signifikant. Die jungen Frauen äußern teilweise in erheblichem Maße häufiger Ängste als die männlichen. Das betrifft insbesondere Kriminalität, Aggressivität/Gewalt, Rechtsradikalismus und Egoismus. Diese weitaus höhere Belastung mit teilweise existenziellen Bedrohungsgefühlen ist auch eine der entscheidenden Bedingungen dafür, dass diese jungen Frauen dem neuen Gesellschaftssystem weitaus kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

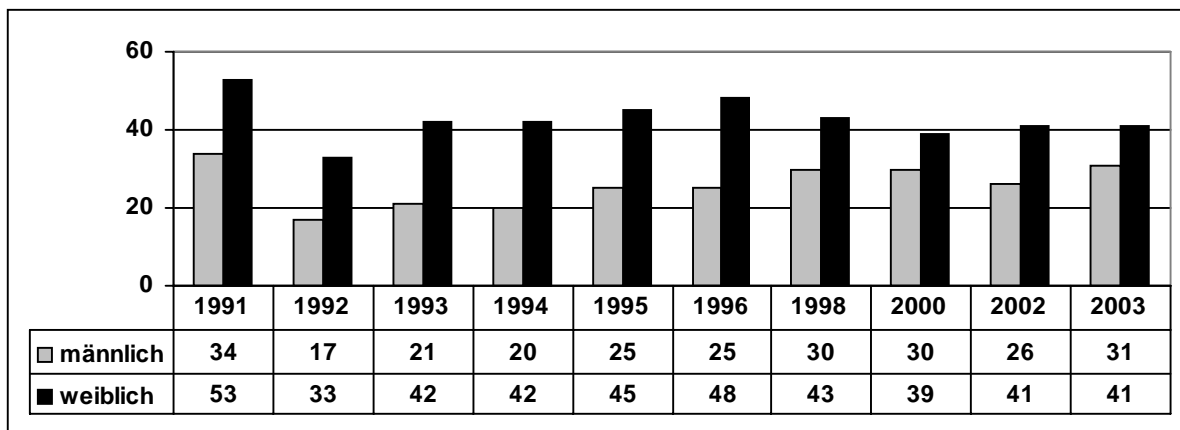
Auf die teilweise bis 1990 zurückgehenden Trends können wir hier nur exemplarisch eingehen. Wir beschränken uns auf die Zeitreihen der Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor persönlicher Notlage und vor zunehmender Verteuerung des Lebens, die das Bedrohungserleben besonders markant charakterisieren:

Abbildung 46: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit, vor Verteuerung des Lebens und vor einer persönlichen Notlage im Trend (die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit ist auf den gesamten Zeitraum zwischen 1990 und 2003 bezogen ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass der Anteil der Panelmitglieder, die diese Angst äußern, zwischen 1994 und 1998 wieder leicht angestiegen war, Widerspiegelung der zunehmend kritischen wirtschaftlichen Situation am Ende der Kohl-Ära. Der leichte Rückgang zwischen 1998 und 2002 ist inzwischen wieder einer leichten Zunahme gewichen. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten zu allen Zeitpunkten erheblich häufiger Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, mitunter doppelt so häufig wie die männlichen:

Abbildung 47: Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Vor allem bei dem Trend zur Angst vor Arbeitslosigkeit muss hinzugedacht werden, dass reale Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren.

Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende völlig unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der 2000 sich andeutende leichte Rückgang wurde inzwischen von einem erneuten Anstieg abgelöst. Auch diese Angst wurde im gesamten Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens war seit Beginn der Erfassung 1991 auf hohem Niveau etwa gleich geblieben, nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten. Im Grunde genommen widerspiegelt diese Angst die

verbreitete Befürchtung, den finanziellen Anforderungen des Lebens nicht mehr gewachsen zu sein, sich einschränken zu müssen. Der Sprung von 80% 2000 auf 90% im Jahr 2002 bzw. auf 89% 2003 ist deshalb besonders ernst zu nehmen.

Die verbreitete und zunehmende Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens hat erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem politischen System und der Wirtschaftsordnung, beeinflusst stark das Urteil der Panelmitglieder über die Politik der Bundesregierung.

Erstmals untersucht wurde 2003 die Ausprägung der Angst vor einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes. Sie wird von immerhin 27% der Panelmitglieder geäußert, darunter von 31% der jungen Frauen und 22% der jungen Männer.

10. Die 30-Jährigen und der Krieg gegen den Irak

10.1 Fast einmütige Ablehnung des Krieges gegen den Irak

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak (20. März bis 1. Mai 2003) war das bestimmende internationale Ereignis während der 17. Welle. Wir stellten dazu einige Fragen:

Tabelle 17: Haltung zu den militärischen Aktionen der USA im Trend 2001 bis 2003
 „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

		1	2	(1+2)	3	4	5
2001	(Dezember)	21	28	(49)	25	11	15
2002	(Frühjahr)	9	16	(25)	30	23	22

2003	(Frühjahr)	3	7	(10)	16	22	52!
	männlich	5	10	(15)	19	23	44
	weiblich	0	4	(4)	14	21	61!

Bemerkenswert ist der stark rückläufige Trend der Zustimmung zu den militärischen Aktionen der USA seit 2001. Während Ende 2001 noch rund die Hälfte der Panelmitglieder den US-Militäraktionen in Afghanistan zustimmte, ging dieser Anteil 2002 auf 25% zurück. Der Krieg gegen den Irak 2003 findet dagegen nur bei 10% Zustimmung, darunter bei nur 4% der jungen Frauen.

Wir führen in diesem Zusammenhang an, dass schon im Jahr 2000 die Zustimmung der Panelmitglieder zur Beteiligung der Bundeswehr an den Luftangriffen der Nato auf Jugoslawien gering war: Nur 39% unterstützten diese Beteiligung, 24% äußerten sich ambivalent und 37% sprachen sich dagegen aus!

Leicht rückläufig entwickelte sich auch die Unterstützung der Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen, insbesondere bei den jungen Frauen:

Tabelle 18: Haltung zur Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen 2001 und 2002 in Afghanistan
 „Die Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen war/ist richtig“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

		1	2	(1+2)	3	4	5
2001	Gesamt	22	23	(45)	19	16	20
	männlich	30	23	(53)	18	9	20
	weiblich	16	23	(39)	19	22	20
2002	Gesamt	17	19	(36)	22	19	23
	männlich	24	23	(48)	20	13	20
	weiblich	10	15	(25)	24	25	26

Dagegen findet die Ablehnung des Krieges der USA gegen den Irak durch die deutsche Regierung mehrheitlich die Unterstützung der Panelmitglieder:

Tabelle 19: Einstellung zur Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Krieg der USA gegen den Irak 2003
 „Die Haltung der deutschen Regierung zu diesen Aktionen ist richtig.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	34	28	(62)	19	10	9

Die Unterstützung des den Krieg ablehnenden Regierungskurses ist bei beiden Geschlechtergruppen etwa gleich stark ausgeprägt. Erwähnenswert ist, dass sich dieser Kurs positiv auf die Zufriedenheit mit der Militärpolitik ausgewirkt hat; der Anteil damit zufriedener TeilnehmerInnen hat sich von nur 29% 2002 auf immerhin 45% 2003 erhöht! Ein leicht positiver Zusammenhang besteht auch mit der Ausprägung des Vertrauens gegenüber der SPD und B90/Grüne, das aber dennoch zurückgegangen ist, da andere (vermutlich wirtschaftliche Faktoren) gewichtiger sind.

Auf einem Zusatzbogen wurden alle TeilnehmerInnen gebeten, ihre grundsätzliche Meinung zum Krieg gegen den Irak zu äußern:

Tabelle 20: Einstellung zum Krieg gegen den Irak
 „Sicher haben Sie sich intensiv mit dem Krieg gegen den Irak beschäftigt, der bei Redaktionsschluss der Befragungsunterlagen noch im Gange war. Und sicher haben Sie sich eine Meinung dazu gebildet. Wie stehen Sie zu dem Krieg gegen den Irak?“

Ich war/bin 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	2	15	(17)	39	44
männlich	3	22	(25)	42	33
weiblich	1	9	(10)	37	53

Diese Angaben sind deutlich: Nur eine Minderheit befürwortet diesen Krieg, von den jungen Frauen signifikant weniger als von den jungen Männern.

Darüber hinaus sollten die TeilnehmerInnen ihre Haltung noch etwas näher beschreiben. Beispiele für diese Angaben sind im Anhang zu finden.

10.2 Neue Ängste vor Terrorismus und militärischen Abenteuern der USA

Die Ereignisse am und nach dem 11. September 2001 in den USA haben auch bei den TeilnehmerInnen unserer Studie zur Entstehung neuer Ängste beigetragen, insbesondere vor einer Ausweitung des internationalen Terrorismus, aber auch vor militärischen Abenteuern der USA:

Tabelle 21: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“
 1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4
<i>„Ausweitung des internationalen Terrorismus“</i>					
2001	19	46	(65)	32	3
2002	20	44	(64)	29	7
2003	20	41	(61)	32	7
<i>„militärische Abenteuer der USA“</i>					
2002	15	32	(47)	39	14
2003	21	40	(61!)	28	12

		„Ausbruch eines neuen Weltkrieges“				
2002		7	17	(24)	47	29
2003		7	19	(26)	49	25
	männlich	5	12	(17)	45	38
	weiblich	9	24	(33)	53	14

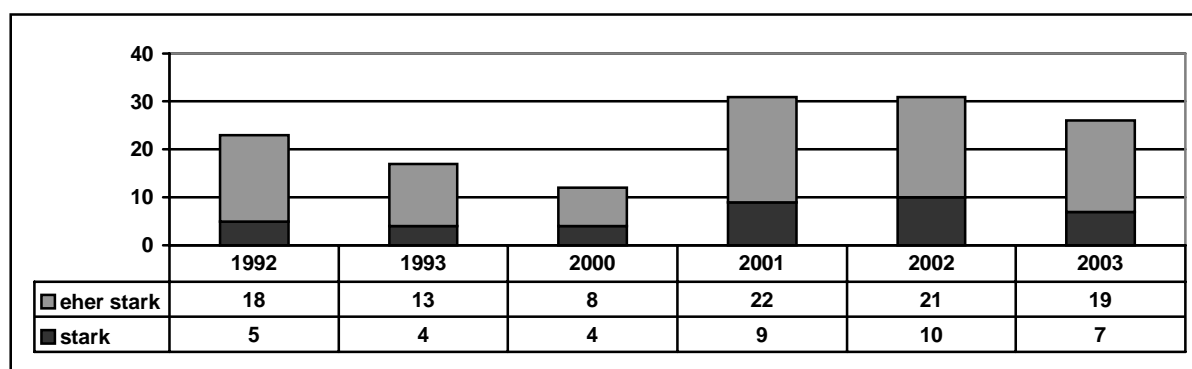
		„Möglichkeit, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird“				
2002		10	20	(30)	49	21
2003		7	18	(25)	55	20
	männlich	5	8	(13)	55	32
	weiblich	9	27	(36)	54	10

		„Folgen der Globalisierung“				
2002		8	31	(39)	47	14
2003		8	33	(41)	48	11

		„Amerikanisierung des gesamten Lebens“				
2003		9	27	(36)	45	19

Fast zwei Drittel der Panelmitglieder fühlen sich im Frühjahr 2003 durch eine Ausweitung des internationalen Terrorismus bedroht, aber auch durch mögliche militärische Abenteuer der USA. Bemerkenswert ist der deutliche Anstieg des Anteils derer, die sich durch militärische Abenteuer der USA bedroht fühlen, von 47% 2002 auf 61% 2003! Der Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Irak, der in den Untersuchungszeitraum fiel, ist evident. Rund ein Viertel fühlt sich durch den Ausbruch eines neuen Weltkrieges bedroht, wobei Kriegsängste rund doppelt so viele junge Frauen wie junge Männer äußern (33% gegenüber 17%). Ein Viertel (25%) befürchtet, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, von den jungen Frauen erheblich mehr als von den jungen Männern (36% zu 13%). Mehrere Panelmitglieder kommentierten die Frage auch bei der 17. Welle mit der Notiz: „Wir stehen doch schon mitten drin!“. Dazu liegt ein Trend seit 1992 vor:

Abbildung 48: Anteile der Panelmitglieder mit starker oder eher starker Angst vor der Verwicklung Deutschlands in einen Krieg im Trend 1992 bis 2003



Diese Zeitreihe ließ Ende 2001 eine deutliche Trendwende erkennen, die sich 2003 jedoch trotz des Krieges gegen den Irak nicht fortsetzte; diese Angst hat sich leicht abgeschwächt.

40% der TeilnehmerInnen fühlen sich durch die Folgen der Globalisierung bedroht, 36% durch eine Amerikanisierung des gesamten Lebens. Hier werden erst weitere Trendanalysen Aufschluss geben.

11. Sind die in den Westen abgewanderten TeilnehmerInnen für den Osten verloren?

Wie schon im Rahmen der 16. Welle 2002 wurden auch 2003 den im Westen bzw. im Ausland lebenden Panelmitgliedern einige Zusatzfragen gestellt. Das betrifft insgesamt 97 TeilnehmerInnen, darunter 46 junge Männer und 51 junge Frauen.

Ein großer Teil von ihnen lebt in Bayern (35%), relativ viele in Baden-Württemberg (19%) und Hessen (16%).

Viele leben bereits längere Zeit im Westen: 1 – 4 Jahre 31%, 5 – 8 Jahre 30%, 9 – 14 Jahre 39%, Durchschnittswert: 6,9 Jahre.

Nur eine Minderheit von ihnen will in den Osten zurückkehren:

Tabelle 22: „Werden Sie in den Osten zurückkehren?“

	2002	2003
1 ja, auf jeden Fall	2	6
2 ja, wahrscheinlich	6	5
3 nein, wahrscheinlich nicht	42	41
4 nein, auf keinen Fall	26	22
0 Das ist noch völlig offen	24	26

Nur 11% erklären 2003, zurückkehren zu wollen. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen.

Aufschlussreich sind die Gründe der Abwanderung, die 2003 quantitativ mit Vorgaben erfasst wurden:

Tabelle 23: Gründe der Abwanderung (nach dem Mittelwert geordnet)
 „Inwieweit trafen die folgenden Gründe für Ihre Abwanderung in den Westen zu?“

	1 sehr stark	2 stark	3 mittel	4 schwach	5 überhaupt nicht		
	1	2	(1+2)	3	4	5	X
die Situation auf dem Arbeitsmarkt	50	26	(76)	11	8	5	1,92
der Verdienst	21	26	(47)	28	12	13	2,71
bessere Arbeitsbedingungen	21	24	(45)	26	17	12	2,76
Wunsch, andere Gegenden kennen zu lernen	9	17	(26)	28	23	23	3,34
partnerbezogene Gründe	26	10	(36)	5	15	44	3,40
Wunsch, andere Menschen kennen zu lernen	10	16	(26)	24	22	28	3,42
Wunsch, etwas zu erleben	8	13	(21)	26	18	35	3,60

Der herausragende Grund für die Abwanderung war die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, von drei Viertel dieser jungen Leute genannt. Bei knapp der Hälfte spielten außerdem der Verdienst und die Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Den übrigen Gründen kommt eine weitaus geringere Bedeutung zu. Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich nur in Bezug auf partnerbezogene Gründe: die jungen Frauen nennen solche Gründe deutlich häufiger als die jungen Männer: 48% gegenüber 21%.

Keiner der im Westen bzw. im Ausland lebenden Panelmitglieder hat es stark bereut, in den Westen/ins Ausland gegangen zu sein, 13% teils-teils, 19% schwach und 68% überhaupt nicht.

12. Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem

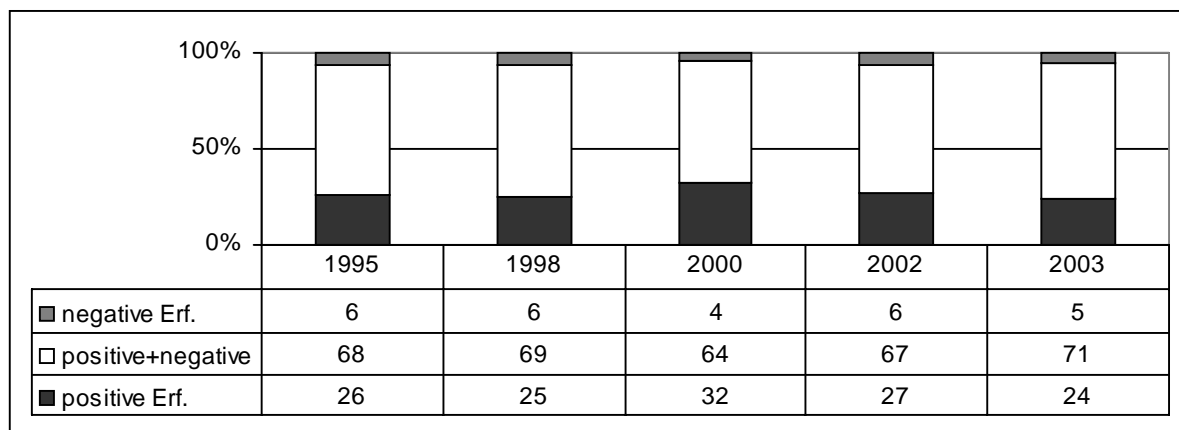
Ein entscheidender Vorteil von Längsschnittstudien besteht darin, genauer als mit Hilfe einmaliger Befragungen die Einflussfaktoren analysieren zu können, die hinter bestimmten Veränderungen stehen. Das gilt auch für unsere Studie im Hinblick auf die erwähnten Veränderungen in den Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem. Im Rahmen dieser Erstinformation kann darüber nur knapp informiert werden, dieser Teil der Auswertung ist noch nicht abgeschlossen.

12.1 Persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 13 Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Abbildung 49: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2003
Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht ?“

- 1 nur positive Erfahrungen 2 überwiegend positive Erfahrungen
3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen
4 überwiegend negative Erfahrungen 5 nur negative Erfahrungen

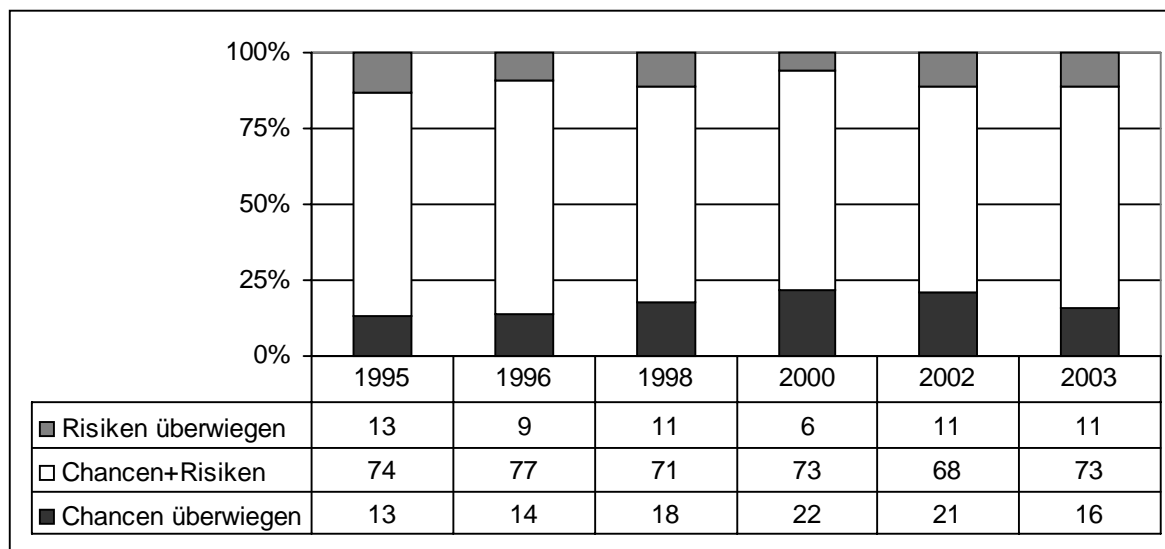


Die AP 1+2 bzw. 4+5 wurden in der Abbildung zusammengefasst.

Rund ein Viertel (24%) verweist 2003 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 5% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (71%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander. Die Ergebnisse der vorangegangenen Wellen stimmen damit im Wesentlichen überein, allerdings ist nach dem Zuwachs an positiven Erfahrungen im Jahr 2000 danach wieder eine regressive Tendenz erkennbar.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen sind in der Studie noch viele weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

Abbildung 50: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2003
 „Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“
 1 die neuen Chancen überwiegen
 2 die neuen Risiken überwiegen
 3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken



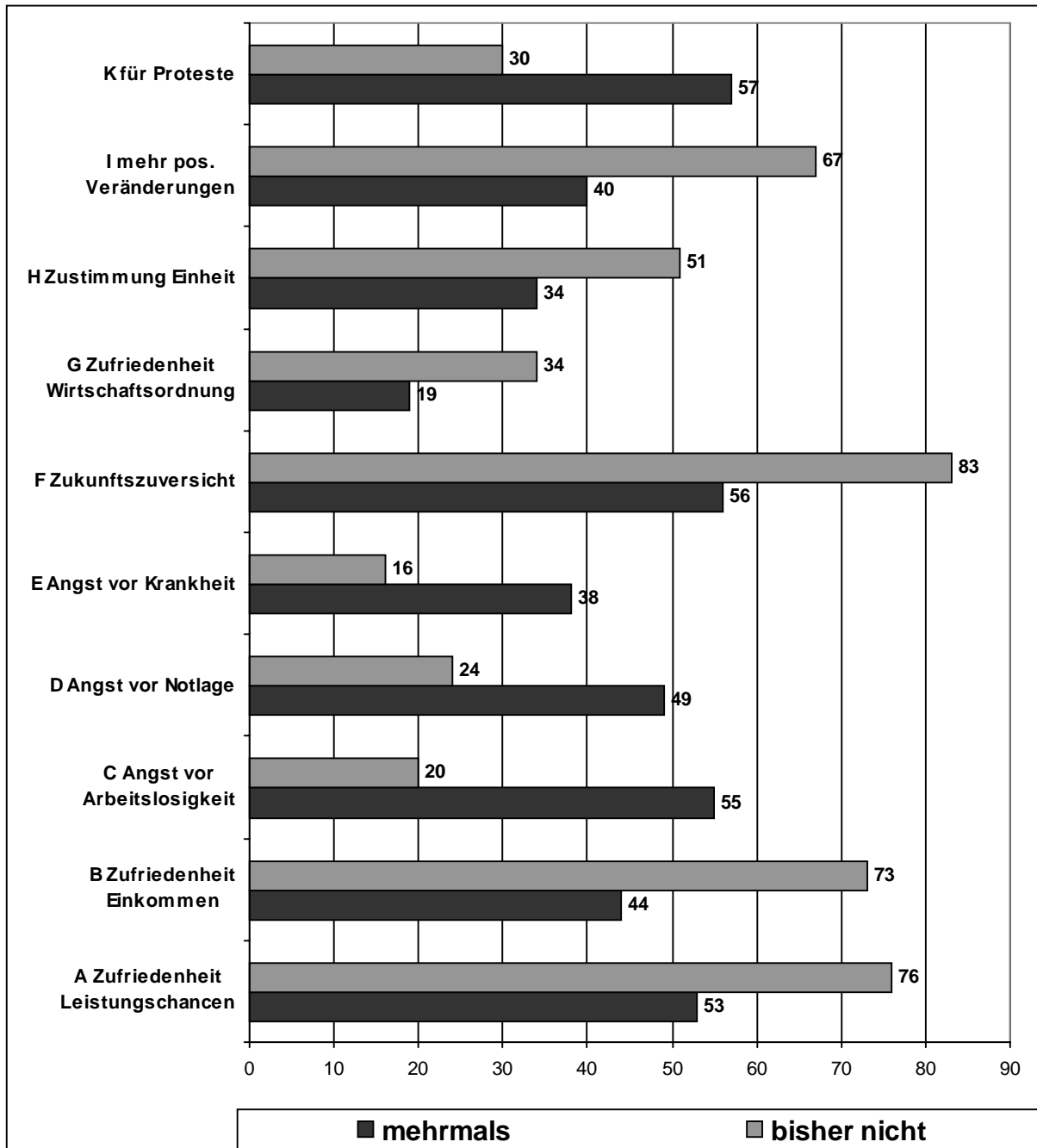
Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer zwischen 1995 und 2000 zugunsten neuer Chancen verschoben, danach wird allerdings wieder ein rückläufiger Trend sichtbar. Im gesamten Zeitraum meinen reichlich zwei Drittel, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen System bleibt auch im Jahre 2003 bestehen. Die weiblichen Panelmitglieder reflektieren signifikant weniger häufig überwiegend neue Chancen als ihre männlichen Altersgefährten; Panelmitglieder, die im Westen leben, erheblich häufiger als jene, die im Osten geblieben sind.

Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer TeilnehmerInnen soll im Folgenden eingegangen werden.

12.1.1 Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeitsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit durchzieht seit Jahren wie ein Riss die gesamte Population. Sie wirkt sich nachweisbar auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der jetzigen Gesellschaft aus. Wir belegen das exemplarisch anhand der folgenden Abbildung, in der relevante Merkmale von Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren bzw. die bisher noch nie arbeitslos waren, verglichen werden. Alle aufgeführten Unterschiede sind statistisch gesichert.

Abbildung 51: Merkmale von Panelmitgliedern 2003, die bereits mehrmals bzw. bisher nicht arbeitslos waren (Extremgruppenvergleich)



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):
 A Zufriedenheit mit den Chancen, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (66%)
 B Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (61%)
 C Angst vor Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (36%)
 D Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (35%)
 E Angst vor Verschlechterung des Gesundheitszustandes: stark/eher stark (27%)
 F Persönliche Zukunftszuversicht: einschränkungslos/eingeschränkt stark (68%)
 G Zufriedenheit mit jetziger Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (25%)
 H Zustimmung zur deutschen Einheit: einschränkungslose Zustimmung (42%)

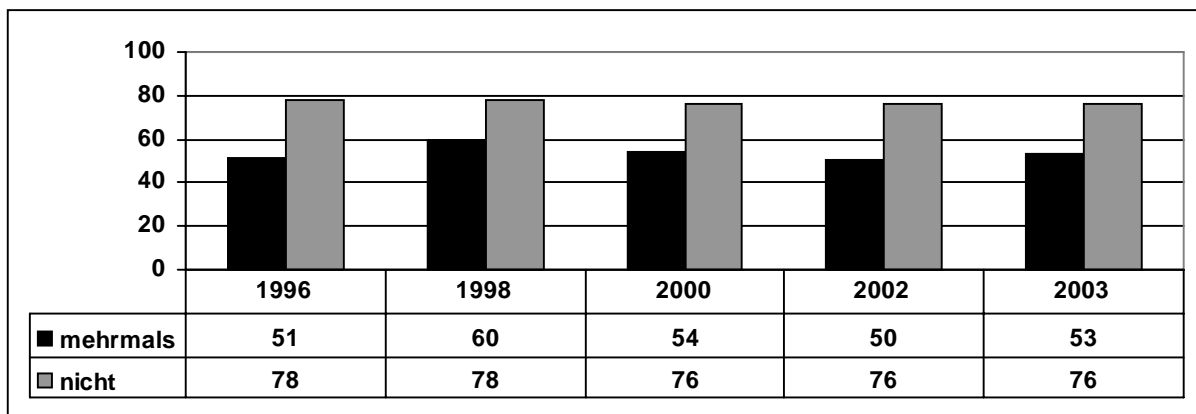
I Persönliche Bilanz seit der Vereinigung: mehr positive Veränderungen (54%)

K Zustimmung zur Aussage „Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen“: einschränkungslose und eingeschränkte Zustimmung (45%)

Wir wollen diese Angaben kurz kommentieren und teilweise durch Trenddaten ergänzen:

Sehr unterschiedlich ist die Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen (A): Von den Befragten mit mehrfachen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit äußern sich 53% mehr oder weniger zufrieden; von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren, dagegen mit 76% weitaus mehr. Arbeitslosigkeit schränkt wider den eigenen Willen die Chancen deutlich ein, heute durch Leistungen voranzukommen. Dass es sich dabei nicht um ein zufälliges, punktuelles Ergebnis handelt, wird durch den dazu vorliegenden Trend seit 1996 (seitdem liegen genaue Zahlen zur Arbeitslosigkeit vor) anschaulich unterstrichen:

Abbildung 52: Anteile der Panelmitglieder, die mit den Chancen zufrieden sind, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



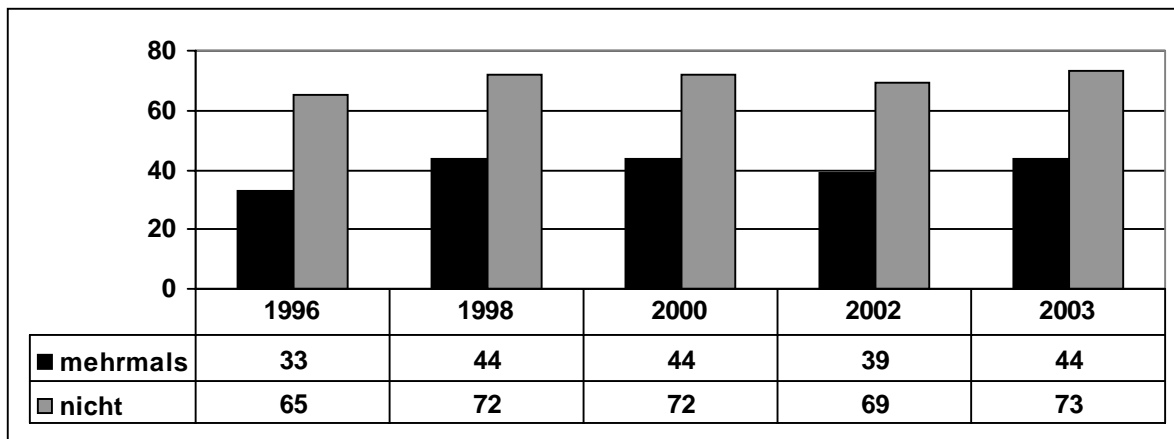
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die sie in der jetzigen Gesellschaft haben, *durch Leistung* voranzukommen?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Dementsprechend unterscheiden sich die beiden Extremgruppen auch deutlich im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen (B): TeilnehmerInnen, die schon mehrmals arbeitslos waren, sind 2003 erheblich weniger häufig mit ihrem Einkommen zufrieden als jene, die nicht arbeitslos waren: 44% gegenüber 73%! In Anbetracht der Bedeutung des Einkommens als entscheidende Existenzgrundlage kann dieser Unterschied kaum überschätzt werden, zumal er auch in den vorangegangenen Jahren zu beobachten war. Wir stellen dazu den Trend dieser Unterschiede seit 1996 dar:

Abbildung 53: Zufriedenheit mit dem Einkommen, differenziert danach, ob die Panelmitglieder mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



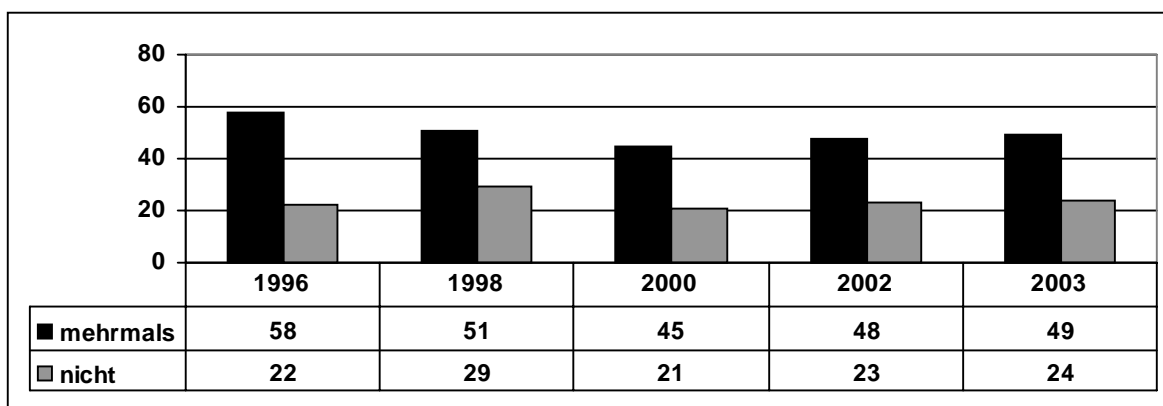
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Einkommen?“ Antwortmodell wie bei Abb. 21

Große Unterschiede bestehen im Hinblick auf bestehende Ängste vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit (C): Von den Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern mit 55% fast dreimal so häufig diese psychisch stark belastende Angst wie von jenen ohne diese Erfahrung!

Erwähnenswert ist, dass selbst 2003 noch ein signifikanter und relevanter Zusammenhang mit den Angaben zur Angst vor Arbeitslosigkeit von 1992 besteht ($r = .33$; $P = .000$), ein nachhaltiges „psychisches Echo“ damaliger massiver Verunsicherungen!

Ähnliches gilt für die von vielen TeilnehmerInnen geäußerten Ängste vor einer persönlichen Notlage, eine vor der Wende für sie faktisch unbekannte Angst (D): Zwar artikulieren auch von den Panelmitgliedern 2003 ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit 24% diese Angst, von denen mit mehrmaliger Arbeitslosigkeit jedoch 49%, rund doppelt so viele! Ähnliche Relationen bestehen zu fast allen Messpunkten:

Abbildung 54: Anteile der Panelmitglieder, die Angst vor einer persönlichen Notlage äußern, differenziert danach, ob sie bereits mehrfach bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend:



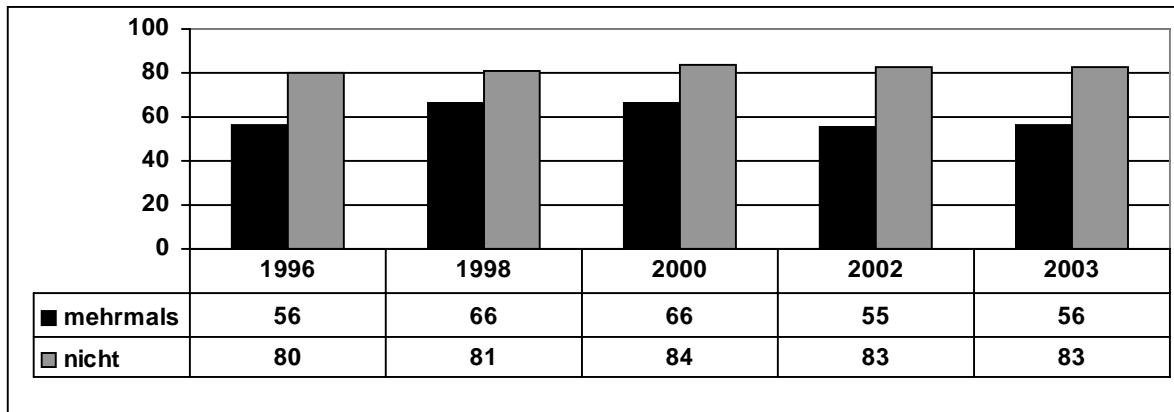
Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Eintreten einer persönlichen Notlage bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Aufschlussreich ist, dass Unterschiede zwischen beiden Gruppen auch im Hinblick auf die wahrgenommene eigene Gesundheit bestehen (E). Während sich von den TeilnehmerInnen ohne Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit lediglich 16% Sorgen um eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes machen, sind das bei denen mit mehrmaliger Erfahrung mehr als doppelt so viele: 38%! Auf diesen Aspekt kommen wir noch einmal zurück.

Auf diesem Hintergrund überrascht nicht, dass sich beide Gruppen stark im Hinblick auf ihre persönliche Zukunftszuversicht (F) unterscheiden: 2003 äußern sich 83% derer, die bisher nicht arbeitslos waren, stark zuversichtlich gegenüber nur 56% jener, die diese Erfahrung bereits mehrmals machen mussten:

Abbildung 55: Anteile der Panelmitglieder, die die persönliche Zukunft zuversichtlich sehen, differenziert danach, ob sie bereits mehrfach bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend:



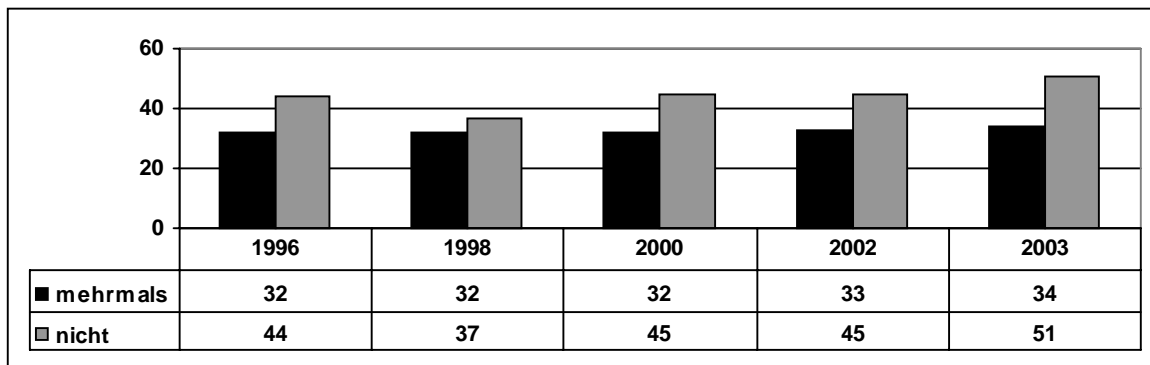
Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für sich persönlich?“

1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Gravierende Unterschiede sind auch in faktisch allen wesentlichen politischen Einstellungen festzustellen. Ablesbar ist das an der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (G) sowie an der Einstellung zur deutschen Einheit (H):

Abbildung 56: Anteile der Panelmitglieder, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



Fragetext: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

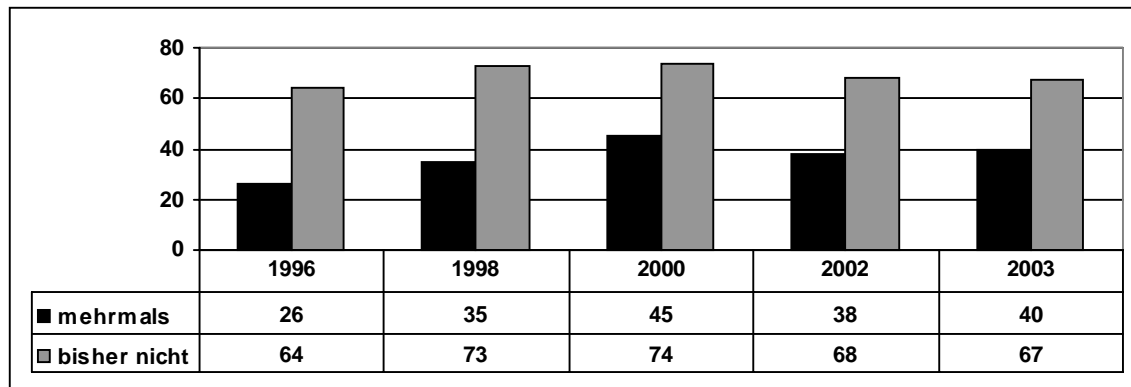
1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Prozentwerte der uneingeschränkten Position.

Wir sehen, dass selbst bei dieser grundsätzlichen Einstellung (außer 1998) signifikante und relevante Unterschiede auftreten. Während bei jenen Panelmitgliedern, die von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren, der Anteil einschränkungsloser Zustimmungen tendenziell ansteigt, gibt es bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, über den gesamten Zeitraum hinweg kaum Veränderungen. Der generelle Zuwachs an Zustimmung stammt vorwiegend von denen, die noch nicht den Gang zum Arbeitsamt antreten mussten.

Auch bei der persönlichen Bilanz über die Veränderungen seit der Vereinigung (I) fallen die Angaben weit auseinander: Mehr positive Veränderungen bilanzieren 2003 40% der Panelmitglieder mit mehrmaliger Erfahrung von Arbeitslosigkeit gegenüber 67% derer ohne diese Erfahrung:

Abbildung 57: Persönliche Bilanz der Vereinigungsfolgen, differenziert danach, ob die Panelmitglieder mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend

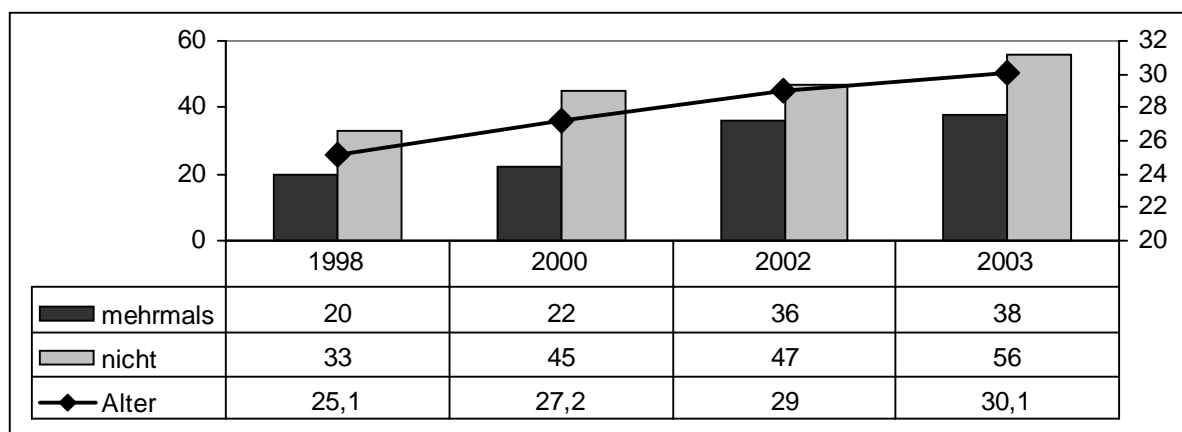


Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: In meinem Leben gab es“ 1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative Veränderungen 3 mehr negative Veränderungen

Mehrmals erfahrene Arbeitslosigkeit trägt bei diesen jungen Ostdeutschen nicht zuletzt auch dazu bei, die Protestbereitschaft zu erhöhen (K): 57% derer, die schon mehrmals arbeitslos waren, sprechen sich dafür aus, wieder auf die Straße zu gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen, das sind fast doppelt so viele wie von jenen, die bisher keine Arbeitslosigkeit erlebt haben mit 30%.

Auf einen bisher wenig beachteten Aspekt wollen wir noch etwas näher eingehen: die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die familialen Strukturen. Erhebliche Auswirkungen hat erfahrene Arbeitslosigkeit - natürlich vermittelt - auf die Familiengründung der Panelmitglieder. So sind von den weiblichen Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, im Jahr 2003 mit 38% signifikant weniger bereits verheiratet als von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren: 56%. Ähnliche Relationen bestanden auch in den vorangegangenen Jahren:

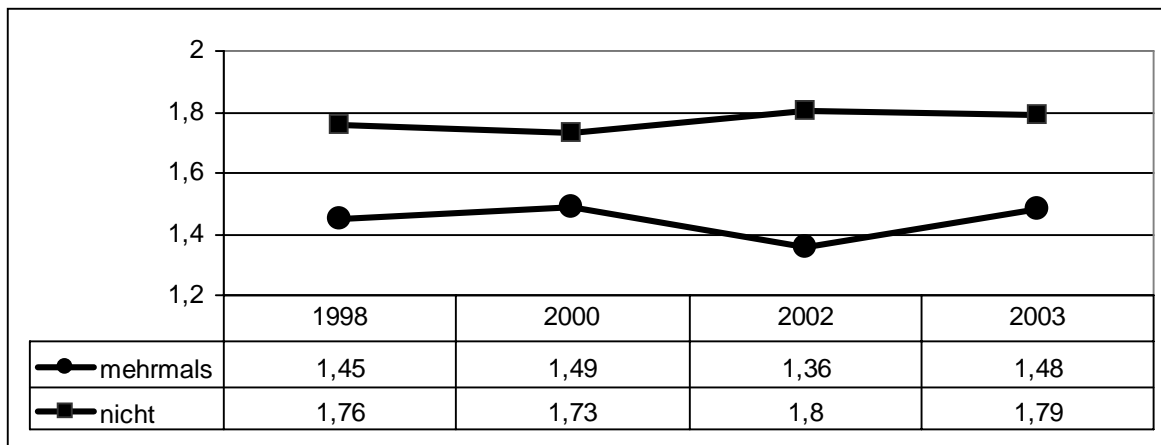
Abbildung 58: Anteile Verheirateter bei den weiblichen Panelmitgliedern im Trend, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



Die Unterschiede sind statistisch signifikant (2000, 2003) oder verweisen auf eine deutliche Tendenz (1998, 2002).

Große Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen zeigen sich auch in Bezug auf die Zahl der gewünschten Kinder, und zwar in durchaus relevanten Größenordnungen:

Abbildung 59: Durchschnittliche Anzahl gewünschter Kinder bei den weiblichen Panelmitgliedern, differenziert danach, ob sie mehrmals oder nicht arbeitslos waren, im Trend 1998 bis 2003

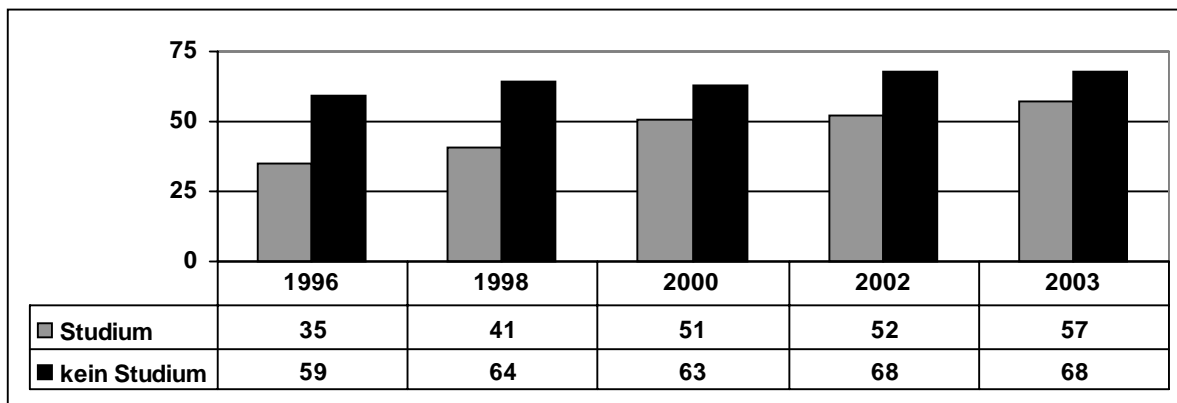


Die Panelmitglieder gaben die Anzahl der gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an. Die Unterschiede in den Mittelwerten der beiden Extremgruppen sind signifikant.

Eine interessante Beobachtung haben wir mit Hilfe der „Skala zur Allgemeinen Selbstverwirklichungserwartung“ (SEW) gemacht, die zur Erfassung von allgemeinen optimistischen Selbstüberzeugungen konstruiert wurde. Sie misst die Kompetenzerwartung, also das Vertrauen darauf, eine schwierige Lage zu meistern, wobei der Erfolg der eigenen Kompetenz zugeschrieben wird. Das Ergebnis ist, dass insbesondere Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, eine signifikant niedrigere Selbstwirksamkeitserwartung äußern als jene, die bisher nicht arbeitslos waren. Die niedriger erlebte Kompetenz und damit das geringere Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten kann aber u. U. zukünftig wieder zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Abschließend zum Einflussfaktor Arbeitslosigkeit muss erwähnt werden, dass selbst ein höheres Bildungsniveau (daran bestimmt, dass die Panelmitglieder ein Studium mit oder ohne Abschluss absolviert haben) nicht alle von ihnen vor Arbeitslosigkeit bewahrt hat:

Abbildung 60: Anteile der Panelmitglieder, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, differenziert nach dem Bildungsniveau im Trend 1996 bis 2003



Zwar bestehen zu allen Untersuchungszeitpunkten signifikante Unterschiede zugunsten derer mit einem höheren Bildungsniveau, doch auch bei ihnen ist ein signifikanter Anstieg des Anteils der Panelmitglieder mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit deutlich erkennbar.

Generell zeigt sich, dass vor allem mehrfach erfahrene Arbeitslosigkeit die individuelle Sicht und Bewertung der Gesellschaft verändert, sie deutlich kritischer werden lässt bis hin zur steigenden Protestbereitschaft.

Erwähnenswert sind die Ergebnisse zur vorgegebenen Aussage „Ohne Arbeit keine Freiheit“. In den verbalen Aussagen der TeilnehmerInnen war faktisch von Anfang der 90er Jahre an häufig die

Meinung zu lesen, „dass Freiheit wenig nützt, wenn man keine Arbeit hat.“ Zur Verbreitung dieser Auffassung liegen Trenddaten seit 1996 vor:

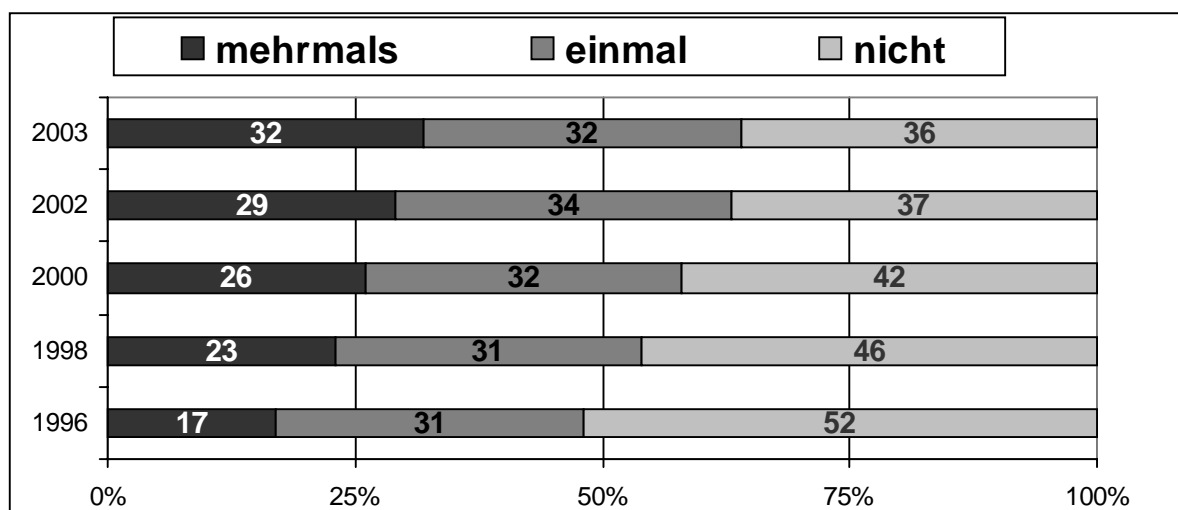
Tabelle 24: Arbeitslosigkeit und Freiheit
 „Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“
 1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.
 2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.
 0 Das ist schwer zu sagen.

		1	2	0
1996		32	49	19
1998		35	47	18
2000		41	44	16
2001		42	37	21
2002		43	38	19
2003		41	43	16
2003	männlich	50	34	16
	weiblich	34	49	17

Die Quote derer, für die Arbeitslosigkeit eine Beschränkung ihrer Freiheit bedeutet, ist mit 43% sehr hoch und insofern ein Politikum ersten Grades. Sie belegt, dass die proklamierte Freiheit für einen großen Teil dieser jungen Ostdeutschen infolge von Arbeitslosigkeit und deren vielschichtigen (individuellen und kollektiven) Folgen (s. o.) nicht als Realität erfahren wird. Die Quote hat bis 2002 abgenommen, ist 2003 jedoch wieder auf 43% angestiegen; bei den jungen Frauen beträgt sie 49% gegenüber 34% bei den jungen Männern.

Der Anteil der Panelmitglieder, die schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Eine entsprechende Frage wird seit der 12. Welle 1996 gestellt, d.h. seit ihrem 23. Lebensjahr:

Abbildung 61: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2003



Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“
 1 ja, mehrmals 2 ja, einmal 3 nein

Im Jahr 2003 sind es (wie schon 2002) bereits fast zwei Drittel (64%), die diese stark prägende, psychisch belastende Erfahrung machen mussten. Ablesbar ist vor allem, dass der Anteil derer sich

zwischen 1996 und 2003 nahezu verdoppelt hat, die bereits mehrmals arbeitslos waren! Dieser sehr beunruhigende Trend wird sich vermutlich fortsetzen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, aber auch auf Befinden und Gesundheit.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich 2003 nur wenig (bisher waren 67% der männlichen Panelmitglieder gegenüber 61% der weiblichen ein- oder mehrmals arbeitslos).

Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wurde erfasst (in Monaten); diese Angaben sind noch auszuwerten. Fest steht schon jetzt, dass die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit von 6,7 Monaten 1996 auf 10,5 Monate 2003 gestiegen ist. Die jungen Frauen waren tendenziell länger arbeitslos als die jungen Männer: 11,6 gegen 9,3 Jahre; die Signifikanzschwelle wird sehr knapp verfehlt ($P = .093$). Panelmitglieder, die im Osten leben, waren länger arbeitslos als jene, die im West leben: 11,2 gegenüber 8,0 Jahre (sign.). In einigen Wellen wurde über die eigene Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder hinaus auch die Arbeitslosigkeit der Eltern erfasst. Die folgende Tabelle informiert über diese bemerkenswerten Ergebnisse:

Tabelle 25: Arbeitslosigkeit der Eltern der Panelmitglieder im Trend 1992 - 2002

	„Sind Ihre Eltern arbeitslos?“				
	1	2	3	4	2-4
	nein	nur Vater	nur Mutter	beide	Eltern ges.
1992	63	22	12	3	37
1993	65	20	10	5	35
1996	67	-	-	-	33
1998	64	-	-	-	36
2000	63	-	-	-	37
2002	61	13	17	9	39

Ablesbar ist, dass auch ein beachtlicher Teil der Eltern unserer TeilnehmerInnen aktuell von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass zumindest ein Elternteil arbeitslos ist. 1992 und 1993 waren überwiegend die Väter davon betroffen. Arbeitslosigkeit beider Elternteile kommt selten vor (allerdings mit steigender Tendenz). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Väter und Mütter als gegenwärtig etwa 50 bis 60-Jährige zu jener Generation gehören, die im Osten massiv aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt wurde oder noch wird.

Um herauszufinden, inwieweit die Eltern unserer Panelmitglieder bisher überhaupt von Arbeitslosigkeit betroffen waren (über die aktuelle Situation hinaus), fragten wir im Rahmen der 17. Welle nach den generellen Erfahrungen der Eltern mit Arbeitslosigkeit:

Tabelle 26: Bisherige Erfahrungen der Eltern der Panelmitglieder mit Arbeitslosigkeit 2003

	„Waren oder sind Ihre Eltern in irgendeiner Weise von Arbeitslosigkeit betroffen?“				
	1	2	3	4	2-4
	nein	ja	ja,	ja,	Eltern ges.
	beide nicht	nur der Vater	nur die Mutter	beide	
	44	16	20	20	56

Es stellt sich heraus, dass bis 2003 über die Hälfte (56%) der Eltern (d.h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 20% ist die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben (was nicht gleichzeitig passiert sein muss).

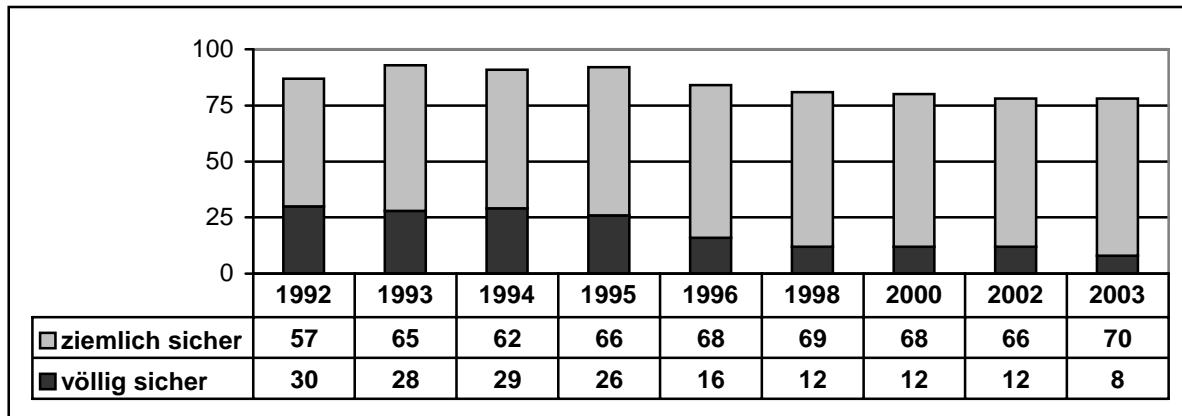
Hinzu kommt, dass auch ein Teil der LebenspartnerInnen bzw. der Geschwister der Panelmitglieder arbeitslos waren bzw. sind. Aus der individuellen Kopplung der Angaben hierzu geht hervor, dass bis 2003 88% der Panelmitglieder direkt oder indirekt im erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden, nur 12% nicht – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit und Gesundheit. Arbeitslosigkeit der Eltern, des Partners/der Partnerin, der Geschwister und die damit verbundenen Sorgen machen vielen TeilnehmerInnen zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene

Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. (Arbeitslosigkeit von engen Freunden/Freundinnen wurde bisher nicht erfasst.)

Nach unserem Überblick gibt es dazu bisher keine Untersuchungen.

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt außerdem hinzu, dass seit 1993 das für die gesamte Befindlichkeit bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung. Auch nach dem Regierungswechsel ist noch keine Trendwende erkennbar. Die Abbildung veranschaulicht diesen Abwärtstrend für die Gesamtgruppe:

Abbildung 62: Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2003. Anteile der AP „völlig sicher“ (1) und „ziemlich sicher“ (2)

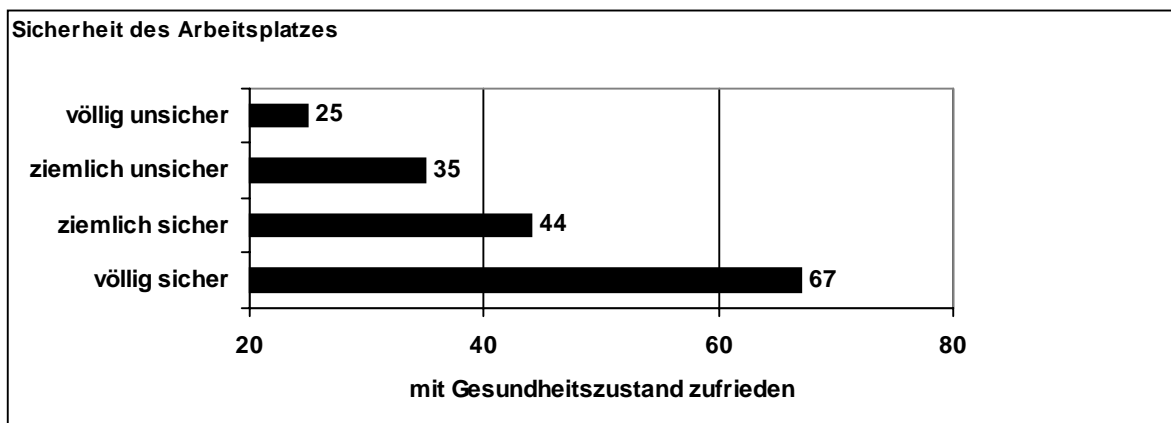


Fragetext: Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?
 1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Der Trend bei den jungen Frauen verläuft ähnlich wie der bei den jungen Männern, allerdings ist bei ihnen der starke Abwärtstrend des uneingeschränkten Sicherheitsgefühls noch deutlicher als bei den jungen Männern, ein weiterer Hintergrund für ihre systemkritische Haltung. Erwähnenswert ist, dass die Panelmitglieder, die im Westen leben, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes nur tendenziell besser einschätzen als ihre Altersgefährten im Osten: 82% gegenüber 77%. Allerdings meinen von Ersteren 16% einen völlig sicheren Arbeitsplatz zu haben, von Letzteren dagegen nur 6%.

Anhand dieser Selbsteinschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes lassen sich auch die erheblichen Auswirkungen bestehender Verunsicherungen auf die Gesundheit der verhältnismäßig jungen Panelmitglieder nachweisen. Das geht schon aus einer Analyse des Zusammenhangs zwischen der Selbsteinschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes einerseits und der Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand hervor:

Abbildung 63: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand (2003)

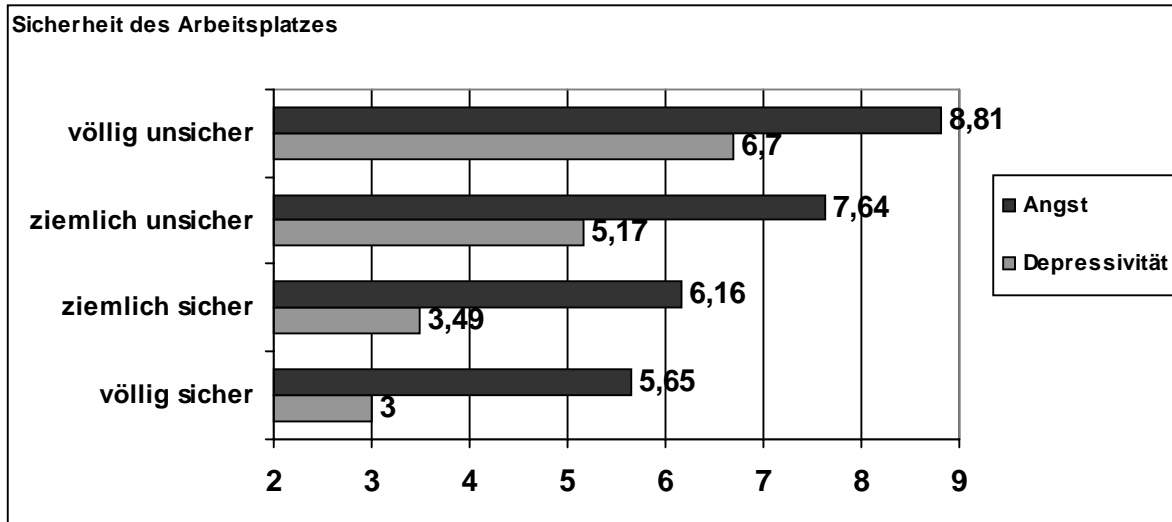


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Gesundheitszustand?“
 1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden
 Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos zufrieden äußern (1).

Erkennbar ist, dass der Anteil derer, die sich zufrieden über ihre Gesundheit äußern, mit abnehmender wahrgenommener Sicherheit des Arbeitsplatzes erheblich kleiner wird (signifikant). Präzisere Ergebnisse wurden mittels standardisierter Analyseinstrumente zur Erfassung der Gesundheit gewonnen, die seit 2002 in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des

Universitätsklinikums Leipzig bzw. Dresden (Prof. Dr. Elmar Brähler, Dr. Hendrik Berth) eingesetzt werden, so u. a. zur Ausprägung von Angst und Depressivität:

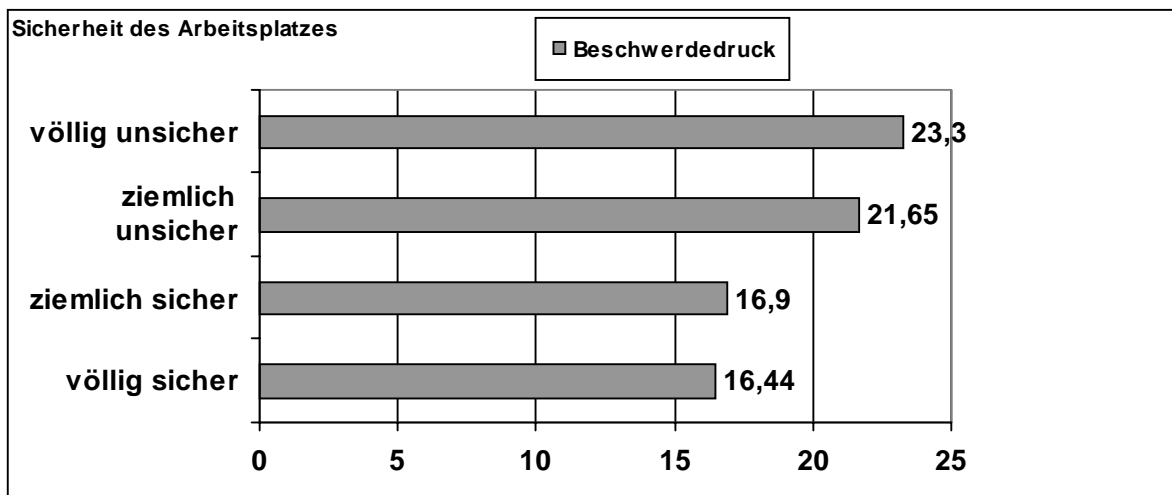
Abbildung 64: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Ausprägung von Angst und Depressivität 2002. Mittelwerte der eingesetzten Skalen



Die Bestimmung von Angst und Depressivität erfolgte mit Hilfe eines bewährten Fragebogeninstrumentes zur Selbstbeurteilung beider Merkmale bei Erwachsenen (HADS). Je höher die Mittelwerte, desto stärker sind die Merkmale ausgeprägt.

Ablesbar ist, dass Panelmitglieder, die ihren Arbeitsplatz als unsicherer einschätzen, signifikant mehr Angst und Depression äußern. Darüber hinaus berichten sie auch über mehr Körperbeschwerden:

Abbildung 65: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Körperbeschwerden 2002, Mittelwerte



Diese Ergebnisse wurden 2002 mit einer Kurzform des Giessener Beschwerdebogens (GBB) von Brähler und Scheer gewonnen. Dabei werden mit vier Subskalen Beschwerden im Hinblick auf Erschöpfungsneigung, Magenbeschwerden, Gliederschmerzen und Herzschmerzen sowie der Beschwerdedruck insgesamt ermittelt.

Erkennbar ist, dass ein Zusammenhang besteht: die Körperbeschwerden wachsen mit der zunehmenden Einschätzung, dass der momentane Arbeitsplatz unsicher ist. Der Unterschied zwischen den Gruppen ist signifikant. Diese signifikante Gruppendifferenz betrifft mit Ausnahme der Herzbeschwerden die Subskalen Erschöpfungsneigung, Magenbeschwerden und Gliederschmerzen. Wesentlich ist, dass nicht nur die real erlebte Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf das gesundheitliche Befinden hat, sondern in nahezu identischem Ausmaß auch die subjektiv

wahrgenommene Sicherheit des derzeitigen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes, selbst bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen dieser Studie.

Bereits im Rahmen der 16. Welle 2002 gaben die Panelmitglieder Urteile zu Thema Arbeitslosigkeit ab, die bisher nicht dokumentiert wurden. Wir führen sie hier mit an, weil aus ihnen sehr anschaulich die vielschichtigen Auswirkungen persönlicher und kollektiver Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit abgelesen werden können:

Tabelle 27: Urteile über Arbeitslosigkeit 2002 (16. Welle; N = 418)
 „Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl in die entsprechende Klammer eintragen.“
 1 Ich stimme vollkommen zu 2,3,4,5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft	49	34	(83)	14	2	1	1,73
Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv	42	38	(80)	16	3	1	1,83
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein	41	33	(74)	20	4	2	1,94
Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank	34	40	(74)	20	3	3	1,96
Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems	38	36	(74)	18	6	2	1,98
Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten	37	35	(72)	20	5	3	2,02
Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm	39	32	(71)	21	6	2	1,98
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude	31	38	(69)	25	4	2	2,09
Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche	24	33	(58)	30	10	3	2,34
Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass	24	28	(52)	28	11	9	2,54
An der Massenarbeitslosigkeit im Osten kann man sehen, dass das jetzige Gesellschaftssystem überholt ist	14	21	(35)	37	18	10	2,90
Arbeitslosigkeit führt zu Alkohol- und Drogenmissbrauch	14	24	(38)	29	19	14	2,93
An Arbeitslosigkeit kann man sich mit der Zeit gewöhnen	9	15	(24)	22	17	37	3,61
Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird	0	3	(3)	19	29	49	4,24
Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern	0	3	(3)	12	23	62	4,43

Wir haben hier nicht die Möglichkeit einer ausführlichen Interpretation. Hervorheben wollen wir nur Folgendes:

Bemerkenswert viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend negativ formulierten Aussagen über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern bzw. Lebenspartner und Geschwister zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Panelmitglieder, die mehrmals arbeitslos waren, stimmen allerdings einigen Aussagen signifikant häufiger zu als jene, die bisher noch nicht arbeitslos waren. Das betrifft die Aussagen,
 - dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems sei,
 - dass man an ihr sehen kann, dass das jetzige Gesellschaftssystem überholt sei,

sehr zufrieden/zufrieden weniger zufrieden unzufrieden

*Zufriedenheit mit eigenen Möglichkeiten
der Einflussnahme auf die Politik:*

zufrieden/eher zufrieden	54	39	7
eher unzufrieden	34	53	13
unzufrieden	20	47	33

(N = 414; r = .28; P = .000)

TeilnehmerInnen, die mit ihren Möglichkeiten, die Politik beeinflussen zu können, infolge ihrer persönlichen Erfahrungen mehr oder weniger zufrieden sind (im Jahr 2003 allerdings lediglich 29%), äußern sich zugleich weitaus zufriedener mit der Demokratie als jene, die diese Möglichkeiten kritisch sehen: 54% gegenüber 20%! Die Botschaft an die Politik ist evident und keineswegs neu: "Mehr Demokratie wagen!" (Willy Brandt 1969).

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Trends:

Tabelle 29: Demokratieerfahrungen der Panelmitglieder
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
 1 ja 2 nein 3 Das ist schwer zu sagen.

Jahr	1	2	3
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
<i>dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können</i>			
2002	9	70	21
2003	11	69	20

Diese Angaben sprechen für sich: Nur rund 60% haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. Dabei spielt es keine wesentliche Rolle, ob die Panelmitglieder links- oder rechtsorientiert sind bzw. sich in der Mitte einordnen (Rechtsorientierte äußern tendenziell weniger häufig, ihre Meinung offen sagen zu können).

Nur zwischen 3% und 4% haben über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Diese sehr konstanten Zahlen müssen nicht kommentiert werden.

Zu denken geben muss, dass nur die reichliche Hälfte der Panelmitglieder die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können (noch weniger meinen allerdings, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können: 2000 21%, 2002 16% 16% 2003 12%!), die Tendenz ist außerdem eindeutig regressiv! Hier wird die Fortsetzung des Trends sehr aufschlussreich sein.

Nur rund 10% haben schließlich die Erfahrung gemacht, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, 69% verneinen das.

12.1.3 Abnehmende Zufriedenheit mit der „Gerechtigkeit“

Das viel diskutierte Defizit hinsichtlich der „Leistungsgerechtigkeit“ ist auch bei den 30-Jährigen zu beobachten:

Tabelle 30: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen
 „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“

	1 zufrieden	2 eher zufrieden als unzufrieden	3 eher unzufrieden als zufrieden	4 unzufrieden	X	
	1	2	(1+2)	3	4	
1995	19	57	(76)	21	3	2,1
1996	15	55	(70)	24	5	2,2
1998	17	53	(70)	25	5	2,2
2000	24	43	(67)	28	5	2,2
2002	20	46	(66)	29	5	2,2
2003	15	51	(66)	28	6	2,3
männlich	18	54	(72)	23	5	
weiblich	12	48	(60)	32	8	
arbeitslos gewesen?						
mehrmals	12	41	(53)	35	12	
einmal	12	54	(66)	31	3	
nein	20	56	(76)	19	5	
lebt im Osten	12	49	(61)	32	7	
lebt im Westen	26	56	(82)	13	5	

Zwei Drittel sind im Jahr 2003 mit den real erlebten Leistungschancen zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2003 von 77% kontinuierlich und signifikant auf 66% abgesunken. Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 2003 60% gegenüber 72%.

Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern sich signifikant weniger positiv als jene, die noch nicht arbeitslos waren: 53% gegenüber 76%! Arbeitslosigkeit ist ein wesentlicher Grund dafür, dass viele Panelmitglieder ihre Chancen, durch Leistung voranzukommen, als gering beurteilen.

Im Zusammenhang damit steht, dass nahezu die Hälfte der Panelmitglieder bezweifelt, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, eines der brisantesten Ergebnisse:

Tabelle 31: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit 1996 bis 2003
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht:
 dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
	1	2	0
1996	16	53	31
1998	20	47	33
2000	26	42	32
2002	24	46	30
2003	23	45	32

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, aber auch mit der Wirtschaftsordnung hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich ein großer Teil der Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt fühlt. Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich 2002 bzw. 2003 nicht fortgesetzt, die Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes bleibt erhalten.

12.1.4 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder nach wie vor durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Tabelle 32: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2003
 „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	21	31	(52)	26	15	7	2,5
1996	24	28	(52)	27	14	7	2,5
1998	26	27	(53)	26	16	5	2,5
2000	24	24	(48)	28	17	7	2,6
2002	22	29	(51)	27	16	6	2,6
2003	18	30	(48)	24	20	8	2,7
lebt im Osten	21	32	(53)	25	17	5	
lebt im Westen	8	21	(29)	22	31	18	

Auch 2003 äußert rund die Hälfte, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 24% äußern sich ambivalent, nur 28% widersprechen. TeilnehmerInnen, die im Westen leben, stimmen signifikant weniger häufig zu, auch von ihnen haben jedoch 29% solche Erfahrungen gemacht (die im Osten leben: 53%). Die Trendrichtung ist offen.

12.2 Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Die wendeüberschreitende Anlage dieser Studie macht es möglich, nach Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation zu suchen. Entsprechend den inhaltlichen Schwerpunkten der Studie und den bisherigen Ergebnissen unterscheiden wir zwei Ebenen solcher Langzeitwirkungen:

a) Auf der Ebene der Alltagserfahrungen der Panelmitglieder in der DDR. Im Abschnitt 6.2 haben wir bereits die Gebiete des Lebens genannt, an die sie sich im Rahmen eines Systemvergleichs besonders positiv erinnern; sie sollen hier nicht wiederholt werden.

b) Auf der Ebene der politischen Sozialisation in der DDR. Zu ihr rechnen wir die Aufwertung und die Nachwirkungen früher angeeigneter politischer Kenntnisse sowie die Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende.

Diese Einflussfaktoren können hier nur angedeutet werden (ausf. siehe Förster 2002, S. 215).

12.2.1 Aufwertung politischer Kenntnisse

Erstaunlich viele Panelmitglieder schreiben der jetzigen Gesellschaft Merkmale zu, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt wurden:

Tabelle 33: Heutige Auffassung zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende

1 ja
2 nein
0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“			
2000	76	8	16
2002	75	8	17
2003	75	8	17
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“			
1996	53	18	30
1998	48	21	31
2000	51	25	24
2002	54	23	23
2003	51	23	26
„Im Stabi-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“			
1996	49	21	30
1998	50	24	26
2000	50	29	21
2002	45	29	26
2003	47	26	27
„Stimmt es, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen ist?“			
2002	27	38	35
2003	35	28	37

Auch nach rund 13 Jahren persönlicher Erfahrung der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik wird den damaligen Lehrsätzen noch immer von sehr vielen zugestimmt. Immerhin rund drei Viertel der Panelmitglieder (75%) halten die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären. Nur 8% weisen sie zurück, mit 17% ist der Anteil derer vergleichsweise niedrig, die sich darüber nicht im klaren sind. Jeweils rund die Hälfte meint, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung bzw. Klassenkampf heute tatsächlich zutreffen würden. Ein reichliches Viertel (35%) hält die damalige Behauptung heute für richtig, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen sei. Der signifikante Anstieg von 27% 2002 auf 35% 2003 ist vermutlich im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Irak zu sehen.

Erwähnenswert ist, dass die Frage nach der heutigen Existenz von Ausbeutung überdurchschnittlich bejaht wird von den Arbeitern (54%), den Arbeitslosen (56%) und jenen, die sich unter „etwas anderes“ eingetragen haben (die überwiegend als Beamte tätig sind): 70% ! Außerdem wird diese Frage desto häufiger bejaht, je stärker Angst vor eigener Arbeitslosigkeit besteht bzw. je unsicherer der Arbeitsplatz wahrgenommen wird.

Diese Daten verweisen auf erhebliche Nachwirkungen politischer Erziehung und Bildung in der Schulzeit, zweifellos im Zusammenspiel mit aktuellen Erfahrungen und Beobachtungen.

Das geht auch aus der mehrheitlichen Zustimmung zu der These hervor: „Es war nicht alles falsch, was wir früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Diese Formulierung war in den zurückliegenden Jahren sehr oft bei den verbalen Angaben der Panelmitglieder zu lesen; seit der 14.

Welle wurde sie deshalb als Fragestellung vorgegeben, um ihre Verbreitung genauer quantifizieren zu können:

Tabelle 34: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
2000	38	35	(73)	19	6	2	2,00
2002	38	35	(73)	20	6	1	1,97
2003	41	33	(74)	18	5	3	1,97

Zu dieser Aussage besteht ein breiter Konsens: Rund drei Viertel stimmen der These mit außerordentlich hoher Konstanz zu, nur eine Minderheit lehnt sie ab.

12.2.2 Langzeitwirkungen früherer sozialistischer Systembindungen

Von besonderem Interesse ist der Nachweis von Langzeitwirkungen der Systembindungen vor der Wende. Das ist nur im Rahmen einer Längsschnittstudie möglich. Auf der Grundlage der im Frühjahr 1989 (am Ende der 10.Klasse) gewonnenen Daten zur Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als zentralem Erziehungsziel wurde nachgewiesen, dass die damaligen Bindungen je nach ihrer Ausprägung die heutigen politischen Einstellungen signifikant und relevant beeinflussen. Exemplarisch belegen wir das anhand der Einstellung zur politischen Wende:

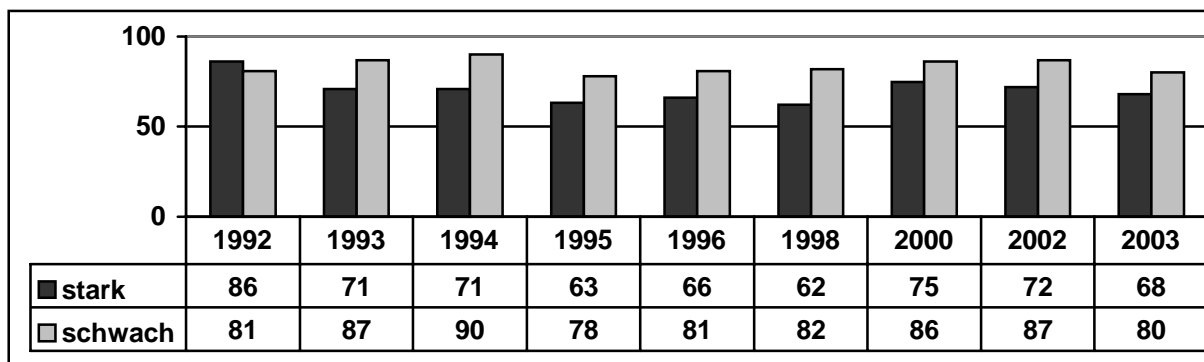
Tabelle 35: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und heutiger Einstellung zur politischen Wende (2003)
„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>Systembindung Frühjahr 1989</i>							
stark	48	20	(68)	24	6	2	1,95
mittel	47	31	(78)	17	5	0	1,81
schwach	59	21	(80)	16	4	0	1,65

(N = 404; r = -.14; P = .007)

Je stärker die damalige Systembindung war, um so schwächer fällt 2003 die Bejahung der Wende aus, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Diese Erscheinung war auch schon in den vorangegangenen Welle zu beobachten:

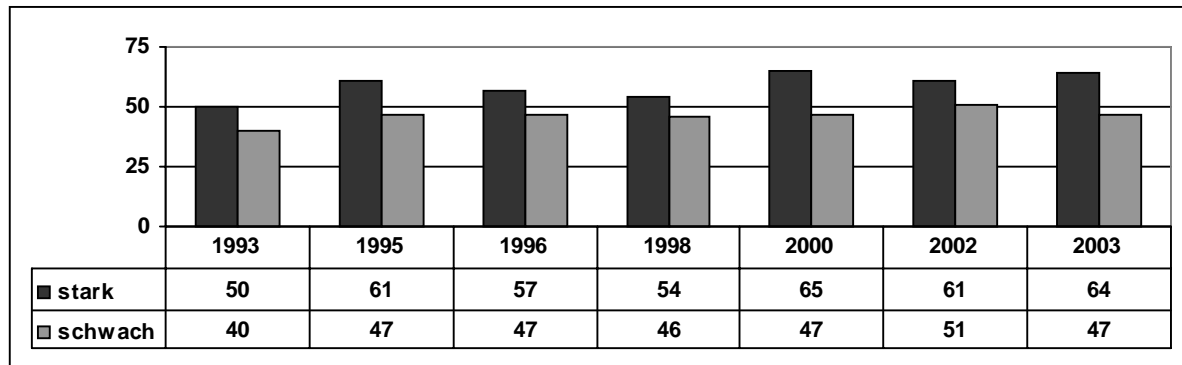
Abbildung 67: Bejahung der Wende bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1992 – 2003 (AP 1 +2 wurden zusammengefasst)



Bis auf die Angaben von 1992 unterscheiden sich alle Prozentverteilungen der beiden Extremgruppen

signifikant (Pt: 1993 = .038; 1994 = .003; 1995 = .009; 1996 = .014; 1998 = .004; 2000 = .001; 2002 = .000; 2003 = .002). Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, bejahen die Wende zwar ebenfalls mehrheitlich, jedoch signifikant weniger häufig als jene, die nur schwach systemverbunden waren. Ähnliche Trends liegen für weitere politische Einstellungen vor, z.B. für die Bejahung sozialistischer Ideale, Zufriedenheit mit dem politischen System und die Zustimmung zu der These, bei der DDR habe es sich um einen „Knast für die Bürger“ gehandelt. Die folgende Abbildung belegt die durchaus relevanten Ergebnisse für die Identifikation mit sozialistischen Idealen:

Abbildung 67 a: Heutige Identifikation mit sozialistische Idealen bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1993 – 2003 (AP 1 +2 wurden zusammengefasst)



Auch in diesem Falle unterscheiden sich die Prozentverteilungen mit Ausnahme 1993 signifikant (Pt 1993 = .117; 1995 = .009; 1996 = .010; 1998 = .005; 2000 = .004; 2002 = .001; 2003 = .000). Die generelle Zunahme der Identifikation mit sozialistischen Idealen in diesem Zeitraum geht überwiegend auf jene Panelmitglieder zurück, die vor der Wende stark systemverbunden waren.

Die bisherigen Ergebnisse lassen die Annahme zu, dass der nachweisbare Einfluss früherer starker Systembindungen vor allem bei jenen TeilnehmerInnen hervortritt, die bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten.

13. Anhang

13.1 Weitere Angaben zur Untersuchungspopulation

Tätigkeitsstatus

Tabelle A 1: Tätigkeitsstatus der TeilnehmerInnen 2003, nach Geschlechtergruppen differenziert (Spaltenprozente)

Tätigkeit	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte	41	32	48
Arbeiter	21	34	9
Zu Hause/Erziehungsurlaub	13	0	24
Selbstständiger	6	11	2
Arbeitslos	9	9	9
Student	3	4	2
Lehrling	0	1	0
Etwas anderes	7	9	6

(Unter der Rubrik „etwas anderes“ haben sich vor allem Beamte/Beamtinnen eingetrag.)

Die meisten TeilnehmerInnen waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (m = 66%, w = 57%) 6% haben sich selbstständig gemacht, darunter 11% der jungen Männer, aber nur 3% der jungen Frauen.

2. Partnerbeziehungen

Bereits seit 1992 werden die Partnerbeziehungen erfragt, die sich seitdem erwartungsgemäß stark verändert haben:

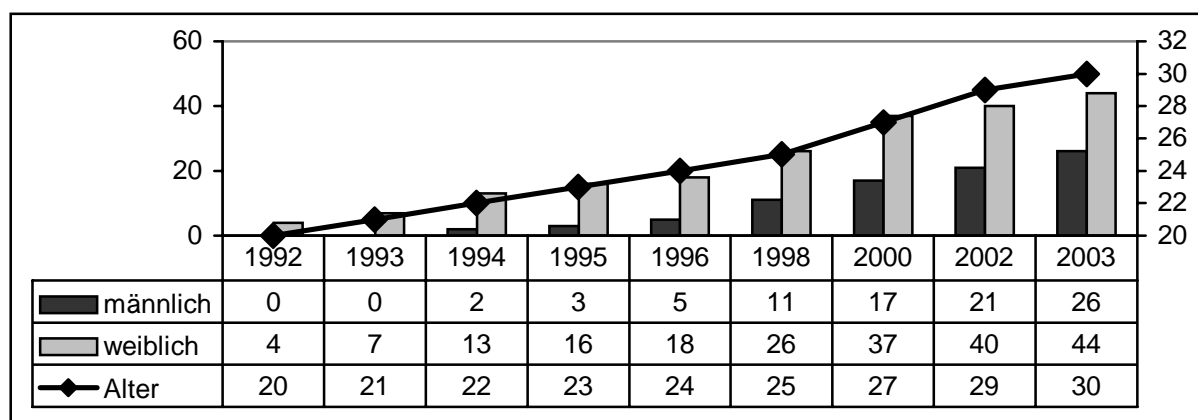
Tabelle A 2: Partnerbeziehungen 2003, differenziert nach den Geschlechtergruppen

	1	2	3	4	5	(2,3,4= feste Bindung)
männlich	25	31	17	26	1	(74)
weiblich	12	24	17	44	3	(85)
Gesamt	18	27	17	35	2	(79)

Im Jahr 2003 waren - im Durchschnitt 30,1 Jahre alt - 44% der weiblichen Panelmitglieder gegenüber 26% der männlichen verheiratet. In der Gesamtgruppe gilt das für 35%. Das entspricht fast auf das Prozent genau dem Durchschnitt aller 30 bis 31-Jährigen in Sachsen (2001: 36,4%; siehe Statistisches Jahrbuch Sachsen 2002, S.37), ein wichtiger Beleg für die Repräsentativität dieser Studie!

Interessant ist der Trend seit 1992, bei dem der unterschiedliche Verlauf in den Geschlechtergruppen deutlich hervortritt:

Abb. A 1: Anteil der verheirateten Panelmitglieder im Trend 1992 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert (Altersangabe für das jeweilige Jahr gerundet)



Das durchschnittliche Erstheiratsalter der Sachsen ist übrigens in den letzten Jahren deutlich angestiegen: Bei den Männern von 26,0 Jahren 1991 auf 31,1 Jahre 2001; bei den Frauen von 23,9 auf 28,4.

3. Zahl der Kinder, Kinderwunsch

Der Anteil der Panelmitglieder mit eigenen Kindern hat gegenüber 2002 weiter zugenommen:

Tabelle A 3: Zahl der Kinder im Trend 2000, 2002 und 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert

Jahr	Alter	kein Kind	ein Kind	zwei und mehr Kinder	X
<i>männlich</i>					
2000	27,2	79	15	6	0,27
2002	29,0	69	21	10	0,42
2003	30,0	64	24	12	0,49
<i>weiblich</i>					
2000	27,2	53	38	9	0,57
2002	29,0	45	38	17	0,71
2003	30,0	37	41	22	0,87

Im Jahr 2003 haben 36% der jungen Männer und 63% der jungen Frauen eigene Kinder.

Beim Kinderwunsch hat sich gegenüber 2000 und 2002 nur wenig verändert:

Tabelle A 4: Zahl der gewünschten Kinder 2000 und 2002, nach Geschlechtergruppen differenziert

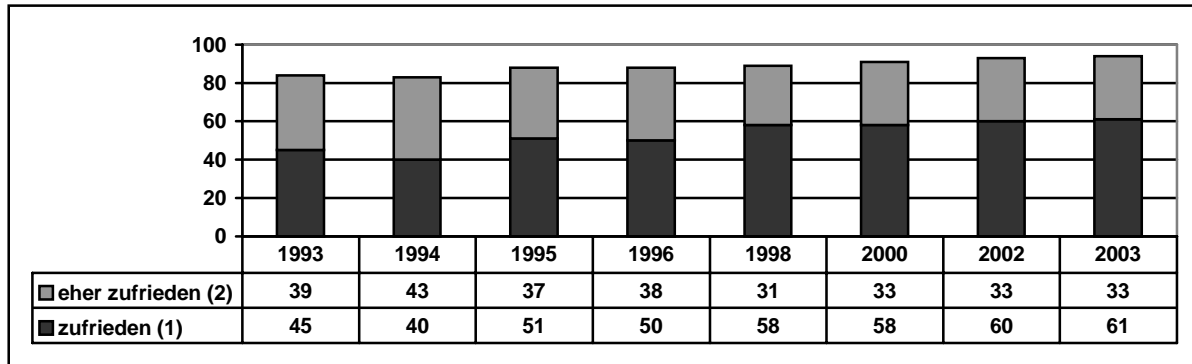
Jahr	Alter	kein Kind	ein Kind	zwei Kinder	drei und mehr K.	X
<i>männlich</i>						
2000	27,2	11	23	59	7	1,65
2002	29,0	8	28	55	9	1,66
2003	30,0	9	27	55	9	1,65
<i>weiblich</i>						
2000	27,2	5	32	56	7	1,64
2002	29,0	8	31	55	6	1,60
2003	30,0	6	31	54	9	1,66

91% der jungen Männer und 94% der jungen Frauen wünschen sich 2003 ein oder mehr Kinder, im Durchschnitt 1,65 Kinder bei den Männern und 1,66 bei den Frauen.

4. Wohnverhältnisse

Der Anteil derer, die aus dem Elternhaus ausgezogen und in „eigene Wände“ eingezogen sind, hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Im Jahr 2003 traf das für 94% der Panelmitglieder zu (m = 91%, w = 96%). Das ist auch ein wichtiger Grund dafür, dass die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen seit 1993 deutlich angestiegen ist, insbesondere in ihrer uneingeschränkten Ausprägung:

Abb. A 2: Zufriedenheit mit den eigenen Wohnverhältnissen im Trend 1993 bis 2003. Anteile der zufriedenen (1) bzw. eher zufriedenen Panelmitglieder (2)

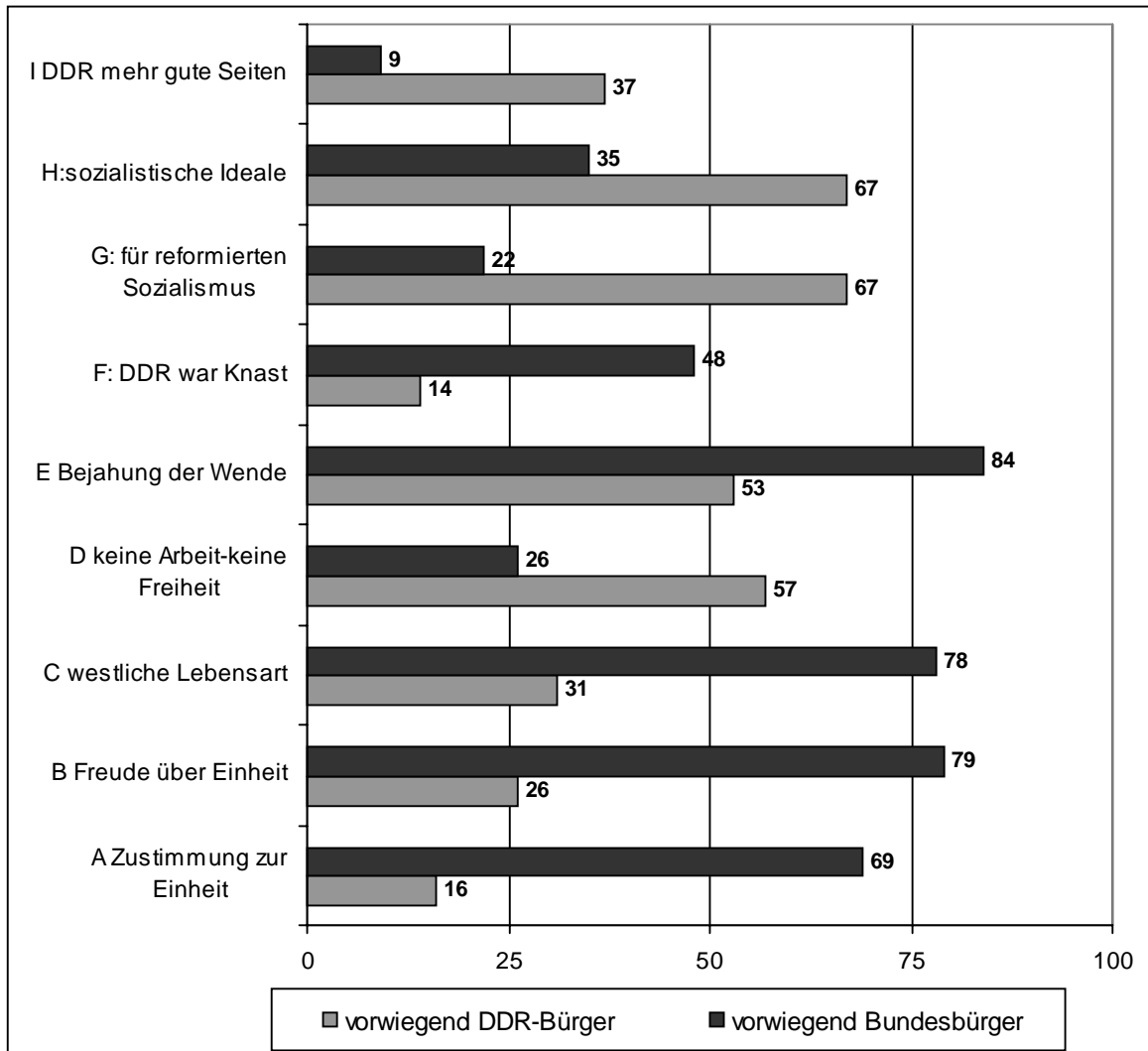


Fragetext: Mit meinen Wohnverhältnissen bin ich 1 zufrieden, 2 eher zufrieden als unzufrieden, 3 eher unzufrieden als zufrieden, 4 unzufrieden

13.2 Zusatztabelle bzw. - Abbildungen

Wie in ihren Erfahrungen unterscheiden sich die Panelmitglieder vielfach in ihren politischen Einstellungen, je nachdem, ob sie sich vorwiegend als DDR-Bürger oder vorwiegend als Bundesbürger fühlen. Wir stellen die beiden Extremgruppen gegenüber:

Abbildung A 3: Politische Einstellungen von Panelmitgliedern, die sich 2003 vorwiegend als DDR-Bürger bzw. vorwiegend als Bundesbürger fühlen (zu 6.1)



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

A: Zustimmung zur deutschen Einheit: sehr dafür (43%)

B: Freude über die deutsche Einheit: sehr stark/stark (58%)

C: westliche Lebensart gefällt: vollkommen/im großen und ganzen (51%)

D: Zustimmung zur Aussage „Ohne Arbeit keine Freiheit“ (43%)

E: Zustimmung zur Aussage „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt wurde“ : sehr stark/stark (75%)

F: Zustimmung zur Aussage „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen lebenslangen Knast“: sehr stark/stark: (33%)

G: Zustimmung zur Aussage „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung“: sehr stark/stark (40%)

H: Identifikation mit sozialistischen Idealen heute: sehr dafür/eher dafür als dagegen (54%)

I: Hatte DDR mehr gute oder mehr schlechte Seiten oder beides: mehr gute Seiten (18%)

Schon optisch ist erkennbar, dass sich beide Extremgruppen erheblich voneinander unterscheiden. So bejahen z.B. von den Panelmitgliedern, die sich noch vorwiegend als DDR-Bürger fühlen, 67% sozialistische Ideale (H) gegenüber 35% derer, die sich schon überwiegend als Bundesbürger fühlen. Daraus (und aus den anderen Gegenüberstellungen) geht hervor, dass die staatsbürgerliche Identifikation mit der DDR einerseits und der Bundesrepublik andererseits keineswegs ein

Zufallsprodukt ist, sondern ein Politikum ersten Ranges darstellt, das den Identifikationswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger in zugespitzter Weise widerspiegelt.

13.3 Antworten auf offene Fragen

Im zweiten Teil der bereits erwähnten offenen Frage zum Krieg gegen den Irak wurden die TeilnehmerInnen gebeten, ihre Überlegungen dazu etwas ausführlicher zu notieren:

„Wenn Sie noch etwas Zeit haben: Bitte beschreiben Sie stichwortartig, was Sie im Zusammenhang mit diesem Krieg bewegt, welche Auffassungen Sie dazu haben. Gehen Sie dabei möglichst mit auf die folgenden Fragen ein:

- a) worum ging/geht es Ihrer Meinung nach bei diesem Krieg?
- b) In wessen Interesse wurde/wird er geführt?
- c) Sind Panzer und Bomben geeignete Mittel zur Einführung von Demokratie und Menschenrechten?“

Wir führen hier einige typische ablehnende Formulierungen an, die meist sehr ausführlich waren, Ausdruck einer gründlichen Beschäftigung mit diesem Thema:

„a) um die Neuverteilung der Ölrechte.

b) im Interesse der USA und der erdölfördernden Wirtschaftslobby.

c) Es ging nie um die Einführung von Demokratie und Menschenrechten. Dass eine solche Mission jämmerlich schief gehen kann, beweist die Aktion Afghanistan. Ich denke, dass Demokratie und Menschenrechte sowie der Wunsch danach bei den Menschen eines Staates selbst entstehen und erkämpft werden müssen. So etwas kann nicht von außen künstlich erzeugt werden. Alles andere halte ich für Augenwischerei. Die USA ist mit Sicherheit kein Friedens- und Demokratiebringer.“

„Den Vereinigten Staaten ging es ausschließlich um ihre Wirtschaftsmacht und die Ölförderung...Ich verteidige keinesfalls die von Hussein im Irak geführte Politik. Doch es hätte eine diplomatische Lösung geben müssen. Man kann Gewalt nicht mit noch größerer Gewalt bekämpfen. Als Grundschullehrerin versuche ich täglich, den Kindern einen friedvollen Umgang untereinander zu vermitteln. Es darf nicht sein, dass stets der Stärkere seinen Willen durchsetzt. Dafür sind wir Menschen und keine Raubtiere. Es darf nicht sein, dass die USA der ganzen Welt ihre Meinung aufdiktieren...“

Beweis für die rein wirtschaftlichen Interessen der USA... ist die Unfähigkeit einer möglichst schnellen Sicherstellung geregelten Lebens der Bevölkerung im Irak nach dem Krieg. Das Ölministerium wurde besetzt, Ölfelder bewacht, aber gegen Plünderungen von Museen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen wurde nichts unternommen.“

„Einerseits bin ich dafür, dass Leute wie Bin Laden und Saddam Hussein weg müssen (am besten tot), aber einen Krieg zu beginnen..., obwohl so viele Protestaktionen liefen, viele Länder dagegen waren – ist nicht in Ordnung. Da spielten sicherlich auch ganz andere Gründe ein Rolle. Bleibt nur zu hoffen, jetzt wo der Krieg beendet ist, dass es den Menschen dort auch etwas bringt. Den Wiederaufbau dürfen wir ja nun wieder alle bezahlen!“

„Der Krieg war für meine Begriffe nur Rache und Vergeltung. Es sollte gezeigt werden, wer das letzte Wort hat oder wer der Stärkere ist. ... Jedoch habe ich generell etwas gegen Krieg mit Waffen, bei dem immer nur Unschuldige leiden.

Ehrlich gesagt hatte ich wirklich Angst, dass Deutschland mit hineingezogen wird oder gar ein neuer Weltkrieg ausbricht, und ich bin froh, dass es nicht dazu gekommen ist!“

„Ich denke, es war der Versuch der USA, der Welt zu beweisen, wer ‚Weltmacht‘ ist und hat. Hinter der Fassade von Menschlichkeit und Gottesglaube freuten sich Rüstungs- und Ölindustrie über in Aussicht gestellte Gewinne. Krieg und Gewalt sind nie der richtige Weg... Bleibt zu hoffen, dass lachen, spielen, genug zu essen und eine optimale medizinische Versorgung für die Kinder des Irak bald zur Selbstverständlichkeit zählen.“

„a) Um Ölreserven, Ankurbeln der amerikanischen Wirtschaft über die Rüstungsindustrie, Ausprobieren neuer Waffensysteme. b) im Interesse der Öl- und Rüstungsindustrie Amerikas. c) Nein! Es gibt andere Möglichkeiten, Diktatoren zu stürzen, z. B. internationale Polizeiaktionen.“

Einige antworteten nur sehr kurz:

„a) Öl
b) USA
c) niemals“

13.4 Literatur, Angaben zum Verfasser

Veröffentlichungen des Verfassers zur Jugend in der DDR bzw. in Ostdeutschland (Auswahl):

Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In : W. Friedrich / P. Förster / K. Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999

Zwischen Wende und Ende der DDR. Ergebnisse der Meinungsforschung des ZIJ. A.a.O.

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99

„Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv, H. 2/2001

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/2003

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. In: Sabine Andresen/Karin Bock/Micha Brumlik/Hans-Uwe Otto/Mathias Schmidt/Dietmar Sturzbecher (Hg.): Vereintes Deutschland – geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003.

Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. In: Deutschland Archiv 1/2004

Zusammen mit:

G. Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990

W. Friedrich: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4 und 7/1991

W. Friedrich: Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/1992

W. Friedrich / H. Müller / W. Schubarth: Jugend Ost - Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen 1993

W. Friedrich: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996

W. Friedrich: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996

U. Schlegel (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen 1997

W. Friedrich / K. Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999

Darüber hinaus zitierte Literatur:

Statistisches Jahrbuch Sachsen 2002. 11. Jahrgang. Herausg.: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

W. Weidenfeld/K.-R. Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation. Stuttgart 1991

Zur Thematik „Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder und Gesundheit/Befindlichkeit“ sind weiterhin erschienen:

H. Berth / P. Förster / E. Brähler: Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen (im Druck, erscheint in: Jahrbuch für Kritische Medizin. Band 39/2003)

H. Berth / P. Förster / E. Brähler: Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen (im Druck, erscheint in: Das Gesundheitswesen 65/2003)

Zum Verfasser:

Prof. Dr. sc. paed; geboren 1932. 1959 bis 1965 wissenschaftlicher Assistent/Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig/Institut für Pädagogik.

1966 bis 1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ).

Ab 1991 nach Abwicklung des ZIJ und Arbeitslosigkeit Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialanalysen, Teilnahme an mehreren Forschungsprojekten zur ostdeutschen Jugend; seit 1999 Ruhestand; Fortsetzung sozialwissenschaftlicher Forschung auf ehrenamtlicher Basis, Fortsetzung der Sächsischen Längsschnittstudie.

Zahlreiche Publikationen zur Jugendentwicklung in der DDR bzw. in Ostdeutschland (vielfach zusammen mit W. Friedrich), sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung.

E-Mail: prof.foerster@gmx.de

13.5 Zusatzinformation zur Einstellung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien

1. Vorbemerkungen

Anliegen dieses Zusatzberichtes ist es, das Kapitel 5 der „Erstinformation“ zum Schwerpunkt „Zunehmende Distanz gegenüber den Parteien“ durch weitere, differenziertere Daten zu ergänzen, insbesondere zur PDS.

Grundlage der dargestellten Ergebnisse sind die endgültigen Daten der 17. Welle (N = 419), deshalb sind gegenüber der „Erstinformation“ geringe, unwesentliche Abweichungen möglich.

Die Sächsische Längsschnittstudie wird in der „Erstinformation“ ausführlich vorgestellt (vgl. Seite 7 ff.). Wir verweisen hier nur noch einmal darauf, dass die Daten aus der 17. Welle dieser Studie stammen, die im Frühsommer (April bis Juli) 2003 durchgeführt wurde und an der sich 419 Panelmitglieder beteiligten. Das Durchschnittsalter beträgt 30,1 Jahre. Ein knappes Viertel der Panelmitglieder lebt im Westen (22%) bzw. im Ausland (1%).

Die Ergebnisse, insbesondere die Trends und die Zusammenhänge können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten, insbesondere höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt.

Vorab ist zu erwähnen, dass die Einstellung zu den Parteien seit 1991/92 nicht mittels Sonntagsfrage ermittelt wird, sondern a) über die Ausprägung des Vertrauens der UntersuchungsteilnehmerInnen zu den verschiedenen Parteien, sowie b) über die Angabe jener Partei, von der sie ihre Interessen am besten vertreten sehen (hier als Parteipräferenz bezeichnet).

Einige wenige Dopplungen gegenüber dem Hauptteil des Berichtes nehmen wir hier in Kauf, damit dieser Teil seinen selbstständigen Charakter behält.

2. Vertrauen gegenüber den Parteien

2.1 Ausprägung des Vertrauens gegenüber den Parteien im Jahr 2003

Wir stellen eine Tabelle voran, aus der hervorgeht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den Parteien haben. Die Republikaner bzw. andere rechte Parteien nennen wir hier nur der Vollständigkeit halber, danach gehen wir nicht mehr auf sie ein.

Tabelle 1: Vertrauen zu den Parteien 2003 (N= 419)
 „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

	1	2	(1+2)	3	4	X
CDU/CSU	2	18	(20)	49	29	3,06
SPD	0	12	(12)	54	34	3,21
FDP	1	8	(9)	44	47	3,36
B 90/Grüne	1	9	(10)	41	49	3,38
PDS	1	8	(9)	41	50	3,40
Republikaner oder andere rechte Partei	0	2	(2)	13	85	3,83

Das Vertrauen der Panelmitglieder zu den demokratischen Parteien ist 2003 (wie auch in den vorhergehenden Jahren, s. u.) generell sehr schwach ausgeprägt, der Anteil derer mit sehr großem bzw. großem Vertrauen (AP 1+2) schwankt lediglich zwischen 9% und 20%. Die Geschlechtergruppen

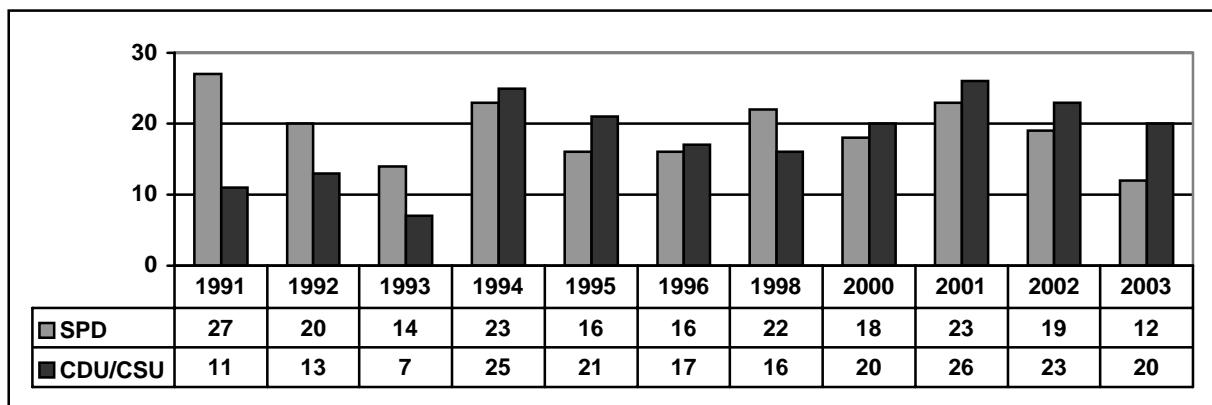
unterscheiden sich wenig, die jungen Frauen äußern etwas häufiger als die jungen Männer Vertrauen zu B90/Grüne und SPD.
60% äußern 2003 zu keiner der angegebenen demokratischen Parteien sehr großes/großes Vertrauen, der bisher größte Anteil seit 1992 (siehe Abb. 3).

2.2 Vertrauen zu den demokratischen Parteien im Trend

Bei den Trends beschränken uns hier auf die Angaben zu den demokratischen Parteien.

Bereits von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP (und Republikaner). Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

Abbildung 1 : Entwicklung der Quoten sehr großen/ großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2003 (die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



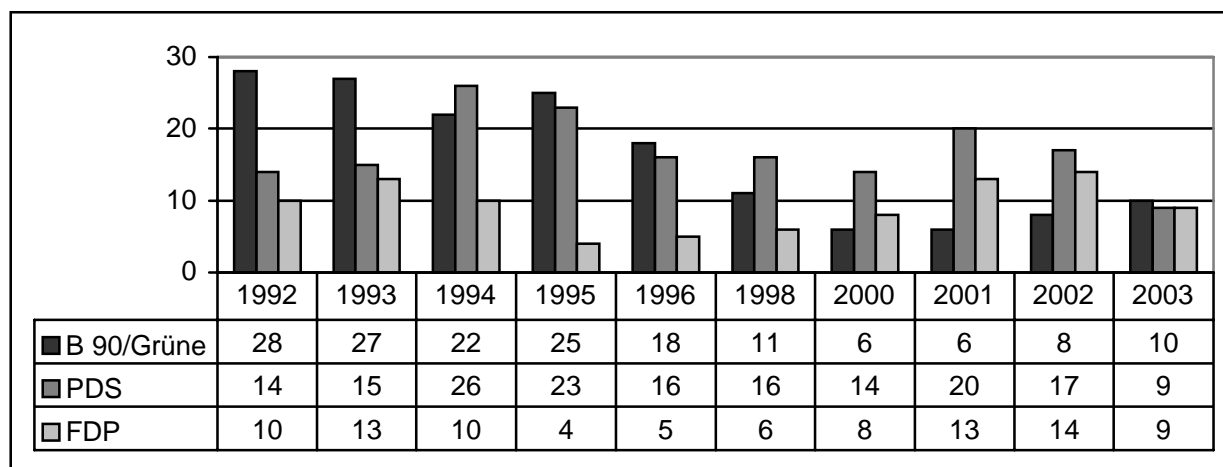
Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Bemerkenswert ist (besonders im Vergleich mit der SPD) das sehr schwache Vertrauensniveau zu CDU/CSU zwischen 1991 (dem Beginn unserer Messungen) und 1993. Nach einem starken Anstieg 1994 (Bundestagswahlen!) setzte danach ein starker Rückgang ein. Äußerten 1994 noch 25% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen zu CDU/CSU, sank dieser Anteil bis 1998 (die Untersuchung 1998 fand vor dem Regierungswechsel statt) kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System. Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Bei der SPD fällt der starke Vertrauensverlust zwischen 1991 und 1993 ins Auge sowie der deutliche Anstieg in den Wahljahren 1994 und 1998. Nach 2001 gehen die Vertrauensquoten gegenüber der SPD stark zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert der Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System (ausf. s. „Erstinformation“).

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 2: Entwicklung der Quoten sehr großen/großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2003 (die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)

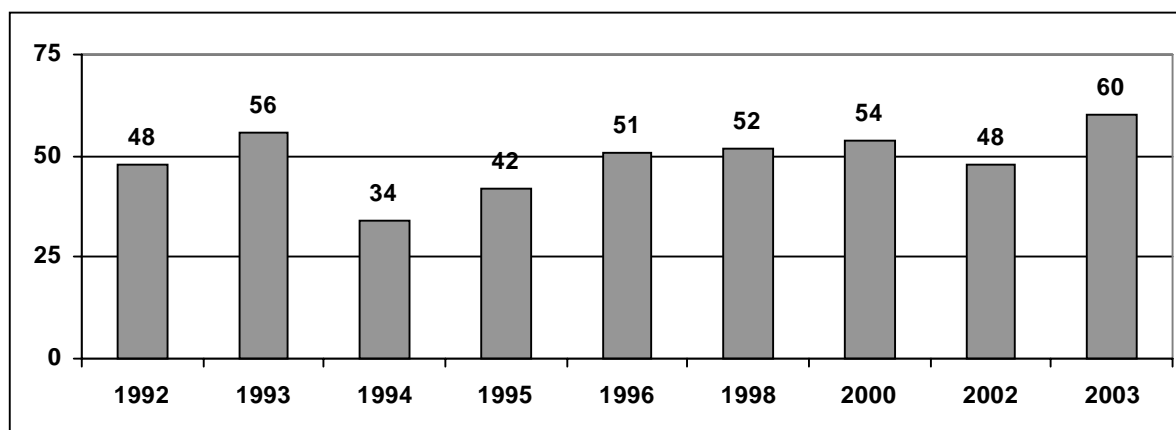


Auffällig ist insbesondere der steile Absturz der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre. Seit 2002 ist das Vertrauen tendenziell angestiegen. Auffällig ist auch der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang, der 2001 gestoppt schien, sich danach jedoch erneut fortsetzte. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP zwischen 1996 und 2002, der 2003 ein Rückgang folgte.

Korrelationen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Im Gegenteil: In den vergangenen 11 Jahren hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, erhöht:

Abbildung 3: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien (SPD, CDU/CSU, PDS, FDP, B90/Grüne) sehr großes (Antwortposition 1) oder großes (2) haben, im Trend 1992 bis 2003

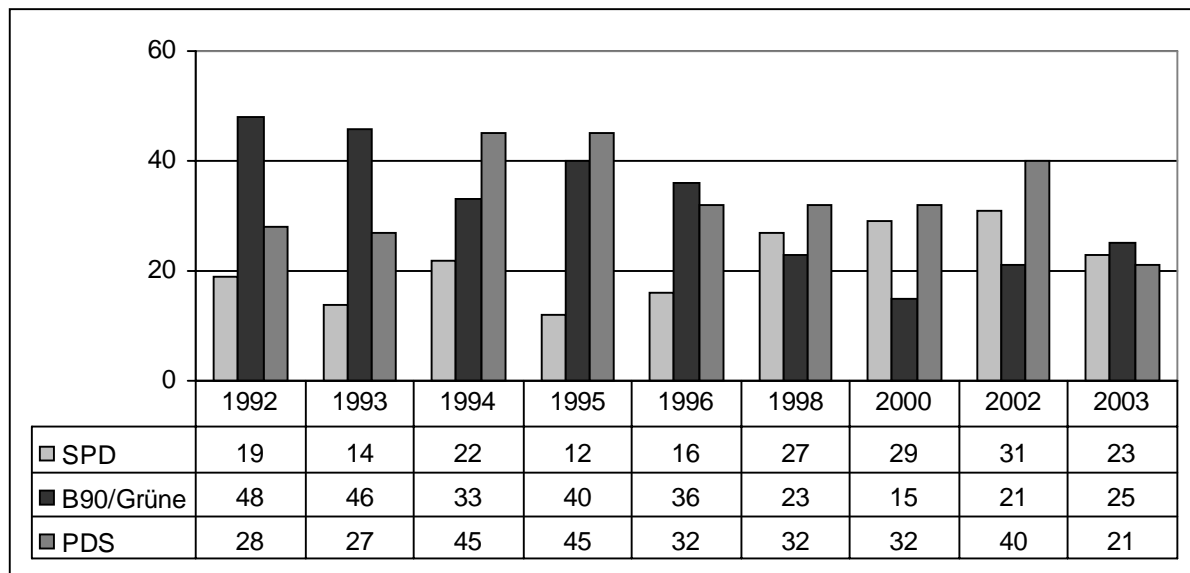


Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil sehr hoch, ging 1994 (Bundestagswahlen!) deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 60% im Jahre 2003, die bisher höchste Quote seit 1992. Für die Politik sollte diese Entwicklung ein Alarmsignal sein, zumal der Anstieg dieser Teilgruppe sich vielfach auf weitere politische Einstellungen auswirkt: So bejahen von diesen Panelmitgliedern nur 14%, mit dem politischen System zufrieden zu sein (Gesamtdurchschnitt: 22%) bzw. nur 30% mit der Demokratie zufrieden zu sein (Gesamtdurchschnitt 38%).

2.3 Vertrauen der Linksorientierten zu den linken Parteien

Wir bleiben noch bei den Parteien des linken Spektrums und fragen danach, wie groß das Vertrauen zu ihnen bei denen ist, die sich zum jeweiligen Befragungszeitpunkt als Linke fühlen (zur Entwicklung der Links-Rechts-Einordnung siehe 4.1, Abb. 8):

Abbildung 4: Anteile der Linksorientierten mit sehr großem/großem Vertrauen zu den Parteien des linken Spektrums im Trend 1992 bis 2003



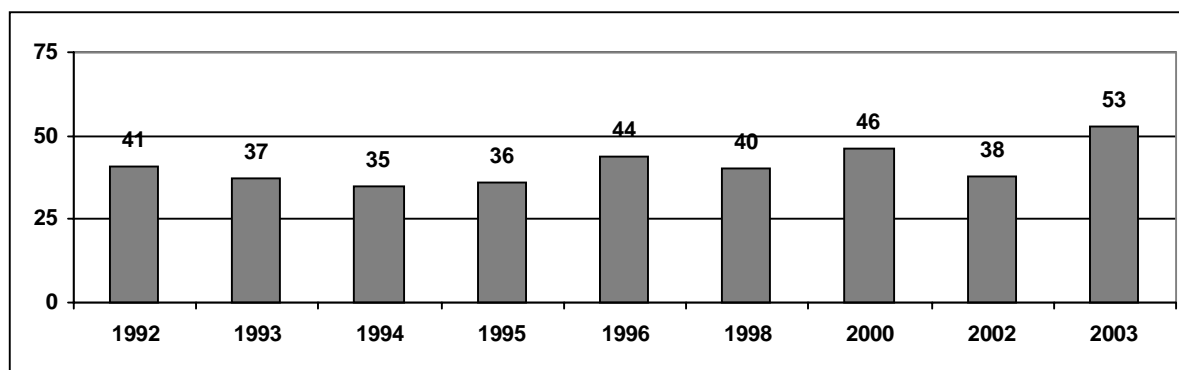
Auch bei den Linksorientierten verlief der Prozess der Vertrauensbildung gegenüber den linken Parteien sehr differenziert. Auffällig ist insbesondere der Vertrauensabsturz bei den Linksorientierten gegenüber B90/Grüne: Äußerten Anfang der 90er Jahre noch fast die Hälfte von ihnen sehr großes oder großes Vertrauen (1992 48%, 1993 46%), waren das nach Schwankungen 1994/95 im Jahr 2000 nur noch 15%; danach stieg der Anteil wieder leicht an.

Die PDS genoss Mitte der 90er Jahre (1994/95) das Vertrauen von knapp der Hälfte der Linksorientierten unserer TeilnehmerInnen, zwischen 1996 und 2000 nur noch von rund einem Drittel. 2002 stieg dieser Anteil auf 40% an, sank aber 2003 auf den bisher niedrigsten Wert von 21%.

Bei der SPD ist zwischen 1992 und 1995 ein Wechsel von Anstieg und Rückgang auf einem niedrigen Niveau zu erkennen, dem danach ein Anstieg auf fast ein Drittel folgt, im Jahr 2003 fällt die Quote wieder deutlich auf rund ein Viertel ab. Damit sind alle drei linken Parteien auf ein fast einheitliches niedriges Niveau abgesunken.

Interessant ist der Anteil der Linksorientierten, die zu keiner der drei linken Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben:

Abbildung 5: Anteile der Linksorientierten, die zu keiner der drei Parteien des linken Spektrums sehr großes/großes Vertrauen haben, im Trend 1992 bis 2003



Wie schon der Anteil der Panelmitglieder sehr hoch war (insbesondere 2003), die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen äußern (2003 60%, siehe Abb. 3), ist dieser Anteil auch bei den Linksorientierten unter ihnen gegenüber den linken Parteien sehr hoch (2003 53%).

2.4 Vertrauen zur PDS differenziert betrachtet

Wir betrachten das Vertrauen zur PDS 2003 noch etwas differenzierter:

Tabelle 2:

	„Inwieweit haben Sie Vertrauen zur PDS?“					X
	1 sehr großes	2 großes	3 geringes	4 überhaupt keins		
	1	2	(1+2)	3	4	
männlich	1	8	(9)	36	55	3,45
weiblich	1	7	(8)	46	46	3,36
lebt im Osten	0	8	(8)	42	50	3,39
lebt im Westen	2	7	(9)	39	52	3,40
mit Studium	1	10	(11)	48	41	3,29
ohne Studium	1	7	(8)	38	54	3,45

Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen in dieser Beziehung keine Unterschiede, auch die Wohnregion (Ost/West) hat keinen Einfluss. Panelmitglieder mit Studium (nach der Wende absolviert, mit oder ohne Abschluss) unterscheiden sich von denen ohne Studium zwar signifikant ($P = .027$), aber nur insofern, dass Erstere weniger häufig geringes oder kein Vertrauen äußern. Auch der Tätigkeitsstatus differenziert nicht.

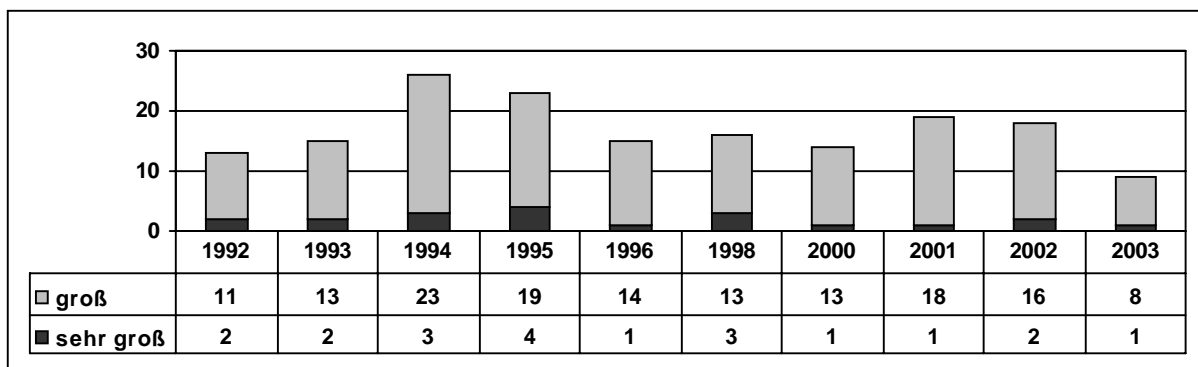
Wir wenden uns der Entwicklung des Vertrauens zur PDS seit 1992 zu.

Tabelle 3: Entwicklung des Vertrauens zur PDS zwischen 1992 und 2003
 „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“

	1 sehr großes	2 großes	3 geringes	4 überhaupt keins	X	
	1	2	(1+2)	3	4	
1992	2	11	(13)	35	52	3,37
1993	2	13	(15)	39	46	3,29
1994	3	23	(26)	34	40	3,11
1995	4	19	(23)	39	38	3,11
1996	1	14	(15)	40	45	3,28
1998	3	13	(16)	40	45	3,27
2000	1	13	(14)	46	40	3,25
2001	1	18	(19)	44	37	3,17
2002	2	16	(18)	45	37	3,18
2003	1	8	(9)	41	50	3,40

Betrachten wir dazu auch die folgende Abbildung:

Abbildung 6: Entwicklung des Vertrauens zur PDS zwischen 1992 und 2003. Anteile der Positionen 1 sehr großes und 2 großes Vertrauen



Der Unterschied der Ausprägung von 2003 zum Jahr 1994 mit der höchsten Vertrauensquote und selbst der Unterschied zwischen 2002 und 2003 (Halbierung der Quote) sind hoch signifikant ($P = .000$).

3. Einstellung zu den Parteien als Interessenvertreter

3.1 Ausprägung 2003

Tabelle 4: Präferenz der Parteien als Interessenvertreter 2003 (N = 419)
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“

	von keiner	SPD	CDU/CSU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	andere	n
Gesamt	48	12	19	2	6	8	5	0	419
männlich	41	14	23	3	5	8	6	0	193
weiblich	55	11	16	1	6	8	3	0	226
lebt im Osten	50	10	20	3	5	8	4	0	321
lebt im Westen	42	20	17	0	9	5	7	0	97
mit Studium	40	17	17	1	10	10	5	0	136
ohne Studium	52	10	21	3	3	7	4	0	265
aktueller Status:									
Arbeiter	54	9	22	4	1	8	2	0	87
Angestellte	49	14	17	2	9	6	3	0	167
Selbstständige	39	4	32	0	0	7	18	0	28
Hausfrau/-mann, Erziehungsurlaub	49	12	11	2	9	9	8	0	53
arbeitslos	47	5	24	5	5	11	3	0	38

Zunächst fällt auf, dass sich rund die Hälfte nicht von den angegebenen Parteien vertreten fühlt. Größere Quoten sind für CDU/CSU (19%) bzw. für die SPD (12%) ablesbar. Für die PDS entscheiden sich 2003 8%.

Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen keine signifikanten Unterschiede ($P = .103$), tendenziell fühlen sich weibliche Panelmitglieder noch weniger vertreten als männliche, außerdem nennen männliche häufiger als weibliche CDU/CSU.

Signifikant unterscheiden sich die Verteilungen in Abhängigkeit davon, ob die TeilnehmerInnen im Osten oder im Westen leben. Das macht sich insbesondere an der stärkeren Präferenz der SPD bei denen bemerkbar, die im Westen leben sowie daran, dass sich diejenigen, die im Osten leben, weniger häufig von den Parteien vertreten fühlen.

Auch das Bildungsniveau spielt eine gewisse Rolle: Panelmitglieder, die studiert haben (mit oder ohne Abschluss) betrachten 2003 häufiger SPD bzw. B90/Grüne als Interessenvertreter als jene ohne Studium; außerdem ist bei ihnen der Anteil geringer, die keine Partei als ihren Interessenvertreter ansehen.

Bei den ausgewählten größeren Statusgruppen fällt auf, dass die aktuell arbeitslosen Panelmitglieder überdurchschnittlich häufig CDU/CSU als Interessenvertreter betrachten (24%). Arbeiter und Angestellte unterscheiden sich nur insofern, dass Letztere häufiger B90/Grüne nennen. Starke Abweichungen sind bei denen erkennbar, die sich selbstständig gemacht haben: 32% von ihnen nennen CDU/CSU und weitere 18% die FDP.

3.2 Präferenz der Parteien als Interessenvertreter im Trend

Tabelle 5: Präferenz der Parteien als Interessenvertreter im Trend 1993 bis 2003
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“ (Spaltenprozent)

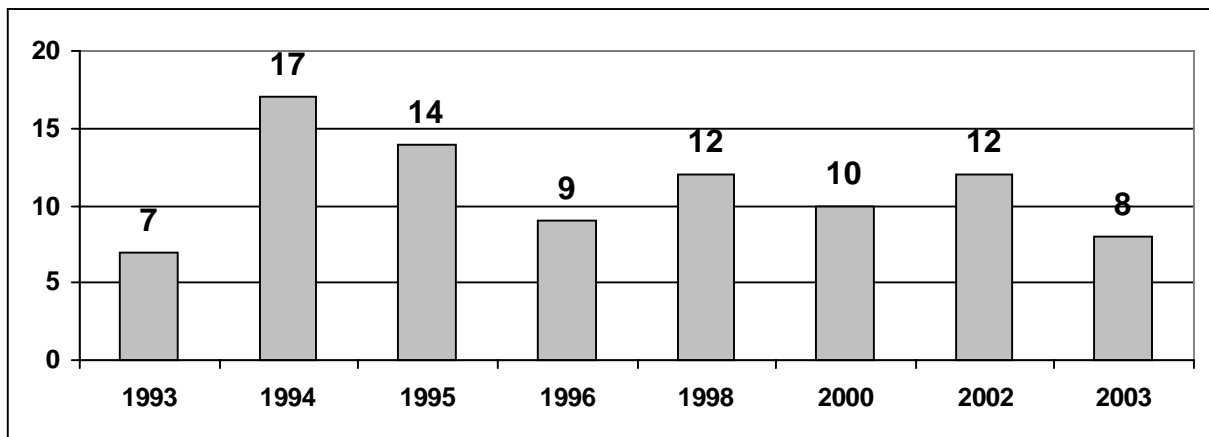
	93	94	95	96	98	00	02	03
CDU/CSU	7	19	20	16	12	20	20	19
SPD	9	14	9	11	18	14	14	12
PDS	7	17	14	9	12	10	12	8
B90/Grüne	15	11	8	10	6	3	3	6
FDP	5	2	1	2	1	3	4	5
Republikaner	5	3	2	3	2	2	1	2
von einer anderen	1	2	0	0	1	2	4*)	0
von keiner	51	32	46	49	48	46	42	48

*) 2002: Schillpartei

Diese Angaben können hier nicht umfassend interpretiert werden. Auffällig ist aber, dass seit dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) bei CDU/CSU sich ein zunehmender Trend andeutet, bei SPD dagegen ein negativer. Auffällig ist auch der markante Negativtrend bei B90/Grüne bis 2002, der 2003 gestoppt scheint.

Wir stellen den Trend für die PDS noch einmal grafisch dar:

Abbildung 7: Präferenz der PDS als Interessenvertreter im Trend 1993 bis 2003



Generell verweisen die angeführten Daten darauf, dass offensichtlich bisher kaum feste Bindungen an die Parteien entstanden sind. Darauf verweisen auch die bei Längsschnittstudien möglichen Längsschnittkorrelationen wie z. B. zwischen den Angaben der 16. Welle 2002 und der 17. Welle 2003, d.h. nach rund einem Jahr:

Tabelle 6: Längsschnittkorrelation zwischen den Angaben der Panelmitglieder zu der Partei, die ihre Interessen am besten vertritt, 2002 und 2003. Absolute Werte
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“
 (die Zahlen sind von links nach rechts zu lesen)

2003

	von keiner	SPD	CDU/CSU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	andere	n
<u>2002</u>									
von keiner	126	13	13	2	5	6	4	1	170
SPD	18	<u>26</u>	3	0	2	2	3	0	54
CDU/CSU	18	3	<u>54</u>	0	0	0	4	0	79
Republikaner	4	0	0	<u>2</u>	0	0	0	0	6
B90/Grüne	1	2	1	0	<u>10</u>	0	0	0	14
PDS	15!	2	1	1	5	<u>23</u>	0	0	47
FDP	5	2	2	0	0	0	<u>8</u>	0	17
Schillpartei (nur 2002)	5	1	4	4	0	0	0	0	14
	192	49	78	9	22	31	19	1	<u>401</u>

Wir können am Beispiel der PDS ablesen: Von den 47 Panelmitgliedern, die 2002 (als 29-jährige) die PDS als ihren Interessenvertreter ansahen, nennen ein Jahr später (nun als 30-jährige) nur 23 gleich 49% wieder diese Partei. Weitere 15 fühlen sich jetzt von keiner Partei vertreten, fünf präferieren jetzt B90/Grüne, zwei die SPD und je einer die CDU/CSU bzw. die Republikaner/andere rechte Partei. Insgesamt nennen nur 123 Panelmitglieder gleich 31% 2003 wieder dieselbe Partei als Interessenvertreter wie 2002! Gehen wir bis in das Jahr 1992 (8. Welle) zurück, dann verringert sich dieser Anteil auf 17%!

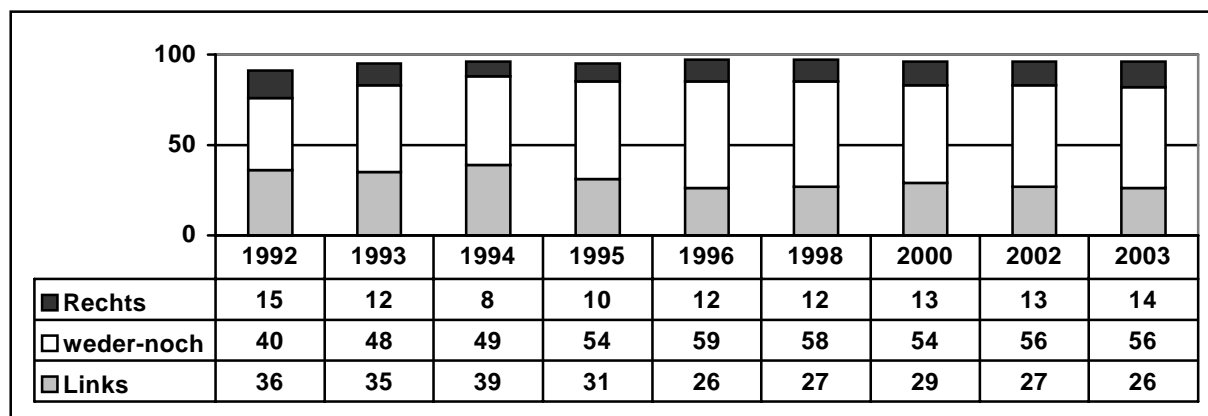
Selbst ein Vergleich zwischen den anderen zeitlich aufeinander folgenden Wellen (9. zur 10., 10. zur 11. usw.) fördert nur geringe Quoten konstanter Nennungen der Parteien zwischen 43% und 25% zu Tage.

4. Zu einigen weiteren Zusammenhängen

4.1 Parteipräferenz und Links-Rechts-Einordnung

Zuvor informieren wir über die Entwicklung dieser Einordnung im Rahmen unserer Studie zwischen 1992 und 2003:

Abbildung 8: Anteile Links- bzw. Rechtsorientierter und Vertreter der Mitte zwischen 1992 und 2003 (Differenz zu 100 %: Anteile derer, die sich nicht einordnen können bzw. wollen)
Die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst



Fragetext: „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“

- 1 links 2 eher links als rechts 3 weder- noch
4 eher rechts als links 5 rechts 0 Das weiß ich (noch) nicht

Ablesbar ist, dass der Anteil der Vertreter der Mitte (AP weder-noch) zwischen 1992 und 2003 deutlich angestiegen ist: von 40% 1992 auf 54% bis 59% ab 1996. Die Neigung, sich in der „Mitte“, weder links noch rechts zu positionieren, hat deutlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten von 36% 1992 auf 26% 2003 zurückgegangen; der Anteil der Rechtsorientierten ist unverändert gering, allerdings ist ab 1995 eine leichte zunehmende Tendenz zu registrieren (von 8% auf 14%). Der Anteil derer, die sich nicht einordnen können oder wollen, ist konstant sehr klein (3-4%).

Zu erwähnen ist, dass es sich bei dieser Selbsteinordnung um eine überdurchschnittlich stabile politische Orientierung handelt. Das lässt sich im Rahmen einer Längsschnittstudie exakt prüfen: Der Anteil derer, die zwischen den Wellen ihr politisches Selbstverständnis beibehalten haben, liegt seit 1992 zwischen 80% und 86% (2002 zu 2003: 86%). Selbst über den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2003 ist das bei 64% der Panelmitglieder der Fall.

Wir betrachten den informativen Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Einordnung und Parteien im Jahr 2003 aus beiden Richtungen:

Tabelle 7:

Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Einordnung und Parteipräferenz 2003

	Links-Rechts-Einordnung 2003:				n
	Links	weder- noch	Rechts	weiß nicht	
<u>Parteipräferenz 2003:</u>					
von keiner	17	67	12	4	202
SPD	55	35	10	0	51
CDU/CSU	7	67	20	6	80
Republikaner	0	0	89	11	9
B90/Grüne	67	25	0	8	24
PDS	72	25	3	0	32
FDP	10	70	20	0	20
(andere n=1)					
n	110	234	59	16	419
%	26	56	14	4	

	<u>Parteipräferenz 2003:</u>								n
	von keiner	SPD	CDU/CSU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	andere	
<u>L-R- Einordnung 2003</u>									
Links	32!	26	5	0	14	21	2	0	110
weder-noch	57	8	23	0	3	3	6	0	234
Rechts	41	7	27	14	0	2	7	2	59
(weiß nicht	50	0	31	6	13	0	0	0	16)

Interessant sind folgende Relationen: Von den PDS-Sympathisanten (d.h. von denen, die die PDS als ihre Interessenvertreterin ansehen) fühlen sich 72% als Linke (statistisch gesehen sind das aber nicht mehr als von den Sympathisanten von SPD und B90/Grüne, die Unterschiede sind nicht signifikant). Aus der umgekehrten Richtung ist ablesbar, dass von den Linksorientierten sich nur 21% von der PDS vertreten fühlen, 26% von der SPD, 14% von B90/Grüne, 5% von CDU/CSU und 32% sogar von keiner!

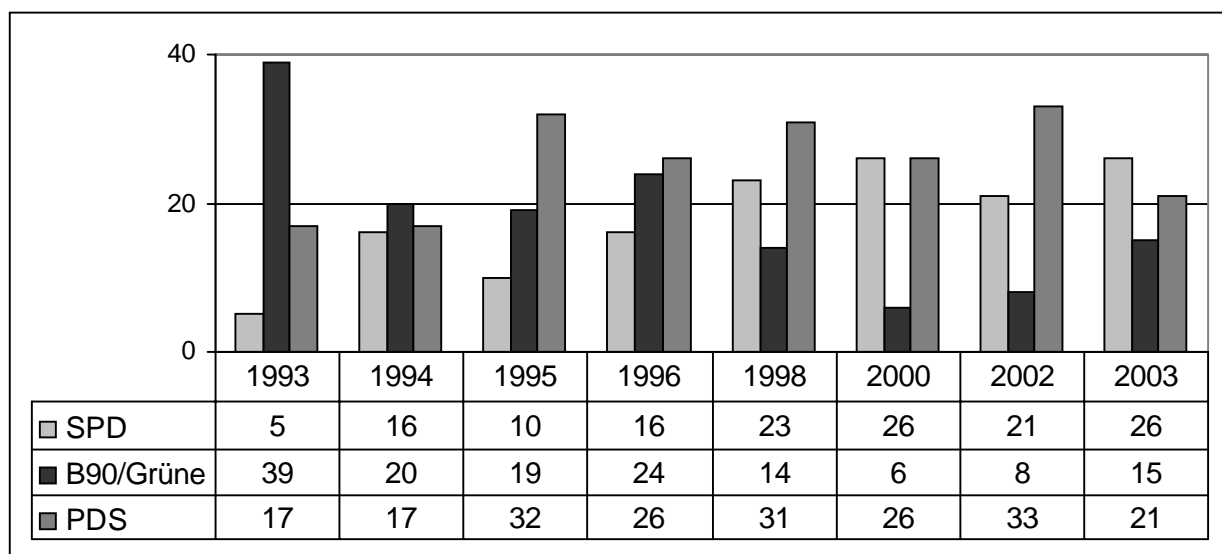
Für die Beurteilung dieser Werte können wir den Vorteil der Längsschnittstudie nutzen, diese Relationen bei einer identischen Population in den Jahren vorher, d.h. in der Entwicklung zu prüfen:

Tabelle 8: Anteile linker Parteien als Interessenvertreter der linksorientierten Panelmitglieder in den Jahren 1993 bis 2003

	SPD	B90/Grüne	PDS	keine
1993	5	39	17	36
1994	16	20	34	21
1995	10	19	32	34
1996	16	24	26	29
1998	23	14	31	28
2000	26	6	26	34
2002	21	8	33	30
2003	26	15	21	32

Betrachten wir dazu die Abbildung:

Abbildung 9: Anteile linker Parteien als Interessenvertreter der linksorientierten Panelmitglieder in den Jahren 1993 bis 2003



Erkennbar ist, dass B90/Grüne in diesem Zeitraum sehr deutlich als Interessenvertreter der Linksorientierten unter den Panelmitgliedern verloren haben, allerdings 2003 wieder besser dastehen als 2002. Die SPD hat (von 1995 abgesehen) dagegen insgesamt gesehen hinzugewonnen. Die PDS lag ab 1995 meist vor der SPD und B90/Grüne, 2003 (Frühsummer) ist allerdings (wie schon beim Vertrauen zur PDS) ein Rückfall zu erkennen, der – bei aller Zurückhaltung gegenüber diesen Daten – vom Trend her sicher bedenkenswert ist.

4.2 Parteipräferenz und sozialistische Ideale

Wir untersuchen von beiden Seiten her, welcher Zusammenhang zwischen Parteipräferenz (Auswahl einer Partei als Interessenvertreter) und der Identifikation mit sozialistischen Idealen besteht:

Tabelle 9:

Einstellung zu sozialistischen Idealen
 „Wie stehen Sie heute zu den sozialistischen Idealen?“
 Ich bin 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen
 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

	1	2	(1+2)	3	4	X	n
<u>Parteipräferenz:</u>							
von keiner	5	52	(57)	38	5	2,44	201
SPD	0	51	(51)	43	6	2,55	51
CDU/CSU	4	38	(42)	43	15	2,70	79
Republikaner	11	22	(33)	45	22	2,78	9
B90/Grüne	4	50	(54)	42	4	2,46	24
PDS	31	63	(94)	6	0	1,75	32
FDP	0	25	(25)	50	25	3,00	20
(andere n=1)							
%	6	48	(54)	38	8	2,49	

Parteipräferenz:

	von keiner	SPD	CDU/CSU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	andere	n
<u>Sozialistische Ideale:</u>									
sehr dafür	37	0	13	4	4	42	0	0	24
eher dafür	52	13	15	1	6	10	3	0	199
eher dagegen	49	14	21	2	6	1	6	1	161
sehr dagegen	30	9	37	6	3	0	15	0	33

Von den PDS-Sympathisanten bekennen sich 2003 94% zu den sozialistischen Idealen (was auch immer sie darunter verstehen), darunter 31% sehr stark. Das sind mit Abstand deutlich mehr als von den Sympathisanten der SPD (51%) bzw. B90/Grüne (54%). Aber auch von denen, die sich von keiner Partei vertreten fühlen (das sind 2003 immerhin 48% der Gesamtpopulation), bekennen sich – mehr oder weniger stark - 57% zu diesen Idealen.

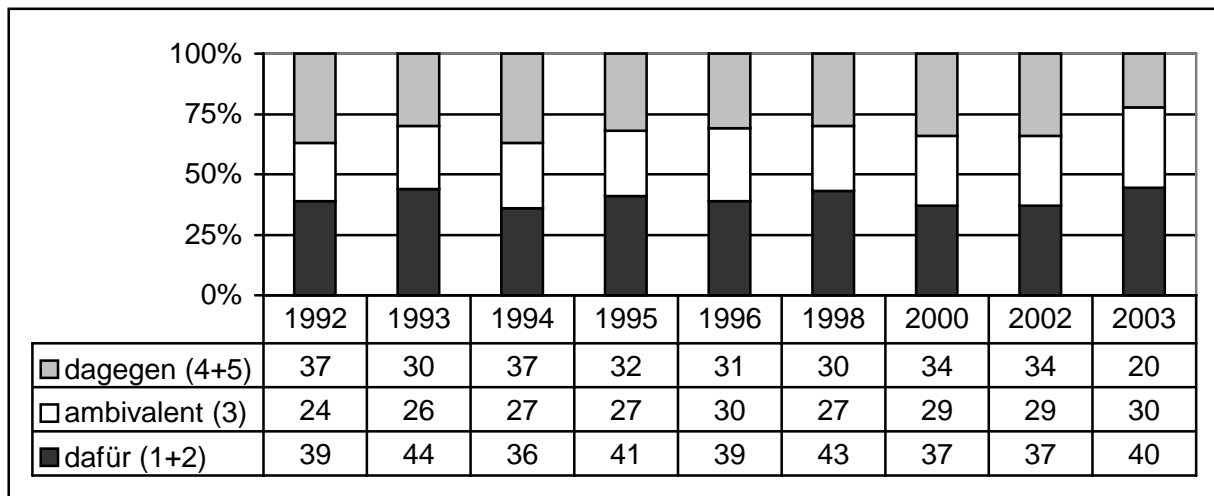
Aus der umgekehrten Blickrichtung sehen wir, dass selbst von denen, die sich einschränkungslos mit sozialistischen Idealen identifizieren, nur 42% die PDS als ihren Interessenvertreter ansehen (und 37% von keiner Partei vertreten fühlen!), von denen, die sich eingeschränkt identifizieren, sogar nur 10% (und 52% von keiner).

4.3 Parteipräferenz und „reformierter Sozialismus“

Abschließend informieren wir noch darüber, wie die Sympathisanten der verschiedenen Parteien einer reformsozialistischen Alternative gegenüberstehen.

Zunächst der Trend der Einstellung zu einem reformierten Sozialismus:

Abbildung 10: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2003 (reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2003 würden immerhin 40% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 20% votieren dagegen, 30% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen. (ausf. s. Seite 44 der „Erstinformation“).

Nun der Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Einstellung zu einer reformsozialistischen Alternative:

Tabelle 10: Parteipräferenz und Einstellung zu einer reformsozialistischen Alternative 2003 (N = 418)
 „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

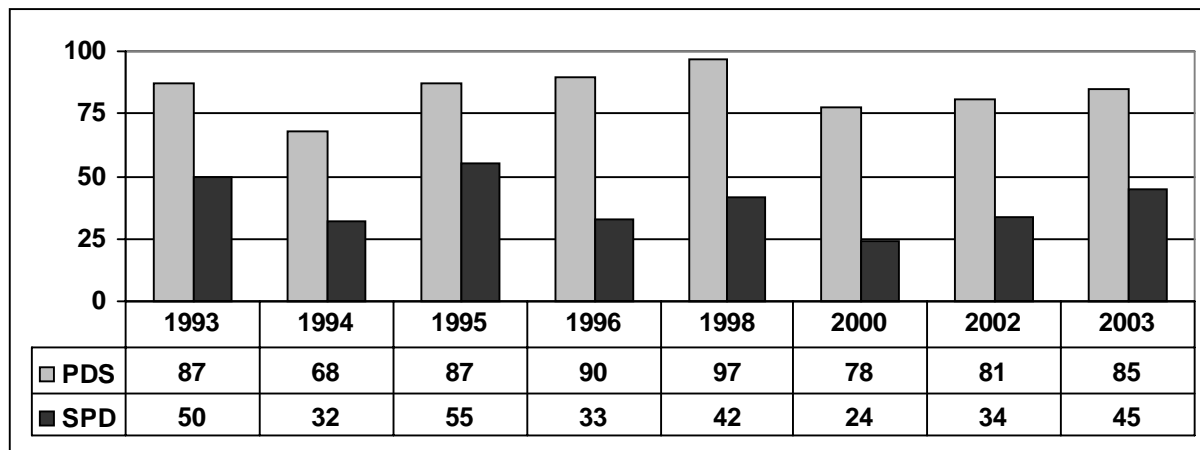
	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
<u>Parteien:</u>								
von keiner	17	23	(40)	36	13	11	2,78	301
SPD	16	29	(45)	26	25	4	2,73	51
CDU/CSU	6	14	(20)	29	21	30	3,55	80
(Republikaner	33	11	(44)	45	0	11	2,44	9)
B90/Grüne	13	33	(46)	29	21	4	2,71	24
PDS	63	22	(85)	12	0	3	1,59	32
FDP	0	20	(20)	25	25	30	3,65	20
(andere: n=1)								

Die Prozentquoten der Zustimmung (Antwortpositionen 1+2) streuen zwischen den Parteien erwartungsgemäß sehr stark. Von den Sympathisanten der PDS sprechen sich 85% dafür aus (darunter

63% sehr stark), 12% äußern sich ambivalent. Von den SPD-Sympathisanten sprechen sich 45% dafür aus, von denen von B90/Grüne 46%. Die geringste Quote ist bei den Anhängern der CDU/CSU bzw. der FDP mit je 20% zu finden. Wieder ist interessant, dass sich auch von denen, die sich von keiner Partei vertreten fühlen, 40% für eine Alternative aussprechen.

Die weit überdurchschnittliche Zustimmung der PDS-Sympathisanten zu einer Alternative war auch in den vorangegangenen Jahren zu erkennen, trotz leichter Schwankungen:

Abbildung 11: Zustimmung zu einer reformsozialistischer Alternative (AP 1+2) bei Panelmitgliedern, die die PDS bzw. die SPD als ihre Interessenvertreter ansehen, im Trend 1993 bis 2003



Damit schließen wir die Betrachtung einiger wesentlicher Ergebnisse ab, bei denen es uns nicht so sehr auf den „Nettowert“ der Prozentquoten ankommt, sondern vor allem auf die langjährigen Trends und die bestehenden Zusammenhänge. Bedenkenswert ist wohl vor allem, dass eine beträchtliche Diskrepanz zwischen linken Orientierungen und der Identifikation mit der PDS zu bestehen scheint, die sich (Frühjahr) 2003 vergrößert hat.

13. 6. Kurzinformation zur „Sächsischen Längsschnittstudie“ für die Presse

(auf der Pressekonferenz am 19.1.04 verteilt)

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich nicht um eine einmalige Meinungsumfrage, sondern um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende und die Vereinigung hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (im Jahr 2003) 30. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Untersuchungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der UntersuchungsteilnehmerInnen, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase ab 1990 begleitet sie mit bisher 14 Untersuchungswellen den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Sie ist vermutlich die einzige Längsschnittstudie, bei der die Chance genutzt wird, den Einfluss des Systemwechsels und des „Sozialen Großexperiments deutsche Einheit“ auf das Denken und Fühlen junger Ostdeutscher langfristig zu analysieren und dabei auch nach Spuren der in der DDR erfahrenen Sozialisation zu suchen. Insofern sind die Ergebnisse auch aus der Sicht der gegenwärtigen

Ostalgiedebatte informativ, weil sie u. a. erkennen lassen, was die 30-Jährigen an den Verhältnissen in der DDR gegenüber heute besser finden (z.B. soziale Sicherheit, Betreuung der Kinder; s. u.).

An der jüngsten, 17. Welle der Studie im Frühsommer 2003 beteiligten sich 419 junge Frauen und Männer. 92 von ihnen leben in den alten Bundesländern, 5 im Ausland. Ihr Durchschnittsalter beträgt 30,1 Jahre. 35% sind verheiratet (w: 44%, m: 26%).

Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe (Jahrgang 1972/73) verallgemeinert werden; ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten, insbesondere im Hinblick auf die Trends und Zusammenhänge. Die Studie widerspiegelt die generelle Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg in das vereinte Deutschland. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt.

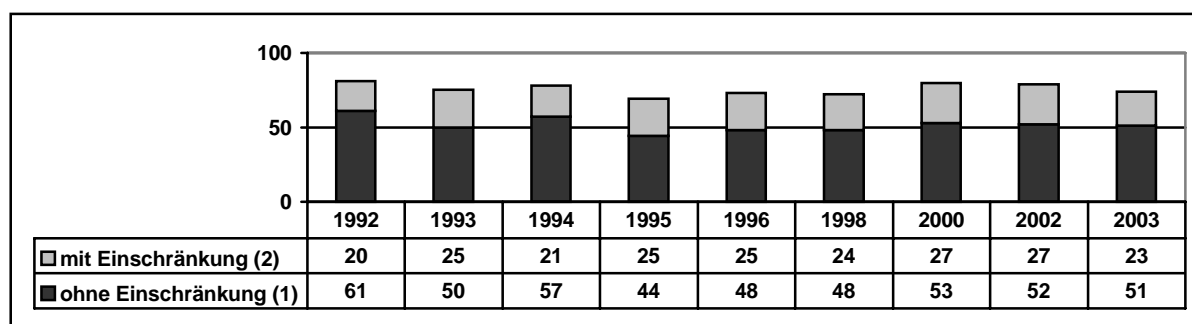
Ausgewählte Ergebnisse:

Ja zur Wende und zur deutschen Einheit

Abbildung 1: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2003

„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

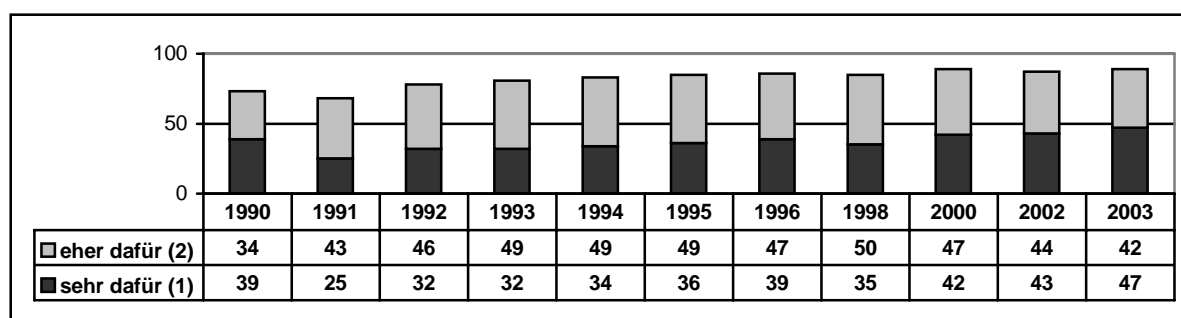


Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder bejaht die Wende, die meisten davon sogar ohne Einschränkung. Nur eine Minderheit wünscht die früheren politischen Verhältnisse zurück. Im Jahr 2003 betrifft das 4%. Die jungen Frauen bejahen die Wende allerdings signifikant weniger häufig als die jungen Männer (2003: 69% zu 81%). Diese Erscheinung gilt für viele Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem. Erwähnenswert: Zwischen 1992 und 2003 ist die Zustimmung zur Wende in der Gesamtgruppe signifikant von 81% auf 74% zurückgegangen. Lediglich ein Viertel meint, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' heute verwirklicht sind.

Bei der Einstellung zur deutschen Einheit ist eine fast kontinuierliche Zunahme der Zustimmungen zwischen 1990 (Mai) und 2003 zu beobachten:

Abbildung 2: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 (Frühjahr) bis 2003.

Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zustimmung (2)

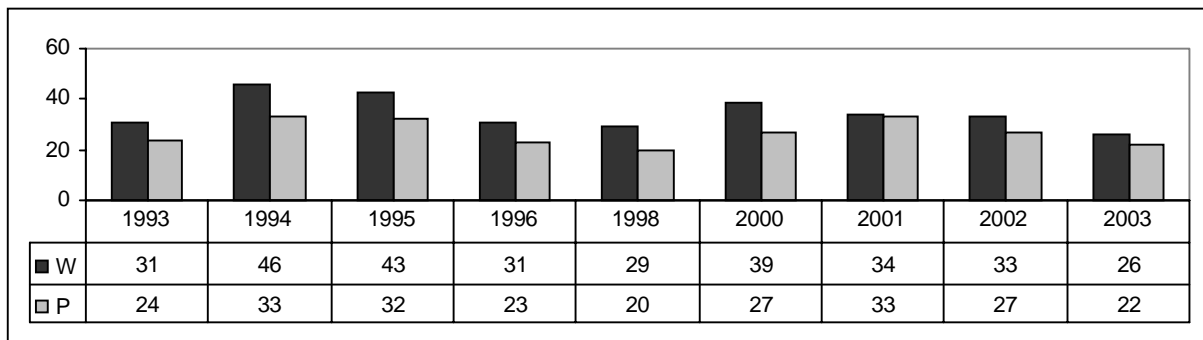


1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Zunehmende Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System

Die Bejahung der Wende bzw. der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet. In den letzten Jahren der Regierung Kohl (hier ab 1994) nahm die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und – als Folge – mit dem politischen System sogar erheblich ab. Nach einem kurzen Anstieg nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) ist der Trend erneut eindeutig rückläufig:

Abbildung 3: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2003, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet.

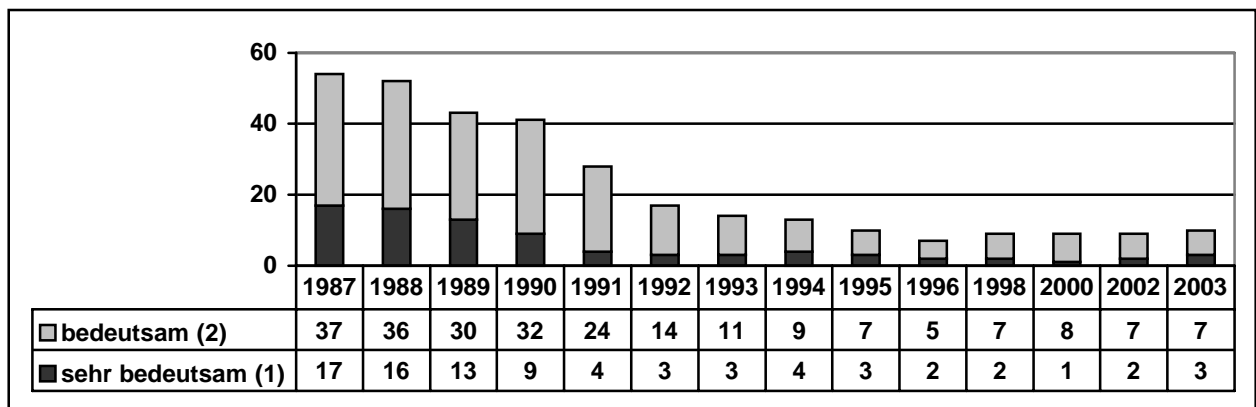


Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik / mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Die Häufigkeiten einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst.

Auf die erneute Enttäuschung dieser jungen Ostdeutschen von der Gesellschaft verweist auch der Absturz ihrer Bereitschaft zur aktiven Teilnahme am politischen Leben nach der Wende:

Abbildung 4: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2003. Anteile sehr starker (1) und starker Orientierung (2)

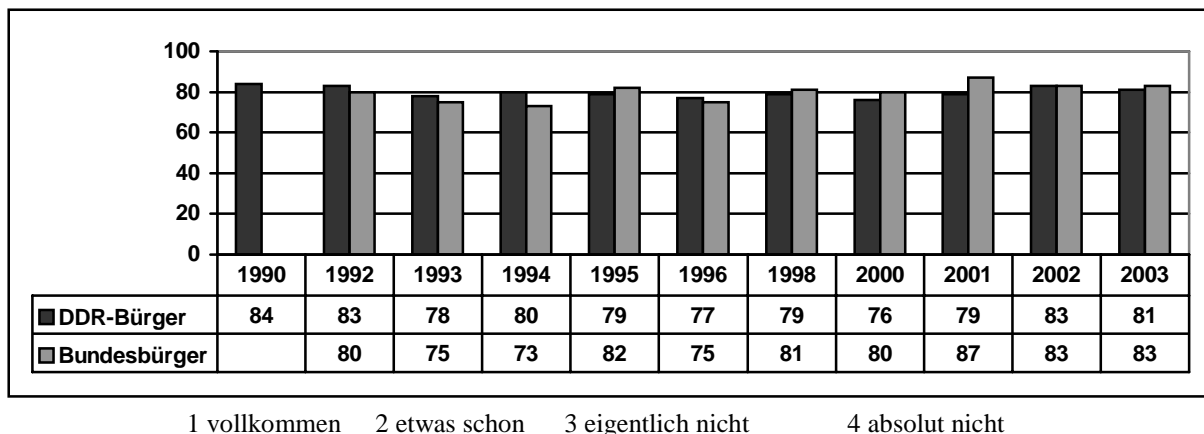


„Aktive Teilnahme am politischen Leben“ ist für mich 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Good bye Lenin = Good bye DDR?

Seit Anfang der 90er Jahre fühlen sich rund drei Viertel der TeilnehmerInnen bereits als Bundesbürger, etwa ebenso viele jedoch noch immer als Bürger der untergegangenen DDR:

Abbildung. 5: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Identifikation

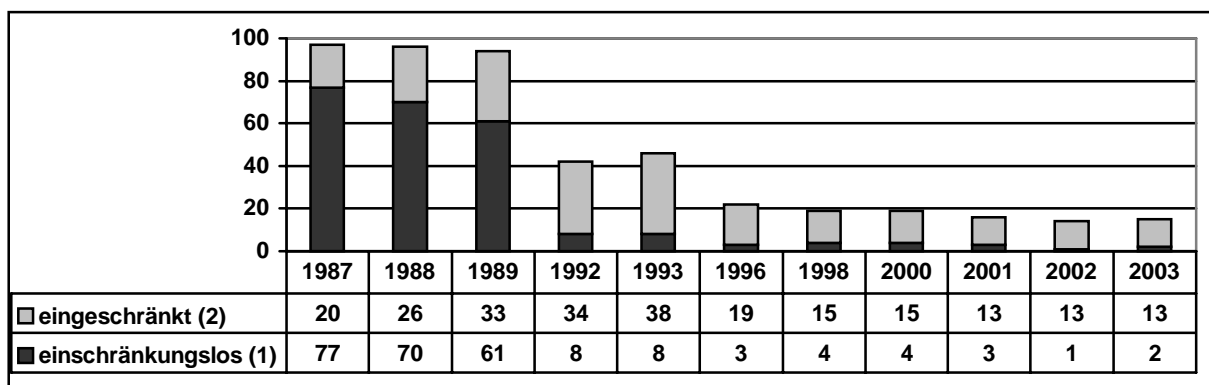


Bei der Identifikation mit der DDR handelt es sich nicht um politische Bindungen. Dahinter stehen vielmehr positive Erinnerungen an eine meist sorgenfreie Kindheit, das Erleben der DDR als Heimatland. Eine große Rolle spielen auch positive Erfahrungen im Hinblick auf soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, der Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Mit erstaunlich hoher Konstanz halten die 30-Jährigen daran fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gehabt hätte. Viele von ihnen halten es für einen grundsätzlichen Fehler der Vereinigungspolitik, keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten der DDR“ in das vereinte Deutschland zu übernehmen.

Keine Zukunft in Ostdeutschland!

Immer weniger TeilnehmerInnen verbinden ihre eigene Zukunft mit Ostdeutschland; dieser Trend spricht für sich:

Abbildung 6: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. (ab 1992) in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Zuversicht

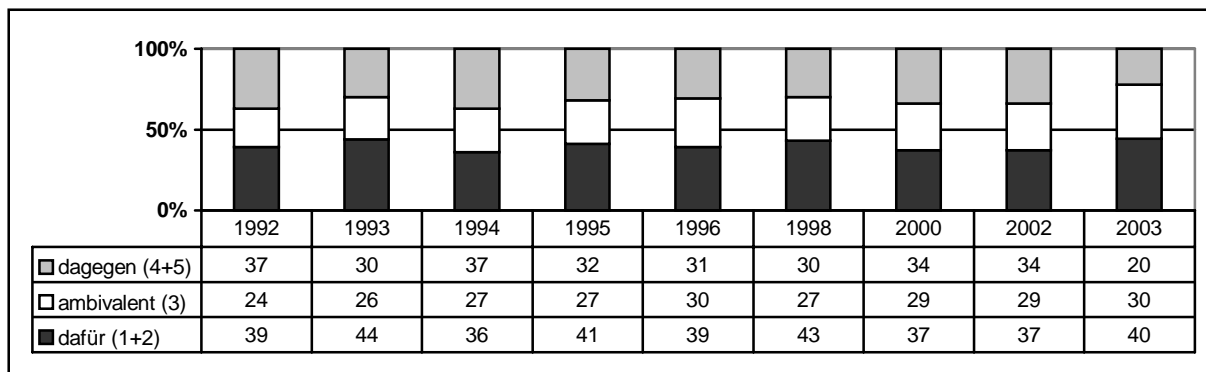


„Ich habe in der DDR / in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“ 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht

In den Jahren kurz vor der politischen Wende ging die auf die DDR bezogene Zuversicht nur leicht zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Die große Mehrheit glaubte selbst im Frühjahr 1989 an eine sichere Zukunft in diesem Land, zumal faktisch alle wussten, wie es nach der Schulzeit weiter geht, dass sie Arbeit oder einen Studienplatz haben werden. Arbeitslosigkeit war für sie ein Fremdwort, Angst davor ein fremdes Gefühl. Danach hat es keine Trendwende gegeben, im Gegenteil: Die nun auf Ostdeutschland bezogene Zuversicht stürzte geradezu ab und hat ihren Tiefpunkt vermutlich noch nicht erreicht.

40% der 30-Jährigen sind für eine sozialistische Alternative zum jetzigen Gesellschaftssystem!

Abbildung 7: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2003



„Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst.

2003 würden 40% einen reformierten Sozialismus der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 20% votieren dagegen, 30% äußern sich ambivalent.

Nur Minderheiten glauben an die Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystem

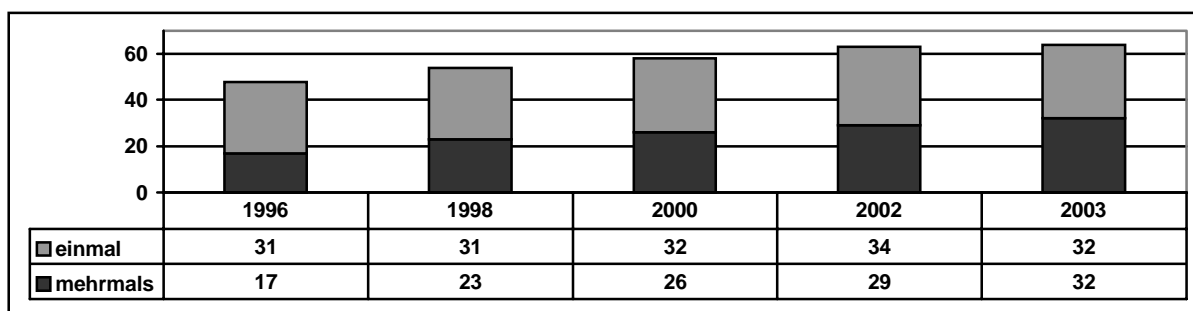
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“</i>						
2000	0	7	(7)	33	29	31
2001	1	14	(15)	38	16	21
2002	1	6	(7)	31	32	30
2003	1	5	(6)	32	28	34
<i>„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“</i>						
2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25
2003	1	10	(11)	32	27	30

Zwischen 2001 und 2003 hat diese schwach ausgeprägte Hoffnung signifikant abgenommen.

Entscheidender Einflussfaktor: Immer mehr machen eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit

Abbildung 8: Anteil der Panelmitglieder, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, im Trend 1996 - 2003



Der Anteil der Panelmitglieder mit der „prägenden Generationserfahrung“ Arbeitslosigkeit hat seit 1996 deutlich zugenommen. Im Jahr 2003 sind es mit 64% bereits fast zwei Drittel, die einmal (32%) oder sogar mehrmals (32%) arbeitslos waren.

Presseinformation

über Ergebnisse der 17. Welle der Sächsischen
Längsschnittstudie, Schwerpunkt

- Arbeitslosigkeit und Gesundheit -

Januar 2004

**Prof. Dr. Peter
Förster**

Schweizerbogen 11
04289 Leipzig
Tel. 0341 8781548
Fax 0341 8781548
Email: prof.foerster@gmx.de

Dr. Hendrik Berth

Universitätsklinikum Carl
Gustav Carus
Technische Universität
Dresden
Medizinische Psychologie
Fetscherstr. 74
01307 Dresden
Tel. 0351 4584028
Fax 0351 4585526
Email:
berth@wiedervereinigung.de
<http://www.medpsy.de>

**Prof. Dr. Elmar
Brähler**

Universität Leipzig
Selbstständige Abteilung für
Medizinische Psychologie
und Soziologie
Stephanstraße 11
4103 Leipzig
Tel. 0341 9718800
Fax 0341 9718809
Email: brae@medizin.uni-leipzig.de
[http://www.uni-leipzig.de/
%7Emedpsy/](http://www.uni-leipzig.de/%7Emedpsy/)

Die Untersuchungen zum Schwerpunkt Arbeitslosigkeit und Gesundheit der Sächsischen Längsschnittstudie werden gefördert durch:

Otto-Brenner-Stiftung
Hans-Böckler-Stiftung
Fachhochschule Erfurt

Hintergrund

Forschungen zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Gesundheit haben in den Sozialwissenschaften und der Psychologie eine sehr lange Tradition. Eine nahezu unüberschaubare Vielfalt von Studien wurde in den vergangenen Jahrzehnten vorgelegt. Alle belegen einhellig die negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit.

Personen, die arbeitslos sind oder waren, sind öfter krankgeschrieben, werden öfter stationär im Krankenhaus behandelt und haben eine geringere Lebenserwartung. Wie in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2003 gezeigt, sind es vor allem psychische Probleme, die bei Arbeitslosen zu Krankenhausaufenthalten führten.

Die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit betreffen vor allem Depressionssymptome, Angstsymptome, allgemeines negatives Befinden, psychosomatische Symptome, Lebenszufriedenheit und emotionales Wohlbefinden. Männer, jüngere Personen, Personen mit niedrigerem sozialem und beruflichem Status leiden mehr unter den Folgen von Arbeitslosigkeit. Die psychischen Folgen nehmen mit der Dauer von Arbeitslosigkeit zu, d. h. Langzeitarbeitlose sind stärker belastet.

Die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik und die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung deuten darauf hin, dass es kurzfristig nicht zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung in Deutschland kommen wird. Arbeitslosigkeit wird ein wichtiges gesellschaftliches Thema und Problem bleiben, weshalb hier weiterer intensiver Forschungsbedarf besteht. Dies betrifft insbesondere die neuen Bundesländer mit ihrer besonders schwierigen Arbeitsmarktsituation.

Studie

In der seit 1987 laufenden Sächsischen Längsschnittstudie werden seit 1996 auch die Arbeitslosigkeitserfahrungen der Teilnehmer sowie ihrer Eltern und Partner, seit 2003 auch ihrer Geschwister erfragt. Bereits bis zur Erhebung im Rahmen der 12. Welle 1996 – die Teilnehmer waren zu diesem Zeitpunkt im Mittel 23,5 Jahre alt – hatten 50 % der Befragten persönlich Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen. Aufgrund der geschilderten großen gesellschaftlichen Relevanz des Themas wurden in den Wellen 16 (2002) und 17 (2003) das Problem Arbeitslosigkeit und Gesundheit näher untersucht.

Zum Einsatz kamen neben Daten zur Berufsausbildung, der aktuellen Berufstätigkeit und den bisherigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (Häufigkeit, Dauer) bewährte, standardisierte psychologische Fragebögen, die wichtige Bereiche psychischer Gesundheit erfassten. Dazu gehörten:

- Angstsymptome (HADS)
- Depressionssymptome (HADS)
- Körperbeschwerden (GKB-24)
- globaler psychischer Stress (SCL-9)
- Lebenszufriedenheit (FLZ M)
- Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands.

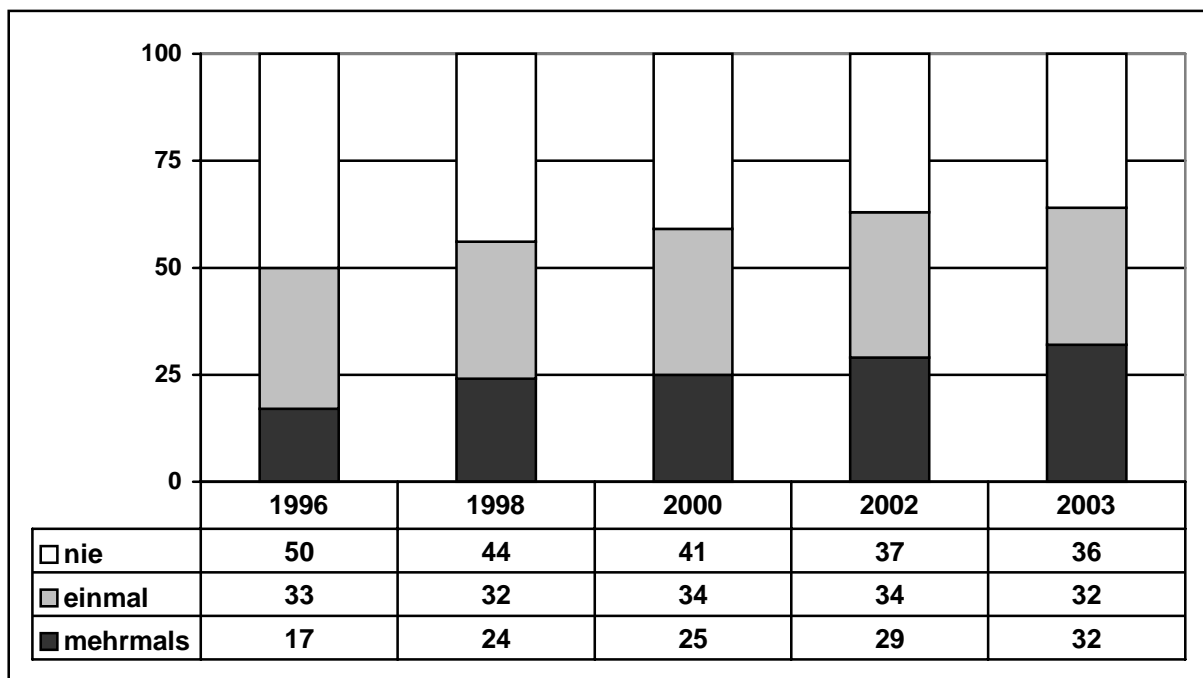
Erfragt wurde weiterhin, wie sicher der aktuelle Arbeitsplatz wahrgenommen wird und wie stark sich die TeilnehmerInnen durch eine mögliche eigene Arbeitslosigkeit bedroht fühlten.

419 Personen nahmen an der im Frühsommer 2003 stattfindenden Welle 17 teil, 193 Männer und 226 Frauen. Das Durchschnittsalter betrug 30 Jahre. Die meisten der Befragten leben nach wie vor in den neuen Ländern. 23 % sind in die alten Bundesländern bzw. ins Ausland gewandert. 18 % der Befragten waren ledig und ohne Partner, 27 % ledig mit Partner. 17 % leben in einer Lebensgemeinschaft, 36 % sind verheiratet und 2% geschieden. 51 % haben Kinder. Die berufliche Situation stellt sich wie folgt dar: Die meisten (40 %) waren Angestellte, gefolgt von Arbeitern (21 %). Die restlichen Personen sind selbstständig (7 %), studieren (3 %), sind im Erziehungsurlaub oder Hausfrau (13 %) oder anderweitig beschäftigt. Aktuell arbeitslos waren 9 % der TeilnehmerInnen. (Ausführlicher zur Studie siehe Seite 8).

Zentrale Ergebnisse

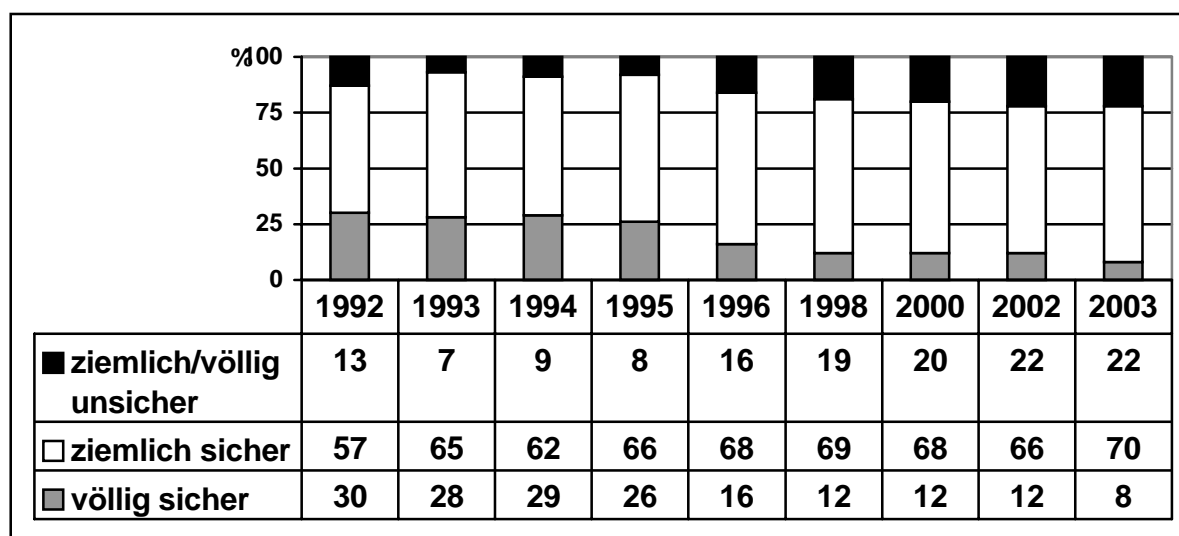
Abbildung 1 zeigt die Erfahrungen der Teilnehmer mit Arbeitslosigkeit im Trend von 1996 bis 2003. Bereits 1996 hatte die Hälfte der Befragten Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht. Im Jahre 2003 waren es 64 %, d. h. lediglich ein Drittel der Teilnehmer war bislang niemals arbeitslos. Die mittlere Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit betrug 10,5 Monate.

Abbildung 1: Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder im Trend 1996 bis 2003



Gleichzeitig nimmt über die Jahre auch die wahrgenommene Sicherheit des eigenen Arbeits- und Ausbildungsplatzes deutlich ab (Abbildung 2, nächste Seite). Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen schätzt ihren Arbeitsplatz aber immer noch als relativ sicher ein.

Abbildung 2: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 bis 2003



Fragetext: „Wie sicher ist Ihr Arbeits-/Ausbildungsplatz?“

1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

In der folgenden Tabelle 1 haben wir die zentralen Ergebnisse der Fragebogenuntersuchung dargestellt. Mit Ausnahme bei dem selbsteingeschätzten Gesundheitszustand bedeuten höhere Werte eine höhere Belastung. Die Unterschiede zwischen den Gruppen wurden mittels Varianzanalyse gesichert.

Tabelle 1: Angst, Depression, körperliche Beschwerden, psychischer Stress und Gesundheitszustand in Abhängigkeit von den bisherigen Arbeitslosigkeitserfahrungen bis 2003:

Variablen	Arbeitslosigkeitserfahrungen		
	Niemals N=157	einmal N=143	mehrmals N=120
Angst	6,24	6,13	7,44
Depression	3,47	3,67	4,98
Körperbeschwerden	16,81	17,61	20,39
Psychischer Stress	6,27	6,27	8,26
Gesundheitszustand ¹⁾	2,00	2,10	2,34

¹⁾ Ein höherer Wert bedeutet einen schlechter eingeschätzten Gesundheitszustand.

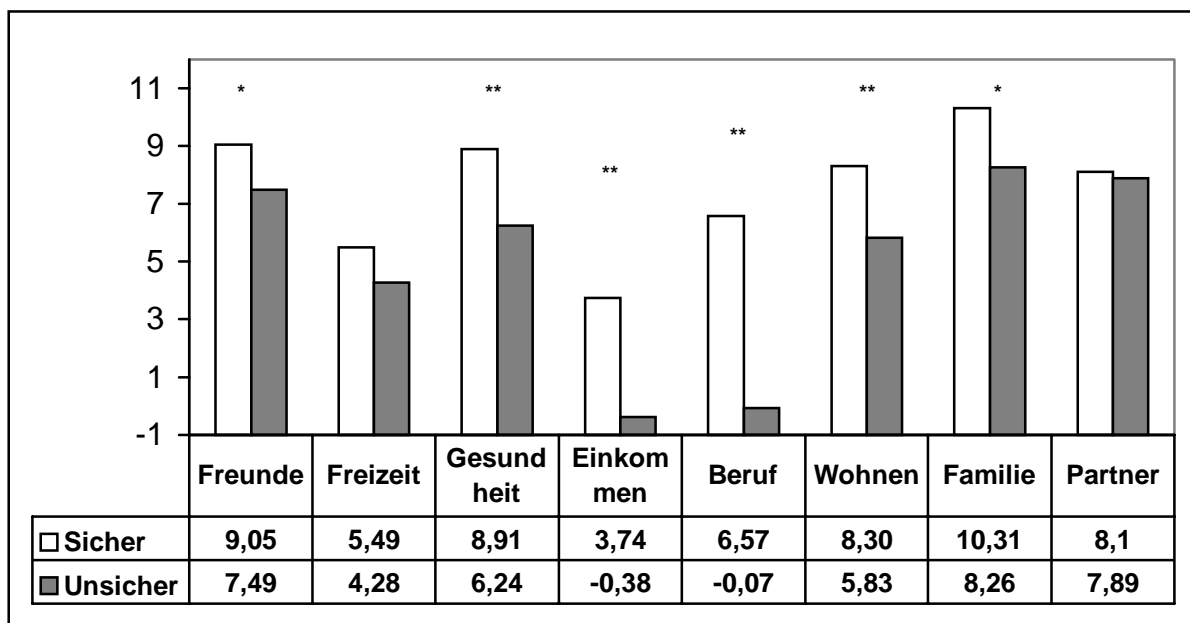
Arbeitslosigkeit wirkt sich demnach aus auf Angst, Depression, körperliche Beschwerden, den psychischen Stress und den selbsteingeschätzten Gesundheitszustand. *Arbeitslose sind ängstlicher, depressiver, haben mehr Körperbeschwerden, einen höheren Stress und nehmen ihren Gesundheitszustand als schlechter wahr. Insbesondere Personen, die bereits mehrfach arbeitslos waren, weisen gegenüber niemals Arbeitlosen eine deutliche höhere Belastung in allen Skalen auf.*

Ähnlich verhält es sich auch bei der Lebensqualität der TeilnehmerInnen. *Personen, die arbeitslos sind bzw. waren sind unzufriedener vor allem mit Bereichen, die mit Arbeit und Einkommen direkt in Zusammenhang stehen.* Dies sind Einkommen/finanzielle Sicherheit,

Beruf/Arbeit, Gesundheit und Lebenszufriedenheit insgesamt. Bei den anderen erfragten Gebieten Freunde/Bekannte, Freizeitgestaltung/Hobbies, Wohnsituation, Familienleben/Kinder und Partnerschaft/Sexualität fanden sich keine solchen Unterschiede.

Unsere Daten (siehe Abbildung 3) zeigen jedoch auch, dass *bereits ein als unsicher eingeschätzter Arbeitsplatz sich auf die Lebensqualität negativ auswirkt*. Erfragt wurde dies nur für die Personen, die derzeit nicht arbeitslos sind:

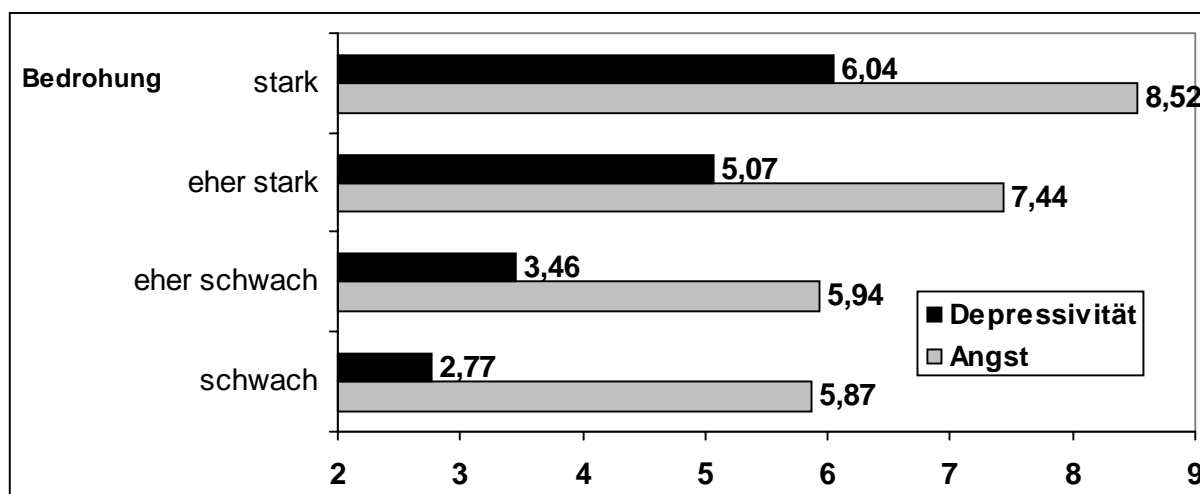
Abbildung 3: Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von der angenommenen Sicherheit des Arbeitsplatzes, bei Personen, die nicht arbeitslos sind (Mittelwerte, * zeigen signifikante Unterschiede an)



Die oben stehende Abbildung zeigt, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes ganz wesentlich für die Lebensqualität ist. *Personen, die ihren derzeitigen Arbeitsplatz als unsicher wahrnehmen, sind deutlich unzufriedener mit Freundschaften, Gesundheit, Einkommen, Beruf, Wohnsituation und ihrer Familie. Dasselbe gilt für die ebenfalls erfragte Bedrohung durch einen möglichen Arbeitsplatzverlust; auch die damit einhergehenden Ängste führen zu einer deutlich eingeschränkten Lebensqualität.*

Ein unsicherer Arbeitsplatz, bzw. eine gefühlte Bedrohung führt auch zu einem *schlechteren psychischen Befinden* in allen untersuchten Bereichen. Abbildung 4 zeigt den Einfluss des Bedrohungserlebens auf Angst und Depression (s. nächste Seite):

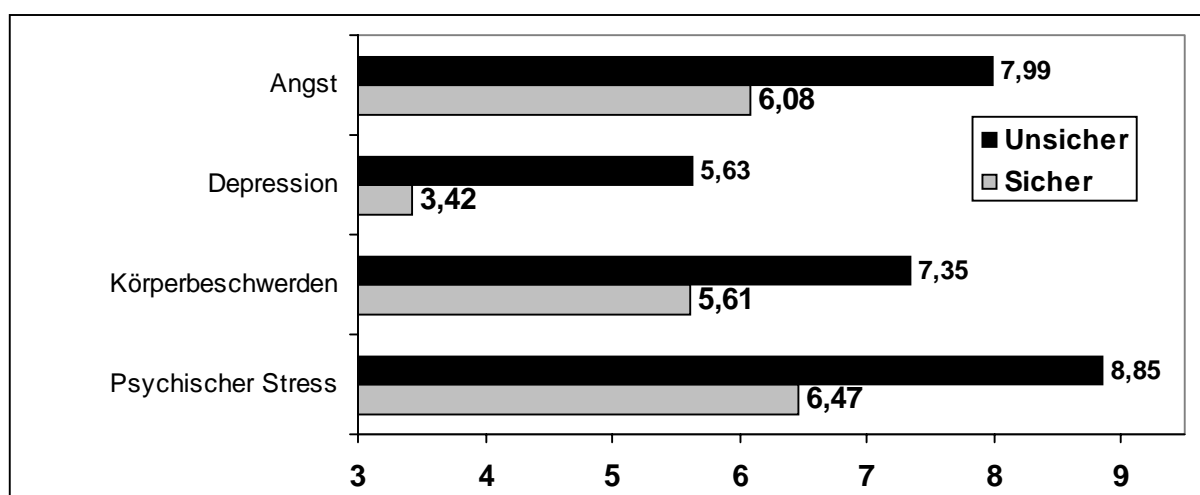
Abbildung 4: Bedrohung durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit und Angst bzw. Depressivität



Je stärker die Bedrohung durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit erlebt wird, desto stärker sind Angst und Depressivität ausgeprägt.

Auch der Gesundheitszustand ist schlechter, die allgemeine psychische Belastung ist höher und die Körperbeschwerden sind ausgeprägter je mehr sich eine Person, die derzeit nicht arbeitslos ist, von Arbeitslosigkeit bedroht fühlt. In der folgenden Abbildung 5 sind Ergebnisse der eingesetzten Fragebögen in Abhängigkeit von der gefühlten Arbeitsplatzsicherheit darstellt:

Abbildung 5: Angst, Depression, körperliche Beschwerden und psychischer Stress in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Sicherheit des Arbeitsplatzes (Mittelwerte)



Diese Ergebnisse unterstreichen ebenfalls den wichtigen Zusammenhang zwischen erlebter Arbeitsplatzsicherheit und psychischem Befinden. Höhere Werte stehen hier für eine höhere Belastung. Die Unterschiede zwischen den Gruppen wurden wiederum mittels Varianzanalyse geprüft.

Nachgewiesen wurde: Je unsicherer der derzeitige Arbeitsplatz erlebt wird (bei Personen, die auch tatsächlich über einen solchen verfügen), um so größer sind Angst, Depression, psychischer Stress und verschiedene Körperbeschwerden (Magenbeschwerden, Gliederschmerzen, Erschöpfungsneigung) ausgeprägt.

Zusammenfassung

Unsere Studie belegt die immensen negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auch bei sehr jungen und gut ausgebildeten Menschen. Nahezu alle Befragten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, etwa ein Drittel hat studiert. Über 60 % der Befragten waren bis zu ihrem 30. Lebensjahr bereits mindestens einmal arbeitslos. Personen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen leiden mehr unter Angst, Depression, Körperbeschwerden, physischem Stress und einem allgemein schlechteren Gesundheitszustand. Ihre Lebenszufriedenheit ist deutlich geringer als bei Personen, die noch nie arbeitslos gewesen sind. Die Belastung ist dabei bei den mehrfach und längere Zeit Arbeitslosen deutlich höher.

Ein weiteres zentrales und sehr wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass bereits ein als unsicher wahrgenommener Arbeitsplatz oder die subjektive Bedrohung durch eine mögliche Arbeitslosigkeit (bei derzeit Nicht-Arbeitslosen) zu massiven gesundheitlichen Einschränkungen in allen abgefragten Symptombereichen sowie zu einer deutlichen Einschränkung der Lebensqualität führt. Damit wird das Spektrum vorliegender Studien entscheidend ergänzt.

Die Sächsische Längsschnittstudie wird im Jahr 2004 mit der Erhebung 18 weitergeführt. Sie gehört damit zu den weltweit am längsten laufenden Längsschnitterhebungen mit einer großen Stichprobe, dazu über den Systemwechsel hinweg. Geplant ist, diese einzigartige Studie noch möglichst viele Jahre fortzuführen.

Weiterführende Informationen zu den Ergebnissen der Sächsischen Längsschnittstudie zum Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheit erhalten Sie bei den Projektmitarbeitern oder in den folgenden Publikationen:

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. *Das Gesundheitswesen*, 65, 555-560.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. In *Jahrbuch für Kritische Medizin*, 39, S. 108-124. Hamburg: Argument-Verlag.

Einen Gesamtüberblick der Ergebnisse der Längsschnittstudie zwischen 1987 und 2000/01 bietet die Publikation von Peter Förster: „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.“ Verlag Leske + Budrich 2002.

